

Nr. 1 März 2002  
13. Jahrgang



## DREIGLIEDERUNG DES SOZIALEN ORGANISMUS

Weltsozialforum in Porto Alegre / Brasilien:

# „Eine andere Welt ist möglich“

Dreigliederung und Viergliederung -  
eine Antwort auf Johannes Heinrichs

Betrachtungen und Berichte - Europäische Entwicklung - Termine

HERAUSGEGEBEN VON DER INITIATIVE „NETZWERK DREIGLIEDERUNG“

## Editorial

Dieses Rundbriefheft steht im Zeichen der Berichterstattung über das Weltsozialforum im brasilianischen Porto Alegre. Über 50.000 Menschen haben daran teilgenommen. Zu den vielen dort vertretenen Bewegungen, Initiativen und Organisationen gehörte auch die Initiative „Netzwerk Dreigliederung“. Veranstaltungen, bei denen wir hierzulande über die Aktivitäten unserer „Stuttgart Delegation“ berichtet haben, stießen bereits auf großes Echo. Auch in gedruckter Form erschienen erste kürzere Berichte, z.B. in der Wochenschrift „Das Goetheanum“ und im Info 3. Für die hier nun vorgelegten „Impressionen und Reflexionen“ gingen schon vor Erscheinen Anfragen zum Nachdruck bei uns ein.

Beim Studium des Artikels über Porto Alegre, aber auch der Veranstaltungsankündigungen werden Sie feststellen, dass sich aus dem Ereignis in Brasilien vielfältige Folgeaktivitäten hier bei uns ergeben. Diese Aktivitäten verbinden sich auch mit Initiativen im Rahmen der europäischen Entwicklung. Es ist wohl charakteristisch für die gegenwärtige Lage, das in der gleichen Zeit, in der so bedeutsame Entscheidungen über die Form des Fortgangs der Globalisierung fallen, in Europa an einem Verfassungsvertrag gearbeitet wird. Auch hierzu finden Sie Beiträge im Heft.

Der zweite große Schwerpunkt ist eine Auseinandersetzung auf der Ebene der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung, die zugleich erhebliche Bedeutung für die Praxis hat: die Debatte über Dreigliederung und Viergliederung, angestoßen durch den Philosophen, Sozialwissenschaftler und Theologen Johannes Heinrichs, der - als Nachfolger von Rudolf Bahro - an der Humboldt-Universität Berlin lehrt. Heinrichs hatte in der Zeitschrift „Humanwirtschaft“ auf meinen Aufsatz zum Thema GATS geantwortet - und damit dankenswerterweise den ersten Schritt zu einem wichtigen Dialog getan.

Ihre besondere Aufmerksamkeit möchte ich noch erbitten für die Einladung zum Kolloquium der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“ am 2. Juni im Forum 3 Stuttgart. Es wird dabei um das Abkommen der WTO über geistige Eigentumsrechte gehen.

Ihr



## Zum Stand des Kostenausgleichs

Seit Jahresbeginn sind ca. 22.500 Euro für den Rundbrief und den allgemeinen Kostenausgleich bei uns eingegangen. Das ist ein schönes Zwischenergebnis, für das wir allen Beteiligten herzlich danken möchten. Zur vollen Kostendeckung im Rahmen des Etats 2002 fehlen allerdings noch 7.500 Euro. Wir freuen uns natürlich über jeden weiteren Beitrag. (Siehe auch S. 46 zur Rundbrief-Finanzierung).

## Inhalt

**Notiert: Aus dem Zeitgeschehen** ..... S. 2

### **„Eine andere Welt ist möglich“**

Weltsozialforum in  
Porto Alegre/Brasilien -  
Impressionen und Reflexionen  
(Christoph Strawe) ..... S. 4

### **Dreigliederung und Viergliederung**

Eine Antwort auf Johannes Heinrichs  
(Christoph Strawe) ..... S. 13

### **Betrachtungen und Berichte**

Aspekte der Globalisierungsdebatte  
(Uwe Henrich) ..... S. 26  
Zivilgesellschaft und Aktionspläne zur  
Bekämpfung von Armut und sozialer  
Ausgrenzung (Alfred Groff) ..... S. 28  
Bürgerschaftliches Engagement  
(Martin Lehnert) ..... S. 30  
Ein EU-Forschungsprojekt zeigt den Trend  
der Zeit (Martin Lehnert) ..... S. 32  
J. Bové und die Nachhaltigkeit in der  
Landwirtschaft (Sylvain Coiplet) ..... S. 33  
Demokratieinitiativen ..... S. 34  
Kauf und Verkauf - Gerechte  
Preisbildung (Bettina Kalambokis) ..... S. 36

### **Europäische Verfassungsentwicklung**

Europa vor wichtigen Weichenstellungen .. S. 37  
Europäische Initiativen (Permanentes Forum  
der Zivilgesellschaft / Mehr Demokratie e.V. /  
Forum Menschenrechte / IG Eurovision) ... S. 38  
Grundgedanken und Grundfragen  
(Wilfried Heidt) ..... S. 40

**Ankündigungen und Termine** ..... S. 42

### **TRIPS auf dem Prüfstand:**

Netzwerk-Kolloquium am 2. Juni ..... S. 48

### **Impressum**

Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus.  
Herausgegeben von der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe. Adresse: Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel. 0711 / 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: BueroStrawe@t-online.de, Internet: www.sozialimpulse.de / www.threefolding.net. ISSN 1619-1900. Umschlaggestaltung: Paul Pollock. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr Euro 20,-). Zahlungen bitte durch Geldschein, Scheck oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Landesbank Baden-Württemberg, BLZ 60050101. Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang August und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

## Notiert: Aus dem Zeitgeschehen\*

Einstimmiger Beschluss des Sicherheitsrats über eine UN-Friedenstruppe für Afghanistan + + + Vereidigung der afghanischen Übergangsregierung + + + Krise in Argentinien. Nach blutigen Protesten gegen die Sparpolitik der Regierung Rücktritt von Präsident la Rua, Nachfolger wird der Peronist Adolfo Rodriguez Saa, der aber nach kurzer Zeit ebenfalls aufgibt + + + Prozess gegen ehemalige Flowtex-Manager + + + Zweiter Weltkongress gegen die kommerzielle Ausbeutung von Kindern in Yokohama beginnt mit einem Aufruf gegen Kindesmissbrauch + + + Der Schriftsteller Stefan Heym stirbt im Alter von 88 Jahren in Israel + + + Eskalation im Konflikt zwischen Indien und Pakistan. Anlass für die Spannungen war ein Überfall auf das Parlament in Delhi am 13. Dezember, für den Indien von Pakistan unterstützte Terroristen verantwortlich macht. Dabei starben 14 Menschen + + + Israel verweigert dem in Ramallah festgesetzten Palästinenserpräsidenten Jassir Arafat eine Fahrt zu den Weihnachtsfeierlichkeiten nach Bethlehem + + + Die Einführung der Euro-Scheine und Münzen verläuft im Großen und Ganzen reibungslos + + + Angela Merkel verzichtet zugunsten von Edmund Stoiber auf die Kanzler-Kandidatur für die Unionsparteien + + + Buschfeuer wüten in Australien + + + Die SPD-geführte Regierung plant die bundesweite Einführung des sogenannten Kombilohns. Mit diesem Projekt soll auf die steigende Arbeitslosigkeit reagiert werden Das sogenannte Mainzer Modell sieht vor, dass Arbeitslose und Sozialhilfebezieher für maximal drei Jahre Zuschüsse zu den Sozialbeiträgen erhalten, wenn sie einen schlecht bezahlten Job annehmen + + + Interreligiöser Friedensgipfel in Assisi, bei dem Vertreter von zwölf Weltreligionen und 31 christlichen Kirchen und Gemeinschaften eine Erklärung „Recht auf ein würdiges Leben“ verabschieden + + + Die ersten deutschen Soldaten treffen in Afghanistan ein + + + Nach einer Phase relativer Ruhe wieder Attentate radikal-islamistischer Gruppen. Als Vergeltungsmaßnahme zerstört Israel zahlreiche Häuser von Palästinensern und die Rollbahn des Flughafens von Gaza + + + Rot-rote Koalitionsverhandlungen in Berlin enden mit der Bildung eines SPD-PDS-Senats. PDS-Spitzenkandidat Gregor Gysi wird Wirtschaftssenator + + + Straßenschlachten zwischen Katholiken und Protestanten in Nordirland + + + Rücktritt des italienischen Außenministers und früheren WTO-Generalsekretärs Ruggiero nach einem Streit mit Ministerpräsident Berlusconi über die Europapolitik + + + Das argentinische Abgeordnetenhaus gibt Präsident Eduardo Duhalde freie Hand zur Umgestaltung der Wirtschaft. Duhalde hebt die Eins-zu-Eins-Bindung des Peso an den US-Dollar auf und wertet den Peso um etwa 29 Prozent ab. Massendemonstrationen in mehreren Städten, in Buenos Aires geht die Polizei mit Tränengas und Gummigeschossen

gegen die Demonstranten vor + + + Vulkanausbruch in der Demokratischen Republik Kongo, mindestens 45 Tote + + + Der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf erklärt seinen Rücktritt für den 18. April + + + Dringender Hilfsappell der Übergangsregierung an die internationale Gemeinschaft für den Aufbau Afghanistans + + + Opel muss in der Bilanz 2001 einen Verlust von 674 Mrd.Euro verzeichnen + + + Das Bundesverfassungsgericht lässt einen Termin im NPD-Verbotsprozess platzen, weil sich im Beweismaterial der Anklage Aussagen eines in die NPD eingeschleusten V-Manns des Verfassungsschutzes finden; in der Folge tauchen noch weitere Aussagen von V-Männern auf + + + Die rechtskonservative Schill-Partei gründet einen Landesverband in Sachsen-Anhalt + + + World Economic Forum in New York, gleichzeitig Weltsozialforum mit über 50.000 TeilnehmerInnen im brasilianischen Porto Alegre + + + UN-Generalsekretär Kofi Annan warnt zum Abschluss des Weltwirtschaftsforums vor negativen Folgen der Globalisierung. Er forderte eine Verdopplung der Hilfszahlungen reicher Staaten an Länder der Dritten Welt auf 100 Milliarden Dollar. Andernfalls riskiere man einen Ausbruch von Anarchie in diesen Ländern, was zu einer Bedrohung für die globale Sicherheit werden könne + + + In Salt Lake City werden unter extrem hohen Sicherheitsvorkehrungen die XIX.Olympischen Winterspiele eröffnet + + + Eine Untersuchung des Bundesrechnungshofes bringt an den Tag, dass die Arbeitsämter etwa 70 Prozent der erfassten Stellenvermittlungen falsch verbucht haben. Die Arbeitslosenzahl steigt im Januar auf 4,29 Millionen und erreicht damit den höchsten Stand seit zwei Jahren. Bei Regierungsantritt hatte Gerhard Schröder die Senkung auf 3,5 Millionen angekündigt + + + Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Scharon in Washington. Weitere Gewaltwelle im Nahen Osten, israelische Kampfflugzeuge bombardieren nach einem Attentat die Stadt Nablus + + + Die EU-Kommission droht Deutschland wegen seines Haushaltsdefizits von 2,7 Prozent mit einem „Blauen Brief“, der nur durch eine konkrete Zusicherung von Finanzminister Eichel zum Abbau dieses Defizits abgewendet wird + + + Bekanntwerden fehlerhafter BSE-Tests + + + Mindestens 40 Tote bei schwerem Erdbeben in der Türkei + + + EU-Wettbewerbskommissar Monti setzt seinen Entwurf für die Liberalisierung des Autohandels in Europa durch + + + Krise des Kirch-Medien-Konzerns. Es droht eine Übernahme weiter Teile des Unternehmens durch den australischen Medien-Mogul Rupert Murdoch + + + Der ehemalige serbische Ministerpräsident Milosevic, der sich vor dem UN-Tribunal in Den Haag für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantworten muss, erklärt sich in allen Punkten für nichtschuldig + + + Besuch des deutschen Bundeskanzlers in Lateinamerika + + + Als Konsequenz aus der Affäre um falsche Vermittlungszahlen soll die Bundesanstalt für Arbeit umgebaut werden. Ein dreiköpfiger Vorstand unter Leitung des rheinland-pfälzischen Sozialministers Florian Gerster (SPD) löst den bisherigen Präsidenten, Bernhard Jagoda, ab + + + Die

\* Bis 10. März 2002

Palästinensische Autonomiebehörde wirft Israel vor, den „totalen Krieg“ gegen die Palästinenser zu führen. Zuvor hatte Israel das Hauptquartier von Palästinensenchef Jassir Arafat und weitere Ziele im Westjordanland bombardiert + + + US-Präsident Bush beschuldigt Iran, Irak und Nordkorea, eine „Achse des Bösen“ zu bilden. Zunehmende Kritik der Europäer an der amerikanischen Politik und ihren Alleingängen + + + Es kursieren Gerüchte, dass Präsident Bush und der englische Premierminister Blair Vorbereitungen für einen Krieg gegen den Irak verabreden wollen. Der Irak verweigert nach wie vor Kontrollen gegen ABC-Waffenproduktion + + + Besuch des amerikanischen Präsidenten in China + + + 363 Tote bei einem Zugunglück in Ägypten + + + Der deutsche Bundestag beschließt mit den Stimmen der rot-grünen Regierungskoalition ein neues Zuwanderungsgesetz. Die Union lehnt das Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, trotz Kompromissangeboten der Regierung ab + + + Bundeskanzler Schröder sagt eine geplante Reise nach Prag ab. Hintergrund ist ein neu entbrannter Streit über die Bewertung der sogenannten Benes-Dekrete, welche die Grundlage der Vertreibung von Deutschen und Ungarn nach dem Krieg aus der Tschechoslowakei bildeten + + + UNO-Generalsekretär Kofi Annan rief in einer Rede vor dem Bundestag Deutschland dazu auf, sich noch stärker

als bisher an der internationalen Friedenssicherung zu beteiligen und die Entwicklungshilfe zu erhöhen + + + Bei der Verteilung der Fördergelder für den Transrapid erhält das Land NRW den größten Anteil + + + Bei einer Volksabstimmung in der Schweiz findet sich eine knappe Mehrheit für den Beitritt des Landes zur UNO. Vor 16 Jahren war eine Abstimmung noch negativ ausgegangen + + + Kommunalwahlen in Bayern, in den großen Städten liegt die SPD vorn, insgesamt gibt es jedoch keine spektakulären Verschiebungen + + + In der Operation Anakonda gehen die Alliierten in Afghanistan gegen noch aktive Taliban- und El-Kaida-Truppen vor. An den Einsätzen sind, wie sich herausstellt, auch etwa 100 Spezialkräfte der Bundeswehr beteiligt + + + Beim Versuch, zwei Raketen zu entschärfen, sterben in Kabul zwei deutsche und drei dänische Soldaten + + + Spendenaffäre der Kölner SPD, staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen Verdacht auf Schmiergeldzahlungen im Zusammenhang mit dem Bau einer Müllverbrennungsanlage + + + Die Reformpläne des designierten Chefs der Bundesanstalt für Arbeit, Florian Gerster, stoßen zum Teil auf Kritik. Einigkeit herrscht jedoch darin, dass die Anstalt im Sinne einer unternehmerischen Arbeitsweise umstrukturiert werden soll, Arbeitslose sollen auch Gutscheine für die Inanspruchnahme privater Vermittler erhalten + + +

# „Eine andere Welt ist möglich“

## *Weltsozialforum in Porto Alegre / Brasilien Impressionen und Reflexionen*

*Christoph Strawe*

*Vom 31. Januar bis zum 5. Februar fand im brasilianischen Porto Alegre das zweite „Weltsozialforum“ statt. Über 50.000 Menschen aus 132 Ländern hatten sich zusammengefunden, dreimal soviel wie vor einem Jahr. Unter ihnen waren 11.000 Jugendliche, für die es ein eigenes Jugendlager gab. Von etwa 2.000 vertretenen Organisationen und Initiativen wird gesprochen. Aus der Bundesrepublik hatten diesmal etwa 160 Teilnehmer den Weg über den Äquator auf den amerikanischen Kontinent gefunden, - letztes Jahr war es nur ein knappes Dutzend. Unter ihnen waren Gruppen wie ATTAC, Misereor und diverse Netzwerke, aber auch*

*Vertreter des DGB und der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie Parlamentarier der SPD und der PDS.<sup>1</sup> Im Goethe-Institut fanden diverse Veranstaltungen statt, darunter eine Pressekonferenz der deutschen Delegation. - Stark vertreten - auch mit einem eigenen Faltprospekt und zahlreichen Workshops: die „Stuttgart Delegation“ - bestehend aus ATTAC (Katrin Zöfel), dem Forum 3 (Ulrich und Gabi Morgenthaler), der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“ (Christoph Strawe) und ihrem jüngeren Bruder „GlobeNet3“ bzw. „GlobalSTAF“ (Johannes Lauterbach und Carol Bergin) sowie dem Netzwerk weltweiter Projekte NWWP (Suely Nunes-Loewe, Jens Loewe).*

*Was hat es mit diesem Forum auf sich? Wie ist es entstanden, welche Ergebnisse hatte das diesjährige Treffen und welche Impulse können von ihm ausgehen? - Davon handelt der folgende Bericht, der zugleich versucht, etwas von der Stimmung des „Events“ einzufangen und Impressionen von der Umgebung zu vermitteln, in welcher er stattfand.*

---

### **Zivilgesellschaft: eine dritte Kraft wird sichtbar**

Das alte Jahrhundert endete mit der „Battle of Seattle“. Die Welthandelsorganisation WTO führte in der nord-amerikanischen Stadt ihren Gipfel durch, bei dem die Staatenvertreter vor allem im Interesse der transnationalen Wirtschaftsunternehmen die weitere Liberalisierung des Welthandels vorantreiben wollten. Dagegen protestierten Menschen aus aller Welt, in einer so noch nie da gewesenen Koalition: Alte Linke, Ökologiegruppen und Organisationen neuen Typs wie ATTAC, Gewerkschaften aus den Metropolen und Kleinbauernvereinigungen aus den gering entwickelten Ländern, Menschenrechtsgruppen, Fair-Trade-Initiativen, religiös-kirchliche Gruppierungen. Ihre Aktionen waren nicht von oben - zentralistisch - gesteuert, sondern von unten - netzwerkartig - koordiniert. Eine ähnliche Koalition, teilweise die gleichen Akteure, hatte zuvor bereits das heimlich in der OECD vorbereitete und 1998 der Öffentlichkeit bekannt gewordene Investitionsschutzabkommen MAI zu Fall gebracht.

Der Zusammenbruch des Staatssozialismus 1989 und die Zurückdrängung der Kräfte eines dritten Weges in der Zeit danach hatten über Jahre hin der Lehre von der alleinseligmachenden neoliberalen Marktökonomie Hochkonjunktur beschert. Nun war eine neue dritte Kraft auf den Plan getreten, die nichts mit dem Establishment der Staaten und der Ökonomie zu tun hatte und für die sich als Identifikationsbegriff das Wort von der „Zivilgesellschaft“ durchsetzte. Und siehe da: Der Gipfel von Seattle scheiterte, weil die Bewegung Entwicklungsländern Mut machte, wider den Stachel zu löcken. Die Widersprüche innerhalb der WTO-Mitgliedschaft kamen zum Vorschein.<sup>2</sup>

Würde diese dritte Kraft kontinuierliche Wirksamkeit entfalten können? Würde sie mehr sein als eine Verhinderungs- und Antikoalition, wie so viele soziale Bewegungen der Vergangenheit, die sich dadurch schließlich totliefen? Kurz: würde sie gegenüber dem Bestehenden die Kraft dessen entfalten können, was die klassische deutsche Philosophie „bestimmte Negation“ genannt hat, d.h. eine Verneinung, die zugleich Bejahung ist, weil sie konstruktiv und nicht bloß abstrakt wirkt?

Bemerkenswert immerhin war die Auflösung alter Lagerbildungen. Die alte Linke war technikgläubig wie ihre Hauptgegner. Nun fand man sich auf dem Boden nachhaltiger Entwicklung, wurde der Sinn für den Organismus Erde ein verbindendes Band für viele Beteiligte. Damit schloss die Bewegung zugleich an die Impulse an, die von dem UNO-Umweltgipfel in Rio im Jahre 1992 ausgegangen waren (Lokale Agenda 21).

---

### **Weltwirtschaftsforum und Weltsozialforum**

Vor 30 Jahren hatte der mittlerweile 62jährige Genfer Wirtschaftsprofessor Klaus Schwab, gebürtig aus Ravensburg, heute einer der reichsten Männer der Schweiz, das sogenannte World Economic Forum gegründet. Es fand seither jährlich in Davos statt, wo sich eine erlesene Schar von Verantwortungsträgern aus Politik und Big Business versammelte. Eine Mischung aus Denkfabrik, Kontaktbörse und Laufsteg der Eitelkeiten war dieses einflussreiche Forum. Wenige mit Rang und Namen, die niemals in der Bündner Bergwelt dabei waren.

Einer Bewegung, die der neoliberalen Form der Globalisierung kritisch gegenüberstand, konnte Davos nicht gleichgültig sein, sie musste eine Antwort darauf finden. Gegendemonstrationen fanden vermehrt in den letzten Jahren statt. Aber genügt es zu protestieren? Liegt nicht die Stärke von Davos darin, dass dieses Forum Entwicklungen abspürt und vordenkt, dass es Dialoge ermöglicht, die zu - wie immer fragwürdigen - Gestaltungsimpulsen beitragen? Muss, wer anderes will, als dort vorgedacht wird, nicht jene Stärke ebenfalls entwickeln, - nur eben auf andere Weise? - Solche Überlegungen, in vielen Köpfen auftauchend, mögen es gewesen sein, die dazu führten, dass die Idee eines parallel zu Davos stattfindenden Forums realisiert wurde. Bei ihm sollte es um Antworten auf die Frage gehen, „wie in einer zukünftigen Welt die Ökonomie in den Dienst der Menschen gestellt werden sollte und nicht umgekehrt“.<sup>3</sup> In Brasilien fand sich eine Reihe von Organisationen, die die Sache vorantrieben. Sie verhandelten mit den Autoritäten von Rio Grande do Sul, wo die Bedingungen für die Durchführung günstig schienen. Und sie verbanden sich mit Gruppen in aller Welt - ATTAC Frankreich hatte die Initiative bereits von Anfang an kräftig mit vorangetrieben. So kam im Jahr 2 nach Seattle das I. Weltsozialforum in Porto Alegre zusammen.

---

### **2002: Porto Alegre und New York**

Zwischen dem 1. und dem 2. Forum lagen die Demonstrationen und die brutalen Einsätze der Staatsgewalt beim G8-Gipfel in Genua und die entsetzlichen Anschläge des 11. September mit all ihren Folgen. Hatte Genua zu einem Aufschwung der Bewegung geführt und Organisationen wie ATTAC einen großen Mitgliederzustrom beschert, so sagten ihr nach dem 11. September manche ein nahes Ende voraus. Das Gegenteil jedoch trat ein: „Porto Alegre II hat deutlich gemacht, dass die Dynamik der globalisierungskritischen Bewegung ungebrochen ist. Sie wächst weiter und gewinnt an Breite und Einfluss“, so Peter Wahl, Mitglied des Koordinierungsausschusses von ATTAC Deutschland.

Teils aus Solidarität mit den USA, teils weil die Schweizer Behörden offensichtlich den immensen Sicherheitsaufwand nicht leisten wollten, verlegte man das WEF in diesem Jahr nach New York. Durch die zeitgleich auf einem Kontinent stattfindenden Veranstaltungen entstand

ein sprechendes Bild, Realität und Symbol zugleich: dort im kalten Norden die auserwählte Schar der 2.700 Reichen und Mächtigen, von einem Riesenaufgebot von Sicherheitskräften und Sperren geschützt, was zugleich an den Orten des Geschehens das Geschäftsleben New Yorks zurückdrängte. Hier in der 28°-Wärme Brasiliens eine gelöste, bei allem Ernst der inhaltlichen Arbeit geradezu volksfestartige Stimmung, die gleich bei der Eröffnungsveranstaltung aufkam. Und Leben allüberall - auch die örtliche Geschäftswelt und der Kleinhandel profitierten. Die wenigen Polizeikräfte hielten sich dezent im Hintergrund, und die Ordner mussten nicht mehr kontrollieren als die Delegierten- bzw. Teilnehmerausweise.

War das erste Forum von den Medien noch weitgehend heruntergespielt worden, so war das im Jahr 2002 deutlich anders. Dazu trug der Kontrast der Bilder sicher bei: häufig wurde zugleich über New York und Porto Alegre berichtet.

---

### **Lasst 1000 Blumen blühen ... Wie Alternativen für eine andere Welt entstehen können**

---

Die Form der Veranstaltung war bereits in der Vorbereitung des ersten Forums geprägt worden: Morgens wenige teach-in-artige Foren vor einem großen Publikum mit mehreren Podiumsteilnehmern, bei denen es sich meist um Menschen handelte, die prominent sind, weil sie sich in der Bewegung hervorgetan haben. - In diesem Jahr waren es insgesamt 27 solcher „Conferences“. Sie behandelten unter anderem Themen wie fairen Handel, internationale Organisationen, Kontrolle der Finanzmärkte, nachhaltige Entwicklung, Wasserversorgung, transnationale Unternehmen und die Rolle der Zivilgesellschaft.

Am Nachmittag dann „Workshops“. In diesem Jahr waren es an die 300 jeden Tag, sie konnten von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern selbst gestaltet werden. Insgesamt eine Fülle von Gesprächs- und Begegnungsmöglichkeiten, die einer realen Vernetzung der zivilgesellschaftlichen Akteure untereinander dienen sollten. Zwar war die Form der Vormittagsveranstaltungen recht konventionell: Statements reihten sich aneinander, anschließend waren noch Fragen möglich. Die Offenheit des Workshop-Programms jedoch war beispielhaft: Man konnte sich - über die Internetseiten des WSF - mit seiner eigenen Workshop-Initiative völlig frei einbringen und diese bekannt machen - und die Organisatoren brachten das Kunststück fertig, für all diese verschiedenen Arbeitsgruppen das räumliche Umfeld zu schaffen. - Gerade wer wie der Autor einen zentralistisch organisierten Event wie die 10. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in der damaligen Hauptstadt der DDR erlebt hat, kann die praktizierte aktive Toleranz der Veranstalter würdigen.

Natürlich wehten in Porto Alegre auch die roten Fahnen der in Lateinamerika traditionell starken marxistisch-leninistischen Gruppen, formierten sich auf dem Veranstaltungsgelände immer wieder Demonstrationzüge, die ohrenbetäubend ihre Losungen skandierten. Sie gehör-

ten zum bunten Bild der Veranstaltung dazu, waren aber auch wiederum zu sehr eine Randerscheinung, als dass sich jemand zum Mitmarschieren in einer „antiimperialistischen Einheitsfront“ hätte genötigt sehen müssen. Dass ultralinke Gruppierungen parallel zur Eröffnung eine eigene Demonstration gegen das „reformistische Weltsozialforum“ durchführen konnten, ohne dass sich jemand darüber aufregte, passt zum Gesamteindruck.

Die selbstlose Haltung der Organisatoren, ein Forum bieten zu wollen, durch das sich eine Kraft der Alternative aus der Zivilgesellschaft heraus formen kann, nicht aber eine solche Bündelung der Kräfte auf einer vorgegebenen Plattform erzwingen zu wollen, war der entscheidende Ansatz schon des ersten Forums. Es war ein qualitativer Sprung gegenüber den allermeisten Ansätzen in der Vergangenheit, internationale Solidarität zu bewirken. (Vgl. den Kasten mit der „Charta der Prinzipien“ des WSF auf S. 12)

Peter Wahl bringt diese Qualität auf den Begriff: „Diese Bewegung organisiert sich transnational und unter Bedingungen, die die politische und kulturelle Diversität auf dem Planeten widerspiegeln. Eine gemeinsame theoretische oder weltanschauliche Grundlage gibt es, anders als bei früheren Versuchen, eine 'Internationale' zu bilden, nicht. Erst recht besteht keine Zentrale, die irgendetwas vorgeben könnte. Einzig die Fähigkeit aller Akteure zur Selbstorganisation bestimmt den Grad der Struktur- und Regelbildung. Toleranz und kommunikative Kompetenz über kulturelle Grenzen hinweg sind dabei von entscheidender Bedeutung. Historische Vorbilder für einen solchen demokratischen Konstitutionsprozess einer transnationalen sozialen Bewegung existieren nicht.“

---

### **Eine Region wagt mehr Demokratie...**

---

Porto Alegre mit seinen ca. 1,4 Mio. Einwohnern ist die Hauptstadt des brasilianischen Teilstaats Rio Grande do Sul (Bevölkerung 10 Mio.). Dieser Teil Brasiliens ist als Gastgeberregion für ein derartiges Forum wie geschaffen. Wird hier doch eine weitgehende Form direkter Demokratie praktiziert, bei der die Bürger z.B. über die Ausgabeprioritäten der öffentlichen Hände abstimmen können (Bürgerbudget). Bei der UNO interessiert man sich für dieses Modell, in einer Reihe lateinamerikanischer Städte findet es Nachahmer.

Hinter diesem Ansatz steht die brasilianische Arbeiterpartei (PT), die in Stadtverwaltung und Landesregierung dominiert und ohne deren Unterstützung das Forum in dieser Form sicherlich nicht hätte stattfinden können. Von 2,3 Mio. Reals (1 Real = ca. 0,5 Euro) vom Gouverneur des Teilstaats und weiteren 800.000 Reals vom Präfekten der Stadt ist die Rede<sup>4</sup>, - was unmittelbar einleuchtet, wenn man das Preis-Leistungs-Verhältnis des mittäglichen Büffets bestaunt hat. Der PT-Ehrevorsitzende Lula da Silva erhielt im Forum „partizipatorische Demokratie“ am vierten Tag standing ovations für eine flammende Rede, die wohl zugleich Wahlkampf für seine Präsidentschaftskandidatur war.

Einen weiteren Faktor des Gelingens stellt sicher die Tatsache dar, dass der riesige Campus der katholischen Universität und deren in der Stadt verstreute Hörsaalgebäude für die Veranstaltung voll zur Verfügung standen. Im Foyer des Hauptgebäudes strömten morgens Tausende zu den großen Foren, die nachmittäglichen Workshops verteilten sich dann auf die Vielzahl der Gebäude. Das Transportproblem lösten Shuttle-Busse und die hellrote Taxiflotte der Stadt, deren Fahrer ein gutes Geschäft machten.

Eine Parkhausetage der Universität war zu einem einzigen Markt umfunktioniert, in dem sich ein Bücher- und Informationsstand an den nächsten drängte. Auch im Freien, überall auf dem Gelände, Stände verschiedener Organisationen und der zahlreichen Kleinhändler, die vom Schmuck über Plaketten bis zum T-Shirt alles feil hielten, was das Herz der Teilnehmer begehrt. - Bei einem Schmuckhändler muss ich ein drittes Paar Ohrringe für meine Frau als Dreingabe nehmen, weil ich aus dem Land von Karl Marx komme. - Allerdings hatte ich auch bereits den Spottpreis von 3 Real pro Paar nach oben korrigiert.

Auch wenn man die Unterstützung und die gute Infrastruktur einbezieht: die reibungslose Organisation einer solchen Veranstaltung ist eine logistische Meisterleistung der unmittelbar für die Durchführung Verantwortlichen.

---

## Brasilianische Impressionen

---

Von Porto Alegre ist es nicht weit zur Grenze, hinter der ein im Augenblick durch die Folgen der neoliberalen Globalisierung besonders betroffenes Land, Argentinien, von sozialen Unruhen geschüttelt wird. Die Lage in Brasilien ist anders. Seit man 1994 eine an den Dollar angekoppelte Währung, den Real, eingeführt hat, hat man die Inflation im Griff und hofft, mit dieser Lösung besser zurechtzukommen als der Nachbar im Süden. Die sozialen Probleme indes sind mit Händen greifbar, wenn man die Innenstadt von PA erkundet. Mit ihrem vibrierenden Leben macht sie einen aufstrebenden Eindruck, überall Geschäftigkeit. Zugleich ist das Elend unübersehbar, trotz vieler Bemühungen der Verwaltung: Straßenkinder, die betteln; eine Frau, die mit ihrem Säugling auf dem Arm vor einem Geschäft sitzt und offensichtlich keine Bleibe hat; Männer, die am Straßenrand schlafen, und die anderen, die geschäftig vorbeieilen.

Etwas besser daran sind diejenigen, die wenigstens irgend etwas zu verkaufen haben. Der Straßenhandel ist allgegenwärtig, und daran, wie die Ware präsentiert wird, ist die soziale Hierarchie zu studieren: Auf dem Gehsteig, im Bauchladen, auf einem Tischchen, in einem eigenen Stand... In einem Geschäft sehe ich eine Auslage mit Hemden, die man in 5 Monatsraten zu 5,99 Reals abstottern kann: Konsumentenkredit für die Armen. Auffällig viel private Sicherheitsleute, z.B. vor den großen Geschäften. Ein Fremder tritt auf mich zu und warnt mich: „Take care of your camera“ (einem Mitglied der Stuttgart Delegation sind tatsächlich am ersten Tag Pass und Kreditkarte entwendet worden).

Dass die Arbeit billig ist, merkt man an Details: ich kaufe eine große Flasche Soda im Supermarkt - und gleich ist ein dienstbarer Geist zur Stelle, um sie mir in die Tüte zu packen. Deutliche Unterschied im Preisniveau zwischen den großen Marken und der heimischen Produktion. Für unsere Verhältnisse ist vieles günstig. Den „Super-Dog“ (Super ist gar kein Ausdruck, er kann als komplettes Mittagessen durchgehen!) bekommt man an der Bushaltestelle bei einem Straßenhändler für 1,50 Real.

Die Umweltprobleme des Landes ahnt man, wenn man der Gewässerverschmutzung ansichtig wird: Der Strand hinter dem Amphitheater, in dem die Eröffnungsfeier stattfand: aus der Ferne wunderschön - aus der Nähe betrachtet, verliert man die Lust zum Baden.

---

## Das International Forum on Globalization (IFG)

---

Eine wichtige Plattform unter den vielen anwesenden Organisationen stellt das „International Forum on Globalization“ dar. Sind doch in seinem „Board“ viele der herausragenden Gestalten der Bewegung für eine andere Form der Globalisierung anwesend. Eine davon ist Lori Wallach, eine amerikanische Wirtschafts-anwältin, die bereits in der Bewegung gegen das MAI eine Schlüsselrolle spielte und zu deren Markenzeichen es geworden ist, dass sie stets zwei riesige Wälzer mit den WTO-Vereinbarungen mit sich führt, um sie ihrem Publikum zur Abschreckung zu präsentieren.

Wer den im ZDF ausgestrahlten Film „David gegen Goliath“ gesehen hat<sup>5</sup>, kennt sie, ebenso wie Vandana Shiva, die Inderin. Diese Frau hat ein enormes Charisma. Man versteht, dass sie in Indien Hunderttausende in Bewegung bringt. Seit sie vor der amerikanischen Justiz die mächtige Firma Rice-Tec in die Knie zwang, ist sie geradezu eine Legende geworden. Rice-Tec hatte das Patent für eine neue Reissorte erhalten, die ähnliche Eigenschaften wie der originale indische Basmatireis aufweist. Durch diesen schmutzigen Trick wäre es der Firma fast gelungen, sich die indischen Bauern tributpflichtig zu machen, hätte Shiva nicht dagegen angekämpft. Der kostenlose Nutzung des eigenen Saatguts wäre am Ende ein Verstoß gegen das TRIPS-Abkommen der WTO gewesen.

Ich höre Vandana Shiva bei der Konferenz über Nachhaltigkeit - und muss unwillkürlich an Martin Luther King denken. Sie beginnt mit einem Zitat aus dem „Economist“, das den Ernst der Lage beleuchtet. Ein Schreiberling hat dort gefordert, „Greenpeace“ und „Friends of the Earth“ wegen ihres aktiven Widerstands gegen biotechnische Entwicklungen unter Antiterrorismus-Gesetze zu stellen. Die promovierte Physikerin findet einprägsame Bilder - geeignet, auch einfache Menschen anzusprechen, ohne dabei populistisch zu werden. Ihr Satz, dass G. Bush das Wasser in seinem Swimmingpool wichtiger sei als die Wasserversorgung von Millionen Menschen auf der Welt, wird in den Medien zitiert. Sie bringt die Dinge auf den wesentlichen Punkt, wenn sie sagt, die Menschenrechte seien den

## AUS DEM „REPORT SUMMARY“ DES INTERNATIONAL FORUM ON GLOBALIZATION

Im Vorwort zu dem Text heißt es: „Im Januar 1999 initiierte das IFG einen Prozess, der den Zweck hatte, Alternativen zum gegenwärtigen Modell kapitalorientierter Globalisierung („corporate globalization“) zu entwickeln. In den letzten drei Jahren haben etwa zwei Dutzend unserer Vorstandsmitglieder und Hauptpartner regelmäßige Treffen abgehalten, um Skizzen der entscheidenden Bestandteile lebensfähiger Alternativsysteme vorzubereiten. [...] Der endgültige Report, der im Frühjahr 2002 veröffentlicht werden soll, bietet eine breite Auswahl an lebensfähigen Optionen, die sich mit einer Reihe neuer Operationsprinzipien für die internationale Gemeinschaft zusammenfügen. Die Prinzipien und Vorschläge sind nicht als endgültige Argumente für irgendein spezifisches System gedacht. Unser Plan ist es, das Dokument unter den vielen Tausend Gruppen der Zivilgesellschaft auf allen Kontinenten zu verbreiten, die an diesen Fragen engagiert sind.“

Wir werden dann einen über drei Jahre dauernden Prozess beginnen, der Treffen in jeder Region zwischen interessierten Gruppen beinhalten soll, um die Verfeinerung dieser Ideen zu fördern, sie im Hinblick auf lokale Bedingungen zu erweitern oder zu modifizieren, einen allgemeinen Konsens zu suchen in so vielen Punkten wie möglich, um daraufhin ein neues Dokument zu publizieren, das dann auch klare und konkretere Schritte einschließen sollte, die vom Bestehenden zum Neuen führen. Wir heißen alle Antworten willkommen.[..]“

Der Bericht spricht zunächst über den globalen Widerstand gegen die gegenwärtige Globalisierung, deren Formen und Auswirkungen er kritisiert. Es werden dann zehn Prinzipien für demokratische und zukunftsfähige Gesellschaften skizziert: Neue Demokratie - Subsidiarität - ökologische Nachhaltigkeit - gemeinsames Erbe - Menschenrechte - Arbeit, Arbeitsplätze und Lebensqualität - Schutz der Ernährung - Gleichheit - Vielfalt (darunter kulturelle Vielfalt) - Prinzip der Vorsorge. Diese Prinzipien werden dann nach verschiedenen Seiten hin ausgeführt, bis hin zu einer Skizze neuer globaler Institutionen.

Menschen nicht von den Regierungen verliehen, sondern mit ihnen geboren und darum unveräußerlich. - Ihr Auftritt war für mich vielleicht der nachhaltigste Eindruck des Forums (Noam Chomskis Vortrag verpasste ich, weil kein Zugang zum überfüllten Saal mehr möglich war, der Vortrag Leonardo Boffs, des Begründers der Theologie der Befreiung, fiel aus.)

Zum Board des IFG gehört auch Maude Barlow, Vorsitzende des Council of Canadians, die in Kanada eine breite Bewegung gegen das WTO-Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen GATS in Gang gebracht hat. Den Rundbrieflesern ist sie durch den Teilnachdruck ihres Artikels „Die letzte Grenze“ und meinen Beitrag über GATS bekannt.<sup>6</sup> Dann sind da Persönlichkeiten wie Walden Bello, ein philippinischer Sozialwissenschaftler, Direktor des „Focus on the Global South“ oder Martin Khor vom „Third-World-Network“ aus Malaysia. Er imponiert mir durch seine strategische Intelligenz, seine Souveränität im Umgang mit dem Stoff, den er behandelt,

aber auch durch den Eindruck eines unbeugsamen Willens, der von ihm ausstrahlt. Man muss konzeptionell nicht mit allem konform gehen, was er sagt. Aber im entscheidenden Punkt hat er allemal Recht gegen die Beschwichtiger und Beschöniger aus allen Ländern und Lagern: nämlich, dass der WTO-Prozess gestoppt werden muss, dass die WTO in ihrer jetzigen Form nicht reformierbar ist. Seine Argumente - vorgetragen u.a. bei einem der größeren Workshops über die Gestaltung der Globalisierung - sind glasklar:

Das WTO-Regime greift durch in alle Länder, aufgrund der Möglichkeit, jede regionale demokratische Entscheidung durch die Klage bei der WTO auszuhebeln, - wenn es nur gelingt, einen Verstoß gegen die sakrosankten Regeln des freien Wettbewerbs glaubhaft zu machen. Dieses Regiment verunmöglicht jede soziale Gestaltung in der Region, dem Lebensort der Menschen. Seine Beseitigung, ist es erst einmal durchgesetzt, ist vielhundertmal schwerer als die Änderung einer nationalen Verfassung, - welche, wenn sie grundlegenden Charakter hat, bekanntlich auch nur in historischen Ausnahmesituationen möglich ist. Einsichtig auch Khors Aussagen über die notwendige Begrenzung des freien Kapitalverkehrs durch soziale Gesichtspunkte, eindrucksvoll an der Asienkrise exemplifiziert. Jens Loewe fragt ihn um die Erlaubnis, einiges, was er geschrieben hat, ins Deutsche zu übersetzen, und erhält gleich eine Generalvollmacht. Das ist eine freundschaftliche Geste, zugleich aber auch wohl Ausdruck einer Einschätzung der strategischen Bedeutung, den eine Stärkung der Bewegung in Deutschland haben könnte.

Ein weiteres Mitglied des Boards, das hier erwähnt werden muss, ist David Korten. Korten, der auch in einem unserer Workshops mitwirkte, hat u.a. die Werke „When Corporations Rule The World“ (1995, 2. Aufl. 2001) und „The Post-Corporate World: Life After Capitalism“ (2000) verfasst und gilt nicht nur als glänzender Analytiker, sondern auch als Vordenker, was künftige gesellschaftliche Gestaltungen angeht. In seinem erstgenannten Werk zitiert er unseren philippinischen Freundes Nicanor Perlas, der wiederum zu den „Associates“ des Forums gehört. In Kortens Denken spielen Prinzipien wie ökologische Nachhaltigkeit, ökonomische Gerechtigkeit, kulturelle Vielfalt, Subsidiarität, Partizipation und Verantwortlichkeit eine große Rolle.

Seine Mitautorschaft ist auch in dem Dokument erkennbar, welches das IFG bei einem Workshop erstmals in Kurzfassung als Entwurf der Öffentlichkeit vorstellt und an dem intern lange gearbeitet worden ist: „A Better World is possible - Alternatives To Economic Globalization“ (siehe Dokumentation).<sup>7</sup>



## Die Globalisierung gestalten - Alternativen für eine andere Welt

Damit sind wir bei einem entscheidenden Punkt angelangt: Porto Alegre wollte von Beginn an mehr sein, als eine Protestveranstaltung. Es wollte den Beweis antreten für die Aussage des Mottos „Eine andere Welt ist möglich“. Wie können deren Konturen aussehen? Wie kann verhindert werden, dass wiederum nur eine Utopie entsteht, die sich bestenfalls, sollte sie sich durchsetzen, als Konglomerat fixer Vorstellungen erweist, die die Menschen als übergestülpt erleben und die sich darum in der Realisierung dann auch bald ins Gegenteil verkehren? Wie soll, auf der anderen Seite, vermieden werden, dass nicht mehr zustande kommt als ein Potpourri unzusammenhängender Wünschbarkeiten aus den verschiedensten Ecken?

Die Organisatoren haben von vornherein gut daran getan, zu verhindern, die Zeit „mit Diskussionen über Einzelheiten zu verlieren, die in einem abschließenden Dokument enthalten sein sollten“<sup>8</sup>. Alternativen, die wirkliche Kraft der Veränderung in sich bergen, sind heute allemal solche, die Strukturen beschreiben, unter denen Menschen handlungsfähig zur Lösung ihrer jeweiligen Probleme werden können, nicht „Lösungen“ im Sinne einer inhaltlich vorgedachten „richtigen“ Gesellschaftsordnung. In diesem Punkt hat ein Grundansatz der Dreigliederung - auch wenn dieses als Konzept bei dem Forum sicherlich nur eine Randrolle in einzelnen Diskussionen spielte - im allgemeinen zivilgesellschaftlichen Bewusstsein begonnen Fuß zu fassen. Aber die Formulierung solcher Alternativen kann auch wiederum nur aus einem permanenten Diskurs hervorgehen. Daher sind Foren wie das IFG als Orte freien geistigen Austauschs so wichtig.

Damit soll über die Aussagen des Dokuments im einzelnen nichts gesagt sein. Vieles findet sich dort, an dem unmittelbar angeschlossen werden kann, manches bedarf aber sicher auch weiterer Diskussion. So möchte man z.B. fragen, ob die Betonung der „lokalen Wirtschaft“ - so wichtig diese Entdeckung der Region als realer Ort von Wirtschafts- und Lebenszusammenhängen auch ist - als Alternative zur neoliberalen Globalisierung ausreicht, oder ob nicht gerade auch global solche Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit entstehen können und müssen, welche die gleiche Transparenz und Gestaltbarkeit aufweisen, wie sie im Lokalen zu Recht gesucht werden. Mit dieser Frage wäre eine Debatte über eine moderne kooperative Wirtschaft eröffnet, die sehr weit führen könnte.

Das IFG hat ausdrücklich um Diskussionsbeiträge zu seinem Papier gebeten - und man sollte dieses Angebot dankbar annehmen. So soll das geplante Seminar der Fortbildungsreihe „Individualität und soziale Verantwortung“ vom 11.-13. Oktober an der Universität Trier, bei dem es um konzeptuelle Bausteine für eine menschengerechte Globalisierung geht, ausdrücklich unter den leitenden Gesichtspunkt gestellt werden, zu dieser Debatte einen Beitrag zu leisten. - Übrigens: Carol Bergin und Johannes Lauterbach hatten bereits am Rande der WTO-Konferenz in Doha mit Lori Wallach, Vandana Shiva und Maude Barlow engere Kontakte knüpfen können, die in Porto Alegre weiter gepflegt werden konnten

und vielleicht zukünftig fruchtbare Zusammenarbeitsmöglichkeiten eröffnen.

Die konzeptionellen Beiträge, die bei dem Forum oder im Zusammenhang mit ihm geleistet wurden, sind insgesamt beachtlich. Aufmerksamkeit verdient dabei auch ein von ATTAC Frankreich Ende Januar vorgelegtes „Manifest 2002“.<sup>9</sup> Nur wer illusionäre Ansprüche stellte, konnte über einen mangelnden konzeptionellen Ertrag in Porto Alegre klagen. „Erwartungshaltungen, die in der abschließenden Pressekonferenz gerne einen Konstruktionsplan für die neue Gesellschaft sehen wollten“, so Peter Wahl, „wurden enttäuscht. Das finale Manifest einer lichten Zukunft, der große Wurf wurde nicht präsentiert. Im Gegenteil, ganz bewusst wurde auf eine offizielle Abschlusserklärung verzichtet, weil die Entwicklung eines 'planetarischen Programms' - wenn es denn auf demokratische Weise zustande kommen soll - gerade nicht von einem Großdenker oder eine Avantgarde mal so auf den Markt geworfen werden kann. Was einer kurzschlüssigen Effizienz- und platten Ergebnisorientiertheit als Schwäche erscheint, ist im Gegenteil bereits der Vorschein einer anderen Welt: partizipative Demokratie, herrschaftsfreier Diskurs, Entschleunigung. Hier wird nichts durchgepowert.“

## Zusammenarbeit, z.B. in Europa ...

Auch für die Entwicklung der Zusammenarbeitsformen und Organisationsstrukturen innerhalb der Bewegung war das Forum fruchtbar. Die Beratung von ATTAC Europa, an der ich teilnehmen konnte, beispielsweise brachte eine bessere Wahrnehmung der verschiedenen Sektionen untereinander - einige von ihnen sind erst in jüngster Zeit überhaupt entstanden -, aber auch Impulse für Kampagnen und ansatzweise auch ein Bewusstsein für die Notwendigkeit, die Handlungsebene „Europäische Union“ in die Arbeit stärker einzubeziehen. Konkrete Verabredungen gab es für Kampagnen zur Durchsetzung der Tobin Tax (seit eh und je ein Hauptthema von ATTAC) und zum GATS-Abkommen der WTO.

Ich selbst habe noch an einer kleineren Arbeitsrunde teilgenommen, die sich anschließend mit dem EU-Gipfel in Barcelona und entsprechenden Aktionen beschäftigte. Ich habe dort auch über die Initiativen zur Grundrechtscharta und den Aufruf EU 21 berichtet und der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass es der Zivilgesellschaft wenigstens gelingen möge, sich auf einige essentielle Forderungen zur Nachbesserung der Charta und zu den im EU-Reformkonvent zu behandelnden Strukturfragen der Union und ihrer Institutionen zu einigen, um Einfluss auf die europäische Verfassungsentwicklung zu nehmen. Das wurde mit Interesse aufgenommen. Zugleich wurde mir deutlich, dass es noch ein weiter Weg ist, auch nur die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Ströme - z.B. die verschiedenen Demokratieinitiativen und die Gruppen der Globalisierungsbewegung - füreinander wahrnehmbar werden zu lassen und schließlich zu einer konkret wirksam werdenden Zusammenarbeit zu bringen. Umso wichtiger, diese Aufgabe anzugehen.

## Programmbeiträge unserer Delegation

Die „Stuttgart Delegation“ nahm aktiven Anteil am Workshop-Geschehen: den größten Zulauf hatte dabei Carol Bergins Arbeitsgruppe über kulturelle Kreativität. Jens Loewes Workshop handelte über das „Netzwerk Weltweiter Projekte“ (NWWP). Suely Nunes-Loewe arbeitete mit einer Gruppe an der Frage individueller Verantwortlichkeit, außerdem gab sie zwei Workshops im „Forum Bambino“ - auch für die Kinder war ein Angebot da! Den ganz Kleinen vermittelte sie mit selbstgemalten Bildern Umweltthemen. Johannes Lauterbachs Gegenstand war „authentische trisektorale Partnerschaft“, wobei er von David Korten unterstützt wurde. Am Beispiel des Forum 3 behandelten Ulrich und Gabi Morgenthaler das Thema: „Die Zivilgesellschaft braucht offene Zentren“, ich selbst sprach - in meinem ersten Seminar, das ich in englischer Sprache zu halten hatte! - über die Zukunftssicherung der Sozialsysteme unter Globalisierungsbedingungen. Ein gemeinsamer Workshop „Shaping Globalization through Cultural Power“ krönte das Ganze. - Erwähnt sei auch die Teilnahme von Ralph und Julian, zweier Grazer Waldorfschüler, die mit uns gereist waren.

Die Workshops fanden bei den Teilnehmern ein positives Echo, insbesondere wurde der Arbeitsstil geschätzt, der wohl dialogischer war als in vielen anderen Gruppen. In manchen unserer Workshops fand zwischen- und auch eine Gesprächsarbeit in Kleingruppen statt.

Zu diesem Angebot kam ein brasilianischer Beitrag: Antonio Marques, Leiter einer anthroposophischen Privatklinik und Autor eines Buches über soziale Dreigliederung mit dem Titel „Os tres Poderes“ - „Die drei Kräfte“ - hielt eine Arbeitsgruppe über kooperative Wirtschaft, in der auch beispielhafte Projekte aus Europa dargestellt wurden. Gregor Kux hatte einen Bücherstand mit portugiesischen Übersetzungen von Rudolf Steiner und anderer Literatur aus dem Bereich der Anthroposophie und Waldorfpädagogik organisiert.

Auch wir hatten - bis zur Grenze des zulässigen Gesamtgewichts unseres Fluggepäcks - Arbeitspapiere und anderes Material in englischer Sprache mitgebracht, das wir auslegen bzw. an Interessierte verteilen konnten. So haben recht viele Teilnehmer unsere Arbeit, z.B. auch die Initiative EU 21, ein Stück weit kennen lernen können.

Der Höhepunkt war sicherlich die Direktübertragung von Porto Alegre zu einer Versammlung ins Stuttgarter DGB-Haus, in zwei Partien, deren zweite auch im SDR 3 ausgestrahlt wurde. Wie Stuttgarter Teilnehmer später berichteten, gelang es, etwas von der Atmosphäre des WSF und der dort herrschenden Aufbruchstimmung zu übermitteln. Maude Barlow wandte sich an die Stuttgarter und kündigte an: „I'll come to Stuttgart and we'll change the world“.

Leider war ich selbst nicht Zeuge dieser Direkt-schaltung, da ich zur gleichen Zeit der schon erwähnten Beratung von ATTAC Europa im Hotel Embajador beiwohnte. Dieses Faktum zeigt zugleich das arbeitsteilige Vorgehen unserer Gruppe, das jedoch nicht „organisiert“ war, sondern sich spontan durch die Initiative der Einzelnen ergab.

## Dialog mit den „Etablierten“?

Kann es, muss es, einen Dialog zwischen Zivilgesellschaft bzw. Weltsozialforum und dem Establishment, repräsentiert z.B. im World Economic Forum, geben? Die Frage liegt auf der Hand, von einigen Teilnehmern, die nach beiden Seiten hin Verbindungen haben, wurde sie bewusst gestellt, so z.B. von einer Freundin aus Argentinien in einem unserer Workshops. Oder von Peter Hesse, der mit seiner Stiftung beispielhafte Entwicklungsprojekte in Haiti betreibt, Unternehmer und langjähriges Mitglied im „Bundesausschuss Entwicklungspolitik der CDU“, mit dem wir einige fruchtbare Gespräche führen konnten.

Wenn eine Wende in der Entwicklung eingeleitet werden soll, dann setzt das sicherlich eine Zusammenarbeit zwischen Menschen, die Verantwortungsträger in den bestehenden mächtigen Institutionen sind und die Notwendigkeit der Wende begreifen, mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren voraus.

Manche Vertreter des Establishments betrachten zwar die Zivilgesellschaft noch nicht als relevante Kraft, andere mögen den Dialog nur benutzen, um sie ruhig zu stellen. Sich Dialogen zu verweigern, wäre jedoch destruktiv: das soziale Leben baut auf dem Dialog auf. Und wer die eigene Kraft erprobt hat, braucht keine Angst zu haben, dass er vereinnahmt wird. Diese eigene Kraft ist nicht die Kraft der Zahl allein, auch wenn es eine kritische Masse braucht, damit wirksam eingegriffen werden kann. Sie ist die Kraft des Gedankens, der sozialen konzeptionellen Phantasie. Und es ist die Kraft der gelebten Beispiele, die ins Spiel gebracht werden muss, - Beispiele, in denen die andere Welt, die gewollt wird, ein Stückweit bereits antizipiert wird.

Auf dem Weltwirtschaftsforum in New York waren in diesem Jahr immerhin nicht nur Jubelarien über die Segnungen des ungebremsten globalen Kapitalismus zu hören. „Führung in unsicheren Zeiten“, lautete das Motto. In den Veranstaltungstiteln wimmelt es von Wörtern wie „Konflikt“ oder gar „Furcht“. Es wurden auch „Schattenseiten der Globalisierung“ thematisiert, die Dominanz der USA in der Weltwirtschaft zum Nachteil anderer und die Frage, ob die USA nicht eine Mitverantwortung für das Entstehen terroristischer Netzwerke haben.<sup>10</sup> Die Äußerungen des US-amerikanischen Finanz- und Außenministers als Vertreter der Linie des „Weiter so“, fanden keinen ungeteilten Beifall. „Selbst IWF-Direktor Horst Köhler kritisierte den Egoismus der Industrieländer, die ihre Landwirtschaft und die Textilwirtschaft vor ausländischer Konkurrenz und damit vor Konkurrenz aus Entwicklungsländern schützen.“<sup>11</sup>

Man wird das zur Kenntnis nehmen müssen, wenn auch nicht überbewerten dürfen. Insbesondere wird man sich dadurch nicht in der Entschlossenheit beirren lassen dürfen, die derzeit im Rahmen der WTO betriebene Entwicklung anzuhalten, um die Option anderer Entwicklungswege überhaupt wieder zu eröffnen. Zugleich wird man sich in dem Bemühen ermutigt sehen dürfen, solche Wege zu bahnen.

## Wie geht es weiter?

Für mich ergeben sich zwei Handlungsrichtungen, die miteinander verbunden sind:

### 1. Die Welt ist keine Ware! - die WTO-Maschine anhalten!

Wir brauchen eine Bewegung, die die Maschinerie der WTO stoppt. Dabei geht es nicht um diese oder jene Einzelheit, die gefordert werden müsste.<sup>12</sup> Es geht darum, dass nicht vollendete Tatsachen geschaffen werden dürfen, die eine Gestaltbarkeit der Verhältnisse nach menschlichem Maß und durch menschlichen Ratschluss und Übereinkommen nicht mehr zulassen. Denn die Realisierung der Werte kultureller Freiheit, demokratischer Gleichheit und wirtschaftlicher Gerechtigkeit und Solidarität wäre dann in ihrem Kern bedroht, ja verunmöglicht.

Viele Entwicklungsländer haben dem Doha-Kompromiss und damit dem Eintritt in eine neue dreijährige große Liberalisierungsrunde des Welthandels nur zugestimmt, weil ihnen zugesichert wurde, dass auf der nächsten Ministerkonferenz 2003 zunächst Einigkeit über den Modus der Verhandlungen gefunden werden muss, ehe diese Runde tatsächlich eröffnet wird.

Und hier ist zu fordern: kein neue Runde, wenn nicht erst den WTO-Abkommen und der WTO als Institution die Giftzähne gezogen worden sind. Und das würde heißen: TRIPS kann in der vorliegenden Form nicht bleiben, wenigstens Bildungs- und Gesundheitswesen sind aus den GATS-Verhandlungen auszuklammern und eine eindeutige Priorität der individuellen, demokratischen und sozialen Menschenrechte vor allen Wettbewerbsrechten ist festzuschreiben.

Faktisch liefe das auf die Forderung nach einem Stop des WTO-Prozesses in seinem gegenwärtigen Duktus und auf ein Moratorium hinaus, das erlaubt, über die Grundlagen der Gestaltung der Globalisierung neu nachzudenken.

Die Koalition, die dies durchsetzen kann, kann nur die breiteste mögliche sein: Sie muss Entwicklungsländer ebenso einschließen, wie z.B. die Gewerkschaftsbewegung in den Metropolen und alle Kräfte der Zivilgesellschaft überall in der Welt. Es gibt hier keine Vorbedingungen, außer der einen: der Gewaltfreiheit und der gegenseitigen Toleranz. Und es muss in Kauf genommen werden, dass die Zukunftskonzeptionen vieler beteiligter Kräfte noch gänzlich divergieren können. Ja diese Konstellation muss als Chance betrachtet werden, in der Zusammenarbeit jenes Vertrauen aufzubauen, ohne das eine Verständigung im „Pro“, über das „Anti“ hinaus, nicht möglich sein wird.

### 2. Entwicklung der Konturen einer anderen Welt

Die Konturen einer anderen Welt müssen von immer mehr Menschen als Bild in sich belebt werden. Zugleich ist der Dialog zwischen allen, die um solche Bilder ringen, selbst ein Element des Entstehungsprozesses einer neuen Welt. Es ist ein sozialkünstlerischer Vorgang, ohne den die Erneuerung keine wäre. Das Wahre ist das

Ganze, Resultat und Weg, der zu ihm führt, hat Hegel gesagt. Ein soziales Ziel, zu dem der Weg nicht ebenfalls ein sozialer ist, also ein zwischenmenschliches und mitmenschliches Zusammenwirken, wäre keines. Zugleich bedarf die Kunst des Handwerks, der Technik, als ihres Instruments. Im Hinblick auf das soziale Leben heißt das unter anderem auch: gründliche sachliche Untersuchung der jeweiligen Materie. Wie müsste ein Geldwesen, eine Eigentumsordnung, der Umgang mit den Ressourcen, mit der Bodennutzung, der Preisgestaltung, der Einkommensbildung, der Ausgestaltung der Demokratie, der Verfassung des Schulwesens, des Universitätslebens usw. aussehen, wenn ein Zustand erreicht werden soll, der menschlicher wäre als der bestehende? Um solche Fragen beantworten zu können, sind nicht nur große Visionen nötig und die Phantasie, sie umzusetzen, sondern auch die notwendige Unterlage an Sachkenntnis.

Schließlich und endlich geht es auch um die Kraft des Beispiels, die Kommunikation und die Reflexion praktischer Erfahrung, die im zivilgesellschaftlichen Engagement an den verschiedensten Stellen bereits gemacht worden sind. Es geht um die Anerkennung der vielen konzeptionellen Beiträge, die bereits geleistet worden sind. Es geht um konzeptionelle Weiterarbeit und Zusammenarbeit im weitesten Sinn.

Vertrauen wir diesem Prozess! - Nicht blind, sondern im Vertrauen auf die Partner, aber auch auf die eigene Kraft, aus bisher Erarbeitetem und neu zu Entwickelndem fruchtbare Beiträge in ihn einbringen zu können.

### „Welcome Porto Alegre 2003“

Der „Porto-Alegre-Prozess“ kann auch in Zukunft hier beitragen. Dazu am Schluss noch ein Wort: Mancher hat für eine radikale Dezentralisierung des Forums im kommenden Jahr plädiert. Nachvollziehbar: letztlich muss lokal und regional gehandelt werden, wenn eine neue soziale Wirklichkeit entstehen soll. Dennoch hat man sich entschlossen, für ein drittes Forum 2003 wiederum nach Porto Alegre einzuladen.

Das ist wohl begründbar, auch wenn die Teilnahme an globalen Ereignissen dieser Art für die kleinen und finanzschwachen Organisationen ein Problem darstellt (Sponsoren, hört die Signale!). Denn die Begegnung auf globaler Ebene ist ein wesentliches Element der Identitätsfindung der Zivilgesellschaft und gibt Impulse, die auf die Selbstorganisation vor Ort zurückwirken. 2004 will man sich dann in Indien versammeln, einem Land, in dem die zerstörerischen Folgen neoliberaler Globalisierung so greifbar sind, in dem aber eine starke Zivilgesellschaft sich diesen Entwicklungen entgegenstemmt.

Die Bildung lokaler Foren hat begonnen, regionale Foren entstehen ebenfalls. So soll es ein europäisches Sozialforum geben, das voraussichtlich Ende dieses Jahres in Italien und 2003 in Paris stattfindet. Die entscheidende Frage wird sein, ob es gelingt, den pluralen Ansatz des Forums bzw. der Foren durchzuhalten. Das ist weniger eine Frage des Veranstaltungsortes als des Selbstverständnisses der Akteure.

**Anmerkungen**

- 1 Unter ihnen war der SPD-Abgeordnete HerrmannScheer. Sie nahmen an einem parallel stattfindenden Forum der Parlamentarier teil.
- 2 Die beste mir bekannte Schilderung der Ereignisse von Seattle findet sich bei Maria Mies: Globalisierung von unten. Der neue Kampf gegen die wirtschaftliche Ungleichheit. Hamburg 2001.
- 3 Francisco Whitaker, I. Weltweites Sozial-Forum - Ursprung und Ziele (freie Übersetzung von Doris Henrichsen), siehe [www.ATTAC-netzwerk.de/stuttgart/dokumente/debatte-charta-wsf.htm](http://www.ATTAC-netzwerk.de/stuttgart/dokumente/debatte-charta-wsf.htm)
- 4 Junge Welt, 1.2.2002
- 5 „David gegen Goliath - Der Aufstand gegen die Globalisierung“, Dokumentation von Martin Kessler (ARTE/ZDF, 16.11., 22 - 22.55 Uhr)

6 Vgl. Rundbrief 2/2001.

7 Das Dokument in ganzer Länge kann heruntergeladen werden auf den Internetseiten des IFG: [www.ifg.org](http://www.ifg.org).

8 Francisco Whitaker, a.a.O.

9 <http://www.ATTAC.org/fra/asso/doc/zenith07.htm>

10 Nicola Liebert, „Wirtschaftselite setzt auf Skepsis“, in: TAZ vom 4.2.02, S. 5.

11 TAZ, a.a.O.

12 Ich kann vielem zustimmen, was Uwe Henrich in diesem Heft, S. 26ff. schreibt. Aber an dieser Stelle besteht offensichtlich zwischen uns Klärungsbedarf. Ich befürchte eben, dass es nicht mehr möglich sein wird, „Rahmenbedingungen ‚angemessen‘ festzulegen“ (Henrich), wenn das WTO-Regime voll greift.

## AUS DER CHARTA DER PRINZIPIEN DES WELTZOZIALFORUMS

Der Ausschuss der brasilianischen Organisationen, der das erste Weltsozialforum konzipierte und organisierte, das vom 25. bis 30. Januar 2001 in Porto Alegre/Brasilien stattfand, erachtet es für notwendig und legitim, nachdem er die Ergebnisse dieses Forums und die Erwartungen, die es weckte, ausgewertet hat, eine Charta von Prinzipien aufzustellen, um die kontinuierliche Weiterführung dieser Initiative zu gewährleisten. Während die in dieser Charta enthaltenen Grundregeln, die - von allen zu respektieren, die an diesem Prozess teilnehmen und Neuaufgaben des Weltsozialforums organisieren möchten - eine Verdichtung der Entscheidungen sind, die über der Durchführung des Porto Alegre Forums walteten und seinen Erfolg sicherstellten, dehnen sie die Reichweite jener Entscheidungen aus und definieren Orientierungen, die sich aus ihrer Logik ergeben.

1. Das Weltsozialforum ist ein offener Treffpunkt für reflektierendes Denken, demokratische Debatte von Ideen, Formulierung von Anträgen, freien Austausch von Erfahrungen und das Verbinden für wirkungsvolle Tätigkeit, durch und von Gruppen und Bewegungen der Zivilgesellschaft [...]

4. Die auf dem Weltsozialforum vorgeschlagenen Alternativen stehen in Opposition zu einem Prozess der Globalisierung, der von oben gesteuert wird von den großen multinationalen Konzernen und von den Regierungen und internationalen Institutionen, die den Interessen jener Konzerne zu Diensten sind, unter der Mittäterschaft nationaler Regierungen. Diese Alternativen sind so gestaltet, dass eine Globalisierung in Solidarität als vorherrschendes neues Stadium in der Weltgeschichte sichergestellt wird. Dieses wird die allgemeinen Menschenrechte respektieren, die Rechte aller Bürger - Männer und Frauen - aller Nationen, die Umwelt, und sie wird gestützt sein auf demokratische, internationale Systeme und Institutionen im Dienste sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und der Bestimmung der Völker über ihre eigenen Geschicke.

5. Das Weltsozialforum bringt Organisationen und Bewegungen der Zivilgesellschaft aus allen Ländern in der Welt nur zusammen und verbindet sie, aber beabsichtigt nicht, eine Institution zu sein, welche die Weltzivilgesellschaft repräsentiert. [...]

6. Die Treffen des Weltsozialforums beraten nicht im Namen des Weltsozialforums als einer Institution. Folglich wird niemand im Namen irgendwelcher der einzelnen Veranstaltungen des Forums autorisiert, Positionen auszusprechen, die behaupten, die aller seiner Teilnehmer zu sein. [...] Folglich stellt es weder einen Ort der Macht dar, über den von den Teilnehmern auf dessen Treffen zu diskutieren wäre, noch beabsichtigt es, die einzige Option für die Wechselbeziehungen und Aktivitäten der Organisationen und Bewegungen, die an ihr teilnehmen, festzusetzen. [...]

8. Das Weltsozialforum ist ein pluraler, breit gefächterter, nicht-konfessioneller, nichtstaatlicher und überparteilicher Zusammenhang, der auf dezentralisierte Art und Weise die Organisationen und Bewegungen verknüpft, die durch konkrete Aktionen von der lokalen bis zur internationalen Ebene dabei mitwirken, eine andere Welt aufzubauen.

9. [...] Weder Repräsentanten von Parteien noch militärische Organisationen können am Forum teilnehmen. Regierungsmitglieder und Staatsbeamte, die die Verpflichtungen dieser Charta annehmen, können als Einzelpersonlichkeiten eingeladen werden.

[...] 13. Als ein Zusammenhang von Wechselbeziehungen versucht das Weltsozialforum nationale und internationale Verbindungen unter Organisationen und Bewegungen der Gesellschaft zu verstärken und neue zu schaffen, welche - sowohl im öffentlichen wie im privaten Bereich - die Fähigkeiten zum gewaltfreien sozialen Widerstand gegen den Prozess der Entmenschlichung, den die Welt zur Zeit durchläuft, und gegen die vom Staat ausgeübte Gewalt erhöhen, und welche die humanen Maßnahmen verstärken, die durch die Aktionen dieser Organisationen und Bewegungen ergriffen werden.

Genehmigt und angenommen in Sao Paulo am 9. April 2001 durch die das Organisationskomitee des Weltsozialforums bildenden Organisationen. Genehmigt mit Änderungen durch den Internationalen Rat des Weltsozialforums am 10. Juni 2001. ABONG - Asociación Brasileña de Organizaciones no Gubernamentales. ATTAC - Acción por la Tributación de las Transacciones financieras en Apoyo a los Ciudadanos. CBJP - Comisión Brasileña Justicia y Paz, de la CNBB. CIVES - Asociación Brasileña de Empresarios por la Ciudadanía. CUT - Central Única de los Trabajadores. IBASE - Instituto Brasileño de Análisis Sociales y Económicos. CJG - Centro de Justicia Global. MST - Movimiento de los Trabajadores Rurales Sin Tierra

# Dreigliederung und Viergliederung

## Eine Antwort auf Johannes Heinrichs

*Christoph Strawe*

Die der Richtung Silvio Gesells<sup>1</sup> verpflichtete Zeitschrift „Humanwirtschaft“ hat in ihrer Oktober-November-Nummer 2001 unter dem von der Redaktion hinzugefügten, leicht reißerischen Titel „Die neue Teufelei der totalen Globalen: GATS“ - meinen im Juni-Dreigliederungsrundbrief erschienenen Artikel „Wem dient GATS“ nachgedruckt. In der Dezember-Ausgabe der „Humanwirtschaft“ hat nun Prof. Johannes Heinrichs auf diesen Artikel in ausgesprochen freundlicher, aber zugleich kritischer Weise ausführlich geantwortet.<sup>2</sup>

Die Kritik bezieht sich erfreulicherweise nicht auf die Notwendigkeit, den mit dem GATS-Abkommen verbundenen Gefahren entgegenzutreten. Hierin darf ich Johannes Heinrichs durchaus als Verbündeten betrachten, der ausdrücklich zustimmt, „dass Lehre und Forschung und sonstige kulturelle Leistungen, ferner Pflege und andere zwischenmenschliche Zuwendungen [...] sich der wirtschaftlichen Verrechnung wesensgemäß entziehen“. Gemeinsam mit mir verfolgt Heinrichs das Anliegen, die falsche Alternative „Mehr Staat“ oder „Mehr Markt“ aufzulösen.<sup>3</sup>

Seine kritischen Anmerkungen beziehen sich auf den Ansatz der Dreigliederung des sozialen Organismus als Hintergrund meiner Ausführungen. Ihr setzt er einen seit langem von ihm vertretenen Viergliederungsansatz entgegen.

Er ist dabei durchaus um „Brückenbau“ bemüht, findet anerkennende Worte für Rudolf Steiners Beitrag zur Sozialwissenschaft. In der Tat liegt schon in der Anschauung der Gesellschaft als ein in Subsysteme diffe-

renziertes Gebilde ein verbindendes Motiv. Heinrichs geht aber noch weiter und nimmt meine Ausführungen zum Anlass, die Frage zu stellen, wo die dreigliedrige und wo die viergliedrige Betrachtung Sinn macht, versucht also über eine bloße Kritik hinaus, der Kontroverse einen fruchtbaren neuen Gesichtspunkt abzugewinnen.

Viergliederungsansatz und Dreigliederungsansatz müssen sich in der Tat nicht a priori ausschließen. Daher ist Heinrichs Aufsatz ein willkommener Anstoß, genauer zu prüfen, wo der eine oder wo der andere Ansatz sachlich angemessen ist bzw. wo gleiche Sachverhalte, von verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachtet, eine drei- oder viergliedrige Ansicht bieten.<sup>4</sup>

Ich stimme Heinrichs ausdrücklich zu, wenn er „eine Verständigung über das grundbegriffliche Instrumentarium“ als eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung fruchtbarer praktischer Lösungen betrachtet und feststellt, dies stelle „alles andere als einen ‚theoretischen Luxus‘“ dar.<sup>5</sup>

Die Erkenntnisgesinnung, die sich in solchen Bemerkungen ausspricht, wird zwar heute von vielen sogenannten Praktikern belächelt, ist jedoch für denjenigen, der auf die Freiheit abzielt statt auf die Manipulation, die einzig mögliche. Denn Freiheit ist nur denkbar als Handeln aus Einsichten, d.h. begrifflich geklärten Vorraussetzungen. Die moderne soziale Frage ist immer auch eine Bewusstseinsfrage, und das Bewusstsein des Sozialen bildet zugleich wieder ein Element des sozialen Lebens selbst. Daher kommt der Arbeit und Anstrengung angemessener sozialwissenschaftlicher Begriffsbildung und dem Dialog über Grundfragen der Sozialerkenntnis große Bedeutung zu.

**Prof. Dr. Johannes Heinrichs**, Jahrgang 1942, Philosophie- und Theologie-Studium, Promotion in Bonn 1972, Habilitation 1975 für Philosophie an der Ordenshochschule St. Georgen, heute Stiftungsprofessur (der Schweißfurth-Stiftung) für „Agrar-Kultur und Sozialökologie“ an der Humboldt-Universität zu Berlin, wo Heinrichs Nachfolger des verstorbenen Rudolf Bahro ist. Homepage: [www2.hu-berlin.de/soz-oeko/](http://www2.hu-berlin.de/soz-oeko/) E-Mail: [johannes.heinrichs@rz.hu-berlin.de](mailto:johannes.heinrichs@rz.hu-berlin.de)

---

### Berichtigung einer Prämisse

Heinrichs Kritik baut auf der These auf, ich würde die Dreiheit oder Dreigliederung von Ökonomie, Staat (Rechtsgemeinschaft) und Kultursphäre mit individualistisch verstandener Freiheit (Markt), staatlicher Lenkung und Gemeinschaftsbildung und Solidarität parallelisieren, ja identifizieren. Das steht so nicht in meinem Artikel, ist

schief, teilweise falsch: „Markt“ im Sinne des neoliberalen Ansatzes (Konkurrenzerzwingung<sup>6</sup>) identifiziere ich ausdrücklich nicht mit individualistisch verstandener Freiheit, sondern - indem ich individuelle Freiheit als verantwortetes Handeln aus Erkenntnis verstehe - kritisiere ich am Marktgedanken des Neoliberalismus ausdrücklich, dass er zu seinen theoretischen und praktischen Schlussfolgerungen nur dadurch gelangen kann, dass er dem Menschen die Möglichkeit zu dieser Freiheit abspricht, genauer gesagt: dass er nur eine egoistisch gelebte Freiheit für möglich hält.<sup>7</sup>

Ich fühle mich auch nicht verstanden, wenn Heinrichs sagt, ich stellte individualistische Freiheit staatlicher Lenkung und Gemeinschaftsbildung gegenüber. Wenn wir über das Soziale sprechen, haben wir es immer mit Gemeinschaft zu tun.<sup>8</sup> Worum es geht, ist die Frage, wie sich Organisation und Gemeinschaft bilden: primär durch Einzelinitiative, durch allgemeinverbindliche inhaltliche Regelung<sup>10</sup> oder durch andere Formen. Sinnvoll ist auch die Frage, ob in einem bestimmten Gebiet der Gesellschaft der eine oder andere Bildetyp dominierend ist oder sein sollte. Und sicher ist es richtig, vor einer vorschnellen Identifizierung von Handlungsmustern und Organisationsformen mit inhaltlichen Sphären der Gesellschaft zu warnen. Bei diesen wiederum haben wir einen funktionell-qualitativen und einen strukturell-institutionellen Aspekt zu unterscheiden.<sup>9</sup>

### Drei Handlungstypen

Worin ich Heinrichs ausdrücklich folgen möchte, ist sein Versuch, auf der Ebene der Handlungstypen den dem Staat-Markt-Dualismus zugrundeliegenden Dualismus von individuell-freiem (allerdings hierbei gewöhnlich auf den privaten Egoismus reduzierten) und staatlich-amtlichem Handeln zu überwinden, indem er auf einen Bereich von „kollektiv-freiem, also solidarisch-gemeinschaftlichem, genossenschaftlichem, öffentlich-gesellschaftlichem Handeln“ hinblickt.

Ich stimme Heinrichs auch zu, dass alle drei Handlungstypen in allen Subsystemen eine Rolle spielen und sich von hier aus fruchtbare Gesichtspunkte einer Typologie öffentlicher Gemeinschaften ergeben. Allerdings zeigen sich deutliche Unterschiede in der Gewichtung dieser Rollen, von denen eine jeweils als zentral erkennbar ist, weil sie dem sachlichen Inhalt des jeweiligen Aufgabenfeldes (Subsystem) am angemessensten ist: im Geistig-Kulturellen (ob als Einheit oder mit Heinrichs als Zweifelt gedacht) ist dies das individuell-freie, im Wirtschaftlichen das kollektiv-freie solidarische (allerdings heute teilweise unterdrückt), im Staat das allgemeinverbindlich regulierende Handeln. Dieses kann nur hier im eigentlichen Sinne als das „staatlich-amtliche“ bezeichnet werden. Es ergibt sich also durchaus ein Zusammenhang zwischen dominierendem Handlungstypus und Systemebene, allerdings in einer anderen Zuordnung als der von Heinrichs unterstellten.<sup>11</sup>

### Die Viergliederung nach J. Heinrichs

Heinrichs Viergliederung unterscheidet sich von der Dreigliederung zunächst durch zwei Momente:

1. durch die Annahme eines eigenen, gegenüber dem kulturellen System selbstständigen Legitimationssystem der Gesellschaft;

2. durch die Auffassung, dass die Subsysteme in einem hierarchischen Verhältnis zueinander stehen, wobei das jeweils obere das untere voraussetzt, es aber zugleich reguliert.

Wir kommen somit zu vier inhaltlichen Sphären oder Subsystemen der Gesellschaft: Zuoberst das Legitimationssystem, dann - in dieser Stufung - Kultursystem, politisches System und Wirtschaftssystem. Diese Systeme, welche er jeweils mit einem eigenen Parlament ausstatten möchte, sieht Heinrichs durch bestimmte Aufgabenbereiche charakterisiert. Er strebt jedoch über eine bloße systemtheoretische Differenzierung hinaus nach einer handlungstheoretischen Begründung der systemischen Gliederung, was letztlich die Frage nach der konstitutiven Beziehung der handelnden menschlichen Subjekte zur jeweiligen Sphäre nach sich zieht.

### Begründung: Handlungsebenen und soziales System

Heinrichs geht es um „eine (letztlich in den Reflexionsstufen des menschlichen Selbstbewusstseins begründete) Viergliederung [...], weil die Sphäre von Kultur (mit Pädagogik, Wissenschaft, Publizistik und Kunst) von derjenigen des weltanschaulich-religiösen Legitimationssystem (mit Weltanschauung, Ethik, Religion, Mystik) zu unterscheiden ist.“ Die handlungstheoretische Begründung für diese Unterscheidung innerhalb des „Geisteslebens“ besteht in einer Typologie des sozialen Handelns mit vier Hauptstufen, die jeweils konstitutiv für eines der Subsysteme sein sollen<sup>12</sup>:

- „(1) physisches Behandeln, sachorientiertes Handeln oder Güteraustausch,
- (2) einseitig strategisch-zielorientiertes Handeln,
- (3) kommunikatives, Gegenseitigkeit suchendes, verständigungsorientiertes Handeln,
- (4) metakommunikatives, normenorientiertes Handeln.“<sup>13</sup>

Wenn man einmal den Gesichtspunkt einnimmt, von dem aus sich eine solche Typologie der Handlungen ergibt, so wird man zugleich auch gewahr, dass alle diese Handlungsebenen auf allen Gebieten vorkommen: In der Ökonomie z.B. - diese als Gebiet von Konsum, Produktion, Handel und Geld genommen (so charakterisiert sie Heinrichs selbst) - werden Stoffe sachgemäß behandelt und getauscht, - wo dabei unternehmerische Intelligenz waltet, immer strategisch zielvoll. Auch spielen Verständigungsprozesse eine Rolle (Heinrichs selbst sagt, dass Markt auch Kommunikationsgeschehen ist), letztlich wirken aber von der Bedürfnisseite her Faktoren wie künstlerischer Geschmack, ethische Orientierung oder Sinn für Sinnhaftigkeit ein. Von ihnen hängt z.B. die Nachfrage nach Produkten einer Landwirtschaft ab,

die im Einklang mit der Schöpfung zu arbeiten versucht. So könnte man alle Gebiete durchgehen und käme schließlich vielleicht zur Rolle des physischen Behandelns im religiösen Kultus.

Handlungstyp 1) dominiert in der Tat in der wirtschaftlichen Sphäre, 2) und 3) sind eher in der politisch-rechtlichen Sphäre vorherrschend, in der freilich eine Verlagerung vom alten strategisch-zielorientierten Führungsprinzip zum verständigungsorientierten Handeln sich vollzieht (demokratischer Konsens). Typ 4) ist da zu Hause, wo menschliche Wesenskräfte als Selbstzweck betätigt werden, also im „kreativen“ Geistesleben.<sup>14</sup>

### **Notwendige Differenzierung innerhalb der geistigen Kultur, aber an welcher Stelle?**

Über die Notwendigkeit, innerhalb der Sphäre der geistigen Kultur zu differenzieren, müssen wir uns nicht streiten. Für das geistige Leben, das in der Tat zugleich das „Wertesystem“ der Gesellschaft darstellt, hat das in der Dreigliederungsdiskussion etwa Heinz Kloss mit seiner - für mich plausiblen - Unterscheidung von Quell-, Dienst- und Stützbereich des „Geisteslebens“ getan.<sup>15</sup> Durch diese Unterscheidung wird auch eine Verwischung der Begriffsebenen vermieden, wie sie in der Gleichordnung Wissenschaft, Publizistik, Kunst und Pädagogik im Heinrichs'schen Schema vorliegt: Es gibt eine pädagogische Wissenschaft (die zur Wissenschaft und damit zum Quellbereich des Geisteslebens gehört), ein Bildungswesen, das zum Dienstbereich des Geisteslebens zu rechnen ist, und Institutionen, die z.B. der publizistischen Verbreitung wissenschaftlicher Ergebnisse dienen (Verlage etc.) und als „Verbreitungsstützen“ zum Stützbereich der Kultur gehören.

### **Die Zerreißung des Zusammenhangs von Wissenschaft, Kunst und Religion**

Nicht nachvollziehbar ist für mich, dass Heinrichs, der an anderer Stelle von einer urwüchsigen Einheit von Religion und Kultur spricht<sup>16</sup>, Wissenschaft und Kunst einerseits, die Religion andererseits glaubt auseinanderreißen zu müssen.

Das wäre allenfalls verständlich als Kritik der Selbstentfremdung des heutigen wissenschaftlichen Bewusstseins und der Fremdbestimmung der heutigen wissenschaftlichen Institutionen durch Staat und Ökonomie, und analog könnte man auch zur Kunst argumentieren. Was aber, wenn das religiöse Leben von dieser Entfremdung ebenfalls befallen wäre?

Die handlungstheoretischen Argumente, die Heinrichs anführt, scheinen mir durchaus nicht zwingend, ja sie lassen sich sogar gegen eine Unterscheidung an der Stelle einwenden, an der Heinrichs diese vornimmt: Wer betet: „Vater unser, der Du bist im Himmel“, der kommuniziert, allerdings durchaus auf einer Meta-Ebene. Wer wirkliche Erkenntnis im Sinne einer Kommunion mit dem sich selbst aussprechenden Wesen des Erkannten sucht, kommuniziert ebenfalls auf einer Metaebene. Was anderes aber ist wahre Wissenschaft? Ist nicht auch das Tun des Künstlers, der den Stoff gestaltet und überhört,

ein Dialog mit demselben? Macht nicht gerade der innere Wandel, welches das metakommunikative, normenorientierte<sup>17</sup> Handeln durchmacht und der im Übergang von der Unterordnung unter die vorgegebene religiös-moralische Norm zum „ethischen Individualismus“ führt, eine neue Annäherung von Wissenschaft, Kunst und Religion im Sinne eines ganzheitlichen Herangehens möglich?

Der Versuch, Religion und Weltanschauung Wissenschaft und Kunst überzuordnen, hat seine klerikale Tradition: Wissenschaft und Kunst als Mägde der Theologie. Implizit richtet sich das gegen den Versuch der Wiedervereinigung von Wissenschaft, Kunst und Religion auf dem Niveau des modernen Freiheitsbewusstseins. Und es reduziert Weltanschauung auf Konfession, statt sie als Art des individuell-geistigen Hinblickens auf die Welt zu verstehen, wie sie sich dann in den Wissenschaften, den Künsten und der ethischen Lebensorientierung oder der pädagogischen Option zeigt.

### **Leitkultur?**

In seiner Antwort auf meinen Artikel führt Heinrichs noch eine an den gesunden Menschenverstand appellierende Argumentation für seine Zweigliederung des geistigen Lebens an: Jeder „Unbefangene“ werde „gerade heute die Unterscheidung zwischen nationalen Kulturen und Weltanschauungen, Religionen/Grundwerten anerkennen müssen. Gäbe es diesen Unterschied nicht, könnten wir z. B. keine Muslime als - kulturelle - Deutsche integrieren, und wir können es solange nicht, als wir selbst und sie u. a. diese Unterscheidung von Religion und Kultur nicht treffen.“

Was aber ist ein kultureller Deutscher? Schon diese simple Frage zeigt, dass das Integrationsproblem mehrbödig ist. Primär ist nämlich bei der Integration an die Einbeziehung in die Rechtsgemeinschaft zu denken, und auch bei der kulturellen Assimilation durch das Erlernen der Sprache geht es um die Möglichkeit, sich in einer Rechtsgemeinschaft, in der das religiöse Bekenntnis genauso frei ist wie das wissenschaftliche, künstlerische, „weltanschauliche“ und ethische, als Gleicher unter Gleichen bewegen zu können. „Deutsche Leitkultur“ im Sinne einer von Immigranten zu akzeptierenden Nationalkultur ist eben ein Unbegriff.

Das heißt aber eben, dass es sich heute gar nicht mehr um die Gesellschaft verbindende Grundwerte inhaltlicher Art - analog den römischen oder spartanischen Tugenden - handeln kann. Es geht vielmehr um einen Typus von Grundwerten, der die inhaltliche Wertorientierung des individuellen menschlichen Handelns ermöglicht, indem er die formalen Voraussetzungen des freien Handelns aller als einzigen verbleibenden Inhalt hat. Nur dadurch kann ein „weltanschaulich ‚neutraler‘, pluralistischer Staat“ [...] „durchaus ein eigenes Werte-Fundament an Grundwerten haben“. In der modernen Gesellschaft kann jeder seine eigenen Werte leben, solange er die gleiche Freiheit jedes anderen nicht behindert, aus eigener Einsicht werthaft zu handeln. Das schließt freiheitsunverträgliche Handlungen aus, nicht

jedoch unterwirft es das individuelle Handeln einem Wertekanon, auch nicht dem von einem gewählten Grundwerteparlament abgesegneten Wertekonsens.

Das ist letztlich deshalb keine Utopie, weil alle Individuen, soweit sie wirklich eigenverantwortlich handeln, ihre Werte „meta-kommunikativ“ aus einer gemeinsamen geistigen Wertewelt schöpfen, mögen sie diese nun als solche anerkennen oder nicht.<sup>18</sup>

---

### Konstruktive Verdeutlichung

Ich nehme mir an dieser Stelle, Heinrichs Beispiel folgend, die Freiheit einer „konstruktiven Verdeutlichung“ meines eigenen Ansatzes: Unter „geistigem Leben“ verstehe ich alles, was aus dem Begabungs- und Fähigkeitsquell des einzelnen Menschen in das soziale Leben einströmt, unter Rechtsleben alles, was aus dem Ordnungsbedarf des Zwischenmenschlichen entsteht, unter Wirtschaftsleben alles, was aus der Notwendigkeit der materiellen Reproduktion des Lebens als Erzeugung von Bedarfsgütern und damit verbundener Erbringung von Dienstleistungen als ein Verhältnis zwischen Mensch und Natur sich ergibt.<sup>19</sup> Dem liegt eine organismische Betrachtung zugrunde, über deren Wesenszüge und Folgen ich mich an anderer Stelle ausführlicher geäußert habe.<sup>20</sup> Aus dieser Betrachtung erhellt, dass es die sozialen Lebensprozesse sind, die sich ihre Organe erschaffen, weshalb die institutionelle und die funktionelle Betrachtung letztlich nicht zu trennen sind. „Wirtschaftsleben“ ist eben nicht bloß das Leben wirtschaftlicher Institutionen, sondern durchdringt notwendig jede Institution im gesellschaftlichen Gefüge. Die Zuordnung von Institutionen zu Subsystemen eines - sei es drei- oder sei es viergliedrig gedachten - sozialen Ganzen - ist selbst nur von ihrer Funktion in diesem Ganzen her möglich. Diese aber ist erkennbar an der Aufgabe, der sich eine Institution widmet - die eine geistig-kulturelle (nach Heinrich gäbe es hier zwei Aufgabentypen), rechtliche oder wirtschaftliche ist. So ist es jedenfalls, wenn man „gesellschaftliches System“ als sozialen Organismus denkt.

---

### System oder Organismus?

Das Verhältnis von Systembegriff und Organismusbegriff scheint ein ungeklärter Punkt zwischen uns zu sein. Ein Organismus ist zwar ein System, nicht jedes System jedoch ist ein Organismus. Heinrichs schreibt: „Menschliche Gesellschaften sind quasi-kybernetische Systeme menschlicher Handlungen.“<sup>21</sup> Wenn er an einer solch zentralen Stelle eine Abgrenzung vom gängigen Begriff der Kybernetik nicht vornimmt, muss er sich jedoch fragen lassen, ob er mit diesem annimmt, dass „Kommunikations- und Steuerungssysteme bei lebenden Organismen und bei Maschinen analog zu betrachten“ sind. „Im menschlichen Körper koordinieren Gehirn und Nervensystem Informationen, die dann dazu eingesetzt werden, den weiteren Handlungsverlauf zu bestimmen.

Kontrollmechanismen zur Selbstkorrektur in Maschinen dienen einem ähnlichen Zweck. Das Prinzip nennt man Rückmeldung oder Feedback, die Basis der Automati- on.“<sup>22</sup> An dieser Stelle gibt es zumindest Klärungsbedarf.

Heinrichs geht vom Grad der inneren Reflexivität als Unterscheidungskriterium der Handlungsstufen aus. Die innere Reflexivität einer Handlung ist jedoch kein kybernetisches Rückkoppelungsphänomen, sowenig wie die Ganzheit eines Organismus auf dieser Ebene verständlich ist. Die Resonanzen, die dort in der Einheit von Wahrnehmung und Bewegung entstehen, sind eben mehr als jene „kybernetische Rückkoppelung“, in der Heinrichs ein physisches Analogon zur Reflexion sieht.<sup>23</sup> Denke ich die Gesellschaft als „System“, so bin ich selbst und jeder andere Mensch mitsamt unseren Handlungen nur ein Teil jenes komplexen Ganzen, dem wir eingegliedert sind. Denke ich die Gesellschaft als Organismus, dann kann ich erst sinnvollerweise die Frage stellen, ob die sozialen Strukturen in ähnlichem Sinne als Instrumente menschlicher Betätigung sein können, wie der physische Organismus in all seinen Formierungen Instrument menschlichen Denkens, Fühlens und Wollens ist.

---

### Das Ganze als Rechtsstaat?

Heinrichs schreibt: „Primär ist mir wichtig, dass die *Einheit* des ganzen sozialen ‚Organismus‘ oder Systems benannt und spezifiziert werden muss. Ist das Ganze eine Weltanschauungsgemeinschaft oder eine Kultur-gemeinschaft? Die vormodernen Staaten und Reiche waren beides zugleich, und darüber hinaus ebenfalls Rechts- und Wirtschaftsgemeinschaften. Die moderne Gesellschaft, gekennzeichnet gerade durch die fortschreitende Differenzierung dieser Ebenen, ist aber eine staatlich (allenfalls künftig transnational) organisierte *Rechtsgemeinschaft* - wenngleich deren eigene oberste Ebene das weltanschaulich-religiöse Wertesystem darstellt.“

Wenn damit gesagt sein soll, dass „der Staat eben ebenso sehr Wirtschaftsstaat wie politischer, kultureller Staat, in einem bestimmten (pluralistisch verstandenen) Sinne sogar Weitanschauungsstaat“ sei (Heinrichs), so kann ich dem so nicht folgen. Richtig ist, dass jeder soziale Vorgang, eben weil er sozial, d.h. zwischenmenschlich ist, von einem Rechtsvorgang durchzogen ist. Für mich entsteht an dieser Stelle deshalb das Heinrichs'sche Problem nicht, weil für mich der Organismus-Begriff per se besagt, dass alles in allem webt und lebt, allerdings nicht als trübes Gemenge, sondern in differenzierter und differenzierbarer Weise.

Das Rechtsleben ist also tatsächlich in der modernen Gesellschaft „konstitutiv“ für das Gemeinschaftsleben überhaupt.<sup>24</sup> Das Rechtsleben hat im Staat eine Art soziales Organzentrum ausgebildet. Das bedeutet jedoch nicht, dass „das Ganze“ Staat sei. Es bedeutet dies ebenso wenig, wie die Tatsache, dass der Kreislauf im Herzen sein Organzentrum ausgebildet hat, aussagt, dass das Ganze des Kreislaufs „Herz“ sei.<sup>25</sup> Heinrichs



Versuch, diesem Dilemma dadurch zu entinnen, dass er Staat nicht als Gefüge von Institutionen, sondern nur Handlungs- und Organisationstyp (staatlich-amtlich) sehen will, während als institutionalisiertes System nur das politische in Betracht kommt, ist wenig überzeugend: keine Politik ohne Polis, aber auch keine Amtlichkeit ohne Ämter.<sup>26</sup> Das Gebiet des „metakommunikativen“ geistigen Lebens ist keine Rechtsgemeinschaft, wohl aber gibt es ein Rechtsleben des geistigen Lebens bzw. ein Rechtsleben innerhalb der Gemeinschaften, die dieses geistige Leben tragen, als da sind Kirchen, Orden, Spiritualität pflegende Gesellschaften usw. Die Freiheit des religiösen Lebens verhindert nicht, dass es eine Verbindlichkeit des Zeitpunktes gibt, an dem der Gottesdienst beginnt: schon damit aber ist „Recht“ mit im Spiel. Dadurch ist die Kirche noch lange kein Staat, sowenig wie die freie Wahl der Religion einen „Markt der Religionen“ konstituiert, mit den Gläubigen als Kunden. Dass der Staat die Sphären von Wirtschaft und Kultur „zumindest rahmensetzend organisiert“, ist dabei ganz unbestritten. Aber eine rahmensetzende Begrenzung beispielsweise der Ökonomie macht noch keinen „Wirtschaftsstaat“ im Sinne der alten Nationalökonomie!

Es ergibt sich an dieser Stelle ein weiterer schwerwiegender Einwand gegen die Fassung des „Ganzen als Rechtsstaat“. Der Staat ist ein Territorialverband, und wenn man einem Kulturstaat und Wirtschaftsstaat das Wort redet, die mit dem politischen Staat und dem Grundwertestaat in einem zusammenhängenden Institutionengefüge - gar mit entsprechenden „ersten und zweiten Lesungen“ in den entsprechenden Gremien - gekoppelt sein sollen, dann würde dies notwendig eine territoriale Kongruenz der Zuständigkeit von Spitzenorganen auf all diesen Feldern bedeuten.

Die Selbstorganisation des Wirtschaftslebens darf aber, wenn dessen Eigengesetzlichkeiten respektiert werden sollen, gerade nicht in die territorialen Grenzen der Staaten gezwängt werden („Wirtschaftsstaat“). Wohl jedoch muss die globale und regional selbstorganisierte Wirtschaft das Recht respektieren, das die Angehörigen des Territorialverbandes Staat auf ihrem Territorium vereinbart haben. Jeder andere Ansatz führt mit innerer Notwendigkeit, auch wenn man das vielleicht gar nicht will, zur Konsequenz einer Weltregierung, weil diese die einzige Möglichkeit darstellt, die Grenzen der Weltwirtschaft wieder mit denen der Staatlichkeit zur Kongruenz zu bringen. Die Vergrößerung der Dimensionen des Staates aber vergrößert nur die Dimension des sowieso schon vorhandenen Staatsproblems, führt strukturell zu einem Weniger an demokratischer Gestaltbarkeit und einer Erosion des Subsidiaritätsprinzips. Deshalb wird eine vernünftige „global governance“ gerade kein „global government“ sein dürfen - was natürlich kein Argument gegen global geltendes und durchsetzbares (Menschen-)Recht ist -. Aus dem gleichen Grunde gilt es, die gesellschaftlich-rechtliche Hoheit der demokratischen Territorialverbände über die globale Wirtschaft auf eine „subsidiaritätsverträgliche“ Weise wiederherzustellen.<sup>27</sup>

Genauso wenig ist es verständlich, warum sich die Selbstorganisation der geistigen Kultur in die territorialen Begrenzungen der Staaten einschmiegen soll, statt ihre eigenen globalen Vernetzungen zu suchen.

### **Dreifache Gemeinschaftsbildung**

Das Ganze ist eben nicht mehr als einheitliche Gemeinschaft zu fassen, sondern nur als das Ensemble von mehreren Gemeinschaftskreisen. Und zwar deshalb, weil die menschlich-menschheitliche Bewusstseinsentwicklung mit dem Auftreten der Mündigkeit eine dreifache Differenzierung der Gemeinschaftsbezüge der Menschen hervorbringt, eine Tatsache, die übrigens individuell-biografisch ein gewisses Analogon hat.<sup>28</sup>

#### **Zusammenschluss um das Erkannte. Individualurteil bestimmend**

Der moderne Mündigkeitsimpuls führt zu der Frage nach der Gestaltung all jener Verhältnisse, bei welchen heute das Individualurteil und der Gesichtspunkt der Individualfähigkeiten maßgebend sein muss. Das ist gleichbedeutend mit der Frage, ob die Freiheit eine bloße Privatangelegenheit zu bleiben hat, oder ob sie als gemeinschaftsbildende, als soziale Kraft in Erscheinung treten kann. Alles, was man gewöhnlich Kulturfragen nennt, gehört hierhin. Religionsfreiheit und Freiheit der ethischen Orientierung sind hier auf keiner anderen Ebene anzusiedeln als die Fragen der Wissenschaftsfreiheit, der Freiheit der Kunst, der Therapiefreiheit usw. Der mündige Mensch muss ebenso frei sein, die Kirche zu wählen wie den Arzt oder die Schule, seine ethischen Maximen zu formulieren wie seine künstlerischen Präferenzen usw. Mehrheiten können nichts über die Wahrheit aussagen, dass gilt für religiöse wie für wissenschaftliche Wahrheiten gleichermaßen.<sup>29</sup> Daraus ergibt sich auch das Prinzip der Gemeinschaftsbildung, das auf diesem Felde heute immer mehr zur Geltung kommen muss: der freie Zusammenschluss um den gemeinsamen Impuls, das Erkannte, individuell für richtig Gehaltene, als schön Empfundene usw. In die alte Kultur wurde man hineingeboren, die heutige will sich durch „Wahlverwandtschaften“ bilden.

#### **Rechtsgemeinschaft: Basisdemokratische Entscheidung der für eine Gesamtheit regelungsbedürftigen Fragen. Mehrheitsurteil bestimmend**

Die zweite Frage ist die nach demjenigen, was zwischen freien und mündigen Menschen als allgemeinverbindlich gelten soll, wobei diese Gemeinschaft eine formale und eine inhaltliche Seite hat: der moderne Staat kann dem einzelnen keine inhaltlichen Wertorientierungen verordnen. Wohl aber muss für eine damit pluralistische Gesellschaft die Würde und Freiheit des einzelnen selbst ein nicht hintergebar Wert sein. Das wurde an anderer Stelle bereits ausgeführt.

Es gibt aber natürlich einen weiten Bereich, der nach wie vor inhaltlicher Regelung bedarf, von der Heinrichs

ja auch zurecht immer wieder spricht. Rechts- oder Linksverkehr sind keine Frage je individuell zu verantwortender situativer Entscheidung. Der zweite Typ von Gemeinschaft ist also nach wie durch inhaltliche Regulierungen des Zusammenlebens bestimmt, nur die Richtung ihres Zustandekommens ist - im Gegensatz zu früheren Gesellschaften - die von unten nach oben: Mehrheitsurteile werden hier gefällt.

### **Assoziative Vernetzung. Gemeinsames Urteil aus verschiedenen Sacherfahrungsperspektiven bestimmend**

Die dritte Gestaltungsfrage ist die nach der sozialen Entwicklungsform der modernen grenzüberschreitenden und arbeitsteiligen Wirtschaft: Welche Gestaltungsorgane braucht eine solche Wirtschaft, damit sie sich nicht gegen den Menschen und die natürlichen Lebensgrundlagen richtet, sondern den Menschen die Möglichkeit gibt, an der Schaffung und am Verzehr des gesellschaftlichen Reichtums teilzuhaben? Die Formen der Gemeinschaftsbildung können hier weder von der Selbstverwaltung der Einzeleinrichtung ihren Ausgang nehmen, noch allgemeingültig regelnde im Sinne staatlicher Gesetzgebung sein. Vielmehr müsste es sich um Organe handeln, welche den Interessenausgleich und die Verständigung der Wirtschaftspartner ermöglichen. Man kann hier von „Assoziationen“ sprechen. In der gegenwärtigen Wirtschaft sind ihre Strukturen veranlagt, aber können sich zugleich nicht organhaft bemerkbar machen, weil das Dogma der liberalen Lehre in der Verständigung der Wirtschaftspartner auch dann eine zu verhindernde Kartellbildung wittert, wenn sie sich gar nicht - wie das Kartell - auf Interessenbündelung gegen eine andere Seite, sondern auf den Interessenausgleich aller Beteiligten richtet.<sup>30</sup> Eine Urteilsbildung in bezug auf die Gestaltung wirtschaftlicher Aufgaben ist aber weder durch Mehrheitsurteile noch durch ein Zusammenklängen individueller Erkenntnisakte zu leisten, es bedarf hier einer anderen Urteilsqualität, die an dem Zusammenführen verschiedener Sacherfahrungsperspektiven ansetzt.

### **Gleichrangigkeit der Subsysteme, Rangordnung der Handlungsebenen**

Die Glieder des sozialen Organismus sind unter modernen Bedingungen notwendig gleichrangig, weil die kulturellen, rechtlichen und wirtschaftlichen Betätigungen der freien Menschen nicht schlicht in „höhere“ und „niedere“ eingeteilt werden können.<sup>31</sup> Unter einem bestimmten Gesichtspunkt erweist sich sogar die wirtschaftliche als die am meisten mit der Zukunftsentwicklung des Menschen verbundene, weil sie im Füreinander der Arbeitsteilung den Begriff der „Menschheit“ tendenziell immer mehr zu einer Realität werden lässt.<sup>32</sup> Es ist ein Relikt des antiken Denkens, auf die wirtschaftliche Arbeit als banausische herabzublicken. Und die vertikal-hierarchische Anordnung der Subsysteme in übereinanderliegenden horizontalen Schichten ist ein letzter Rest der Plato'schen Dreigliederung mit dem Lehrstand oben

und dem Nährstand unten.<sup>33</sup> Wenn man nicht die Menschen verteilt, sondern die Sozialbezüge gliedert, ergibt sich das notwendige Prinzip der geistigen Führung durch die Befreiung des Einzelnen - aus dem Selbstführungsprinzip -, nicht durch ein institutionelles Herausheben einer geistigen Führungsebene. Anders gesagt: die Gliederung in Subsysteme ist notwendig horizontal, in dem Sinne, dass alle Subsysteme „nebeneinander“ und nicht „übereinander“ liegen. - Man hat deshalb zu Recht auch von einer notwendigen Ergänzung der vertikalen Subsidiarität durch die horizontale gesprochen.

Die Gliederung der Handlungsebenen dagegen ist notwendig vertikal, im Sinne der Über- und Unterordnung, und nicht horizontal. Die Anerkennung des individuell freien Handelns ist der Kern der modernen Sozialität, ihr höchstes Prinzip, die allgemein Handlungsfreiheit, ist aber notwendig zugleich Vertragsfreiheit und als solche der Bildegrund kollektiv-freien Handelns. Das staatlich-„amtliche“ Handeln, welches den Individuen inhaltlich verbindliche Regeln vorgibt, ist doppelt gebunden bzw. begrenzt: Erstens durch die Menschenrechte, die in ihrem Wesensgehalt unantastbar und weil nicht durch die Gemeinschaft, die Mehrheit usw. gewährt, von dieser auch - der Rechtsqualität nach - nicht entziehbar sind. Zweitens durch die Tatsache, dass solche Regeln, wo ihre Notwendigkeit sachlich unabweisbar ist, nur bei Beteiligung jedes mündigen Individuums, also nur durch einen demokratischen Mehrheitsentscheid zustande kommen dürfen. Damit ist die Rangordnung der Ebenen klar: (3) Individuell-freies, (2) kollektiv-freies, (1) staatliches Handeln, wobei im Sinne von Heinrichs die untere Ebene von der höheren vorausgesetzt, aber zugleich reguliert wird. Nicht umsonst lässt das moderne Staatsdenken, historisch schief und logisch richtig, den modernen Staat aus einem Staatsvertrag der Freien und Gleichen entstehen.

Die „kulturelle Sphäre muss die politische wie ökonomische (wenngleich rückgekoppelt) bestimmen, nicht umgekehrt“, so Heinrichs.<sup>34</sup> In der Tat gehört es zur Pathologie der bestehenden Zustände, dass politische Macht und ökonomischer Erfolg zum Selbstzweck geworden sind. Sie sind insofern sinnlos und diese sinnlose Betätigung hinterlässt in den Menschen vermehrt dasjenige, was Victor Frankl das existentielle Vakuum genannt hat. Man darf jedoch nicht vergessen, dass dieser Zustand das Ergebnis des historisch notwendigen Niedergangs des anachronistisch gewordenen alten Geisteslebens ist, weshalb die Therapie niemals Anleihen bei diesem alten Geistesleben machen sollte. Es ist daher eine Illusion, der Krankheit mit einer „geschichteten Anordnung der obigen Subsysteme“, d.h. durch die Wiederherstellung der Vertikale in institutioneller Form beikommen zu wollen. Damit wird aber auch die Form der Rückkoppelung, welche Heinrichs vorschwebt, obsolet - nicht die Notwendigkeit der Rückkoppelung selbst. Es ist m.E. ein Irrtum zu glauben, die notwendige Wertorientierung und kulturelle Bindung von Ökonomie und Politik kämen über ein Unterordnungsverhältnis unter ein Gremium zustande. Man muss der Ökonomie einen rechtlichen Rahmen setzen, der es ihr ermöglicht

bzw. der sie dazu veranlasst, aus sich heraus die Organe zu bilden, die eine konsequente Orientierung an den individuellen Bedürfnissen der Menschen möglich machen. Man muss andererseits der geistigen Kultur die Möglichkeit des Aufblühens in Freiheit und Vielfalt schaffen. Von einer derartigen Kultur können dann verfeinernde Wirkungen auf die die Ökonomie steuernden Bedürfnisse der Menschen ausgehen. Und von ihr werden auch die Anregungen ausgehen können, welche die politische Ideenbildung und mit ihr dann die Gesetzgebung aus ihrer Kurzatmigkeit und Machtorientierung befreit. Eine von einem Gremium verordnete Wertorientierung kann prinzipiell nicht jene Kraft entfalten, die dann entsteht, wenn Menschen werthaft handeln *wollen*.

Das Heinrichs'sche Schema, in dem die Handlungsebenen nebeneinander stehen und alle Schichten durchdringen, wäre also nicht etwa vom Kopf auf die Füße zu stellen, sondern um genau 90° zu drehen: Dann liegen die Subsysteme nebeneinander, die Handlungsebenen übereinander. Mit dieser Drehung entfällt aber auch die Notwendigkeit eines institutionellen, von oben nach unten wirkenden Legitimationssystems. Denn die Legitimationsinstanz ist das oberste Glied des viergliederigen Menschen, dem über Leib, Leben und Psyche hinausragenden selbstreflexiven und aus seiner Selbstreflexivität materiell, sozial und spirituell produktiven Ich. Es gibt keine höhere Instanz als den freien Menschen, seit dieser im Selbstbewusstsein zu erwachen begonnen hat.

„Legitimation“ macht notwendig einen inneren Wandel durch: Initiative ist nicht genehmigungspflichtig. Wenn sie nicht privat ist, sondern einen sozialen Raum gestalten will, braucht sie - soweit sie den Respekt für die gleiche Freiheit aller anderen, also die Menschenrechtsgrundlage, nicht verletzt - nur die Akzeptanz eines Gegenüber - Kunden, Eltern, Patienten usw.

Insofern haben wir es mit einer die soziale Dreigliederung konstituierenden anthropologischen Viergliederung zu tun. Dieser der sozialen Dreigliederung vorgeordnete Viergliederung steht eine ihr - wie noch zu zeigen sein wird - nachgeordnete institutionelle Viergliederung gegenüber.

Bevor wir uns dieser Frage widmen, seien aber noch einige Bemerkungen zu Heinrichs Vorschlag eines Grundwerteparlaments erlaubt.

---

## Grundwerteparlament und Grundrechtsschutz

---

Das grundlegende methodische Problem, dass darin liegt, dass Heinrichs offenbar glaubt, aus einer Theorie des sozialen Systems unmittelbar „richtige“ Institutionen ableiten zu können, erwähne ich - aus Platzgründen - hier nur am Rande.<sup>35</sup> Gleiches gilt für mögliche pragmatische Fragen und Einwände.<sup>36</sup> Wichtiger scheint mir das Dilemma zu sein, dass ein Grundwerteparlament nicht beides zugleich sein kann: ein Forum freien geistigen Lebens und ein Organ mit Durchgriffsrechten. Will

man das erstere, darf man es nicht mit rechtlich-hoheitlicher Macht ausstatten. Will man das zweite, muss man sich fragen lassen, ob man damit nicht - ob man will oder nicht - Gefahr läuft, hinter den im heutigen Grundrechtsverständnis bereits erreichten Grad der Anerkennung der ethischen Selbstbestimmung des einzelnen zurückzufallen.

Heinrichs spricht sich zwar auf das Deutlichste gegen „alleinseligmachende Positionen“ aus, die über „Grundwerte und ihre Auslegung mittelalterlich verfügen wollen“<sup>37</sup>, versäumt jedoch m.E., die gesellschaftlichen Konsequenzen aus der Tatsache, dass Wertentscheidungen und Erkenntnisfragen der Sache nach nicht durch Mehrheiten entscheidbar sind, tief genug zu durchdenken. In alten Zeiten waren sie die Domäne sogenannter Eingeweihter, eine Weile Sphäre des Machtanspruchs von Konzilien und Päpsten, heute sind sie Gewissensfragen an den Einzelnen, dessen Würde zu achten und zu schützen oberste Verpflichtung aller staatlichen Gewalt geworden ist. Dieses Problem wird nicht dadurch gelöst, dass ein gewähltes Gremium befasst wird mit der „Bildung eines demokratischen Konsenses über das, was an gemeinsamen Grundwerten des Gemeinwesens - bei religiös-weltanschaulichem Pluralismus - von der großen Mehrheit anerkannt werden kann“.<sup>38</sup>

Heinrichs meint, die Rechte auf gesunde Ernährung, Arbeit usw. seien deshalb so schwer durchsetzbar, weil „wir - national wie global - keine demokratisch gewählten und verantwortlichen Grundwerterversammlungen haben, die Rahmenrichtlinien an die ihnen untergeordneten parlamentarischen und exekutiven Ebenen des Gemeinwesens bindend weitergeben können.“ Heinrichs hält es offensichtlich für unmöglich, dass die Unfähigkeit der bestehenden Parlamente, die Grundwerte der Verfassungen, denen sie doch verpflichtet sind, effektiv umzusetzen, durch die Reform dieser Parlamente selbst heilbar sein könnte. Er glaubt, ein Grundwerteparlament sei ein Gremium, das den Zwängen heutiger Parteipolitik weniger ausgeliefert sei als die bestehenden Parlamente. Doch gerade wenn es die von Heinrichs gewünschte Kraft erhielte, würde es - wegen der in ihm geballten Gestaltungsmacht - zum Objekt machtpolitischen Wettbewerbs werden - mit der Gefahr einer weitgehenden Politisierung der Wertedebatte. Das Problem des politischen Parlaments wäre nicht nur zwei Etagen nach oben verlagert, sondern wir hätten ein zusätzliches Problem bekommen.

Dagegen könnte man einwenden, dass durch die Art der Zusammensetzung dieses Parlaments eine Politisierung ausgeschlossen werden kann. Deutet die Rede von den „direkt gewählte[n] Experten“<sup>39</sup> darauf hin, dass es für diese Parlamente zwar ein allgemeines aktives, jedoch kein allgemeines passives Wahlrecht geben soll? Wenn das so wäre, tauchte sofort ein anderes verhängnisvolles Problem auf: Das politische Parlament soll dem Grundwerteparlament und dem Kulturparlament nachgeordnet und damit von Entscheidungen insbesondere der Grundwerterversammlung abhängig sein. Damit würde das passive Wahlrecht faktisch entwertet, da es

nur für ein untergeordnetes Parlament gelten würde. Dies stellte die Einschränkung eines Grundrechts in seinem Wesensgehalt dar, ein wesentlicher Fortschritt auf dem Wege zur Mündigkeit würde kassiert. Das kann Heinrichs nicht ernsthaft wollen. Und wer soll bestimmen, wer als Experte zu gelten hat? Die notwendige Begrenzung des Mehrheitsprinzips kann sich nicht durch Überparlamente ergeben, sondern durch die konsequente Ausgestaltung der Grundrechte des Einzelnen, die dann auch dem Mehrheitsprinzip die nötigen Grenzen setzen.

### Grundwerte und Grundrechte

Allerdings: Wenn Heinrichs seinem eigenen Ansatz, das Rechtselement für die moderne Gesellschaft als das gegenüber dem Weltanschaulichen und Kulturellen konstitutive zu nehmen, folgt, dann müsste er das Verhältnis von Grundwerten und Grundrechten genauer reflektieren: Grundrechte entstehen - als Inhalte des sie intuierenden Rechtsbewusstseins - in der Sphäre der Grundwerte (ideelle Welt) und sind selbstverständlich Elemente des geistigen Lebens. In der Sphäre des Staates finden Sie ihre faktische Geltung, die aber eben nur eine Geltungsakzeptanz und keine Geltungsbegründung darstellt (letzteres wäre Rechtspositivismus<sup>40</sup>). In der Wesensgehaltsgarantie der Grundrechte haben wir es mit dem scheinbar paradoxen Zustand eines in der faktischen Geltung von Instanzen und Mehrheiten abhängigen, jedoch der Rechtsqualität diesen gegenüber unabhängigen Grundrechtsbestandes zu tun. Diesem Problem entkommt man nicht dadurch, dass man es sich auf einer übergeordneten institutionellen Ebene nochmals reproduzieren lässt, da sich der Begriff der im Wesensgehalt unantastbaren Grundrechte auch dann auflöst, wenn man ihn von den Mehrheitsentscheidungen eines Grundwerteparlamentes abhängig sein lässt.

Durch die Heinrichs'sche Viergliederung wird das moderne Problem des Verhältnisses von Individualität und Gemeinschaft nicht gelöst. Wenn die Rechtsgemeinschaft nur einen Rahmen „für das möglichst freie Kulturleben setzt, doch nur soweit wie nötig selbst Schule, Wissenschaft und Forschung betreibt“, warum genügt dann nicht das politische Parlament für die Setzung dieses Rechtsrahmens? - Demgegenüber kommt als Form der Selbstorganisation für das Kulturleben eben kein der Politik nachempfundenen Spitzengremium, sondern ein „Kulturrat“ - man mag ihn meinetwegen auch Kulturparlament nennen - in Betracht kommt, der nur die gemeinsamen praktischen Belange der freien Kultureinrichtungen behandelt - also z.B. Koordinationsaufgaben im Hinblick auf die flächendeckende Versorgung mit Schulen oder Krankenhäusern übernimmt oder Vereinbarungen, die die Information von Eltern über die verschiedenen freien Bildungsangebote sicherstellen usw., sinnvolle Regelungen eines Solidarausgleichs etc. - Es wäre vermutlich sehr viel praktischer, eine solche Institution aus dem Leben heraus, d.h. aus den Vertretern der das Kulturleben tatsächlich tragenden Organisationen - Schulverbände, Hochschulen, Künstlervereinigungen - zu bilden, als sie durch Wahlen - am Ende gar noch nach dem Mehrheitswahlrecht? - zu bestimmen.

### Frage nach dem rationalen Kern der Idee eines Grundwerteparlamentes

Ist das Heinrichs'sche Grundwerteparlament also nur ein akademisches Begriffsgespinnst? Keineswegs. Denn die geschilderte Schwierigkeit liegt ja tatsächlich vor, und zwar offenbar an einer Schnittstelle zwischen „Rechtsleben“ und „Geistesleben“. Heinrichs provoziert mit seinem Vorschlag dazu, diese Schnittstelle genauer zu betrachten. Er empfindet ja ganz richtig, dass es Werte gibt, die im politischen Mehrheitsprozess nicht mehr zur Debatte stehen dürften, ja mehr noch: deren Umsetzung dieser Prozess eigentlich gewidmet sein müsste. Inhalte also, deren Umsetzung auch nicht von der Kassenlage, sei es des Staates, sei es der Unternehmen, abhängig sein kann. Dass es hier strukturelle und institutionelle Probleme gibt, liegt auf der Hand. Bei Heinrichs findet allerdings m.E. eine unzulässige Vermischung der entsprechenden Ebenen statt. Das erste Problem liegt auf der Ebene der Befreiung der geistigen Kultur ganz allgemein, das zweite bei der Neugestaltung der klassischen Gewaltenteilung in bezug auf die Judikative, das dritte schließlich in der notwendigen Reform des politischen Systems.

#### Ad 1) Wir brauchen Orte des Diskurses über

**Grundwerte:** Das erste dieser Defizite ist die mangelnde Freiheit und die Fremdbestimmung aller zentralen Aspekte des geistigen und kulturellen Lebens. Das führt dazu, dass es kaum öffentlichen Orte gibt, an denen frei vom Druck des politischen Tagesgeschäfts und der ökonomischen Bedürfnisse ein öffentlicher Diskurs über Sinn- und Wertfragen geführt werden kann, der dann bis in die Erziehung hinein seine Wirkungen zeitigen kann. Das führt dazu, dass es zu wenig Anregungen und Förderung für die Entwicklung individuellen Wertbewusstseins gibt. Auch wenn es richtig ist, dass Wertentscheidungen heute ganz individuell sind, so gibt es durchaus eine Verpflichtung der Gesellschaft, alles zu tun, um der Ausbreitung von Wertblindheit entgegenzusteuern (wer wertblind ist, kann keinen ethischen Individualismus leben). Orte eines permanenten Diskurses über diese Fragen zu schaffen, ist sicher etwas anderes als Wissenschaftsorganisation und äußerer Kunstbetrieb. Auch hierin liegt ein berechtigter Kern in Heinrichs Differenzierung innerhalb des „Geisteslebens“. Ich persönlich denke allerdings, dass gerade diese Ebene von geistiger Kultur sich jeder parlamentarischen Gestaltung entzieht. Das wiederum heißt, dass sich entsprechende Foren nur durch freien Zusammenschluss bilden und ihre „Autorität“ einzig aus der Kraft des Arguments und einer geistigen Ausstrahlung beziehen können, die an die Einsichtsfähigkeit des Einzelnen appelliert. So etwas lässt sich nicht „einrichten“. Es kann nur entstehen durch Vereinigung der Geister. Dass „Clubs“ wie der „Club of Rome“ und andere freie Foren Gehör finden, hängt sicherlich mit einem Empfinden vieler Menschen dafür zusammen, dass an dieser Stelle ein Defizit vorhanden ist. Etwas in dieser Richtung zu schaffen, bedarf auch zunächst noch keiner vorgängigen Strukturreform der Gesamtgesellschaft: wer dazu den Impuls

spürt und die notwendigen Fähigkeiten mitbringt, mag damit beginnen. Und aus vielen solcher Initiativen kann sich etwas größeres Gemeinsames bilden.<sup>41</sup>

**Ad 2) Wir brauchen die Stärkung der Wächterämter über die Grundrechte:** Ein zweites Handlungsfeld ist hiermit aber in der Tat noch nicht abgedeckt. Geht es bei dem ersten Feld um die Förderung der „Wertsichtigkeit“ (um einen Gegenbegriff zur Wertblindheit zu haben), so bei dem zweiten um jene besonderen und spezifischen Grundwerte, die notwendige Grundwerte des Zusammenlebens von mündigen Menschen und damit Grundrechte sind.<sup>42</sup> Ich spreche jetzt nicht von verfassunggebenden Versammlungen, obwohl diese in vieler Hinsicht ihrem Charakter nach einem Grundwert/Grundrechts-Parlament nahe kommen können. Ich spreche von der Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der Gesetzgebung und der Exekutive durch Organe, die zwar von der politischen Ebene in ihrer Zusammensetzung bestimmt werden, jedoch in ihrem praktischen Wirken bereits heute nicht als politische Organe fungieren, sondern ein Wächteramt über die Umsetzung der Grundrechte ausüben<sup>43</sup>. Das Gewahrwerden dieser Tatsache eröffnet zugleich einen Ausblick auf die Frage nach der Weiterentwicklung der klassischen Gewaltenteilung, welche ja weiterhin für den staatlichen Bereich als Sphäre der Macht richtig bleibt. Hier wäre zu fragen, ob die Lösung nicht darin liegen könnte, die Judikative generell aus der Sphäre des Staatlichen in die des geistigen Lebens zu heben.<sup>44</sup>

**Ad 3) Wir brauchen eine Reform des politischen Systems:** Von vielen Seiten wird beklagt, dass der Zeithorizont der Politik durch Wahltermine beschränkt ist, was zu einer strukturellen Unfähigkeit führe, die heutigen langfristigen Probleme angemessen anzugehen. Viele Ideen werden geäußert, um eine Modernisierung des politischen Systems herbeizuführen, im Sinne von institutionellen Lösungen, die den Mangel an Langzeitorientierung in diesem System ausgleichen. Dabei stehen verschiedene Vorschläge im Raum, die auf eine zusätzliche Kammer zielen, die durch eine längere Wahlperiode, die Besetzung durch Experten o.ä. von Zwängen der Tagespolitik frei sein sollte. Man verweist gelegentlich auf die positiven Erfahrungen, die in Deutschland mit unabhängigen Gremien wie Bundesbank, Rechnungshöfen usw. gemacht worden seien.<sup>45</sup> Das alles lässt sich natürlich denken, führt aber nur zu einem ähnlichen Einwand, wie ihn Heinrichs gegenüber dem „dritten Sektor“ äußert: Nämlich, dass man sich an der Frage der Heilung des politischen Systems selbst vorbeidrückt. Das System heckt eben durch seine Attraktivität für Karrieristen und Machtpolitiker und durch die Ausgestaltung der Legitimationsmechanismen selbst jene Kurzatmigkeit aus. Diese ist Ausdruck der mangelnden Verschlanung des Staates einerseits, mangelnder Demokratie in ihm andererseits.<sup>46</sup>

In der Demokratiefrage bleibt Heinrichs für mich merkwürdig vage. Im politischen System geht es aber eben darum, dass alle mündigen Bürger das Recht haben, an der Gestaltung des staatlich-politischen Lebens auf allen Ebenen teilzunehmen. Dies hätte zu gesche-

hen „durch die Ausübung des Initiativ- und Abstimmungsrechtes sowie die Teilnahme an allgemeinen, freien, gleichen und geheimen Wahlen“, wobei die Chancengleichheit der bei Abstimmungen oder Wahlen konkurrierenden Inhalte oder Bewerber zu gewährleisten wäre.<sup>47</sup>

---

### Einzelne Einwände zur Aufgabenbestimmung der vier Systeme und ihrer Parlamente

---

J. Heinrichs: **„Weltanschauung/Ethik:** - direkt gewähltes Grundwerteparlament stellt pluralistischen, dynamisch situationsbezogenen Konsens über Wertentscheidungen her, die allen folgenden Parlamenten vorgelagert sind - entsprechende Judikative, die den fairen Umgang zwischen Religionen und Weltanschauungen (im Unterschied zu historisch überholten Privilegien) gewährleistet.“

Dagegen ist zu sagen: Wertfragen sind in einer pluralistischen Gesellschaft eben größtenteils nicht mehr konsensfähig, wenn man den Meta-Grundwert der Pluralität und Toleranz nicht wieder kassieren will. Deshalb kommt es vielmehr darauf an, die Koexistenzfähigkeit der von den Menschen gelebten unterschiedlichen Werthaltungen zu ermöglichen. - Die Gewährleistung der Religions- und Weltanschauungsfreiheit ist Aufgabe des Rechtsstaats, hierfür braucht es keinen gesonderten Rechtsstaat im Rechtsstaat mit einer besonderen Judikative. Was es natürlich immer geben kann, sind Formen der Mediation, welche Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften untereinander vereinbaren, oder Foren, welche die aktive Toleranz unter ihnen fördern.

J. Heinrichs: **„Kulturell:** - direkt gewähltes Kulturparlament reguliert Rahmenbedingungen und finanzielle Zuwendungen, möglichst weitgehend an ;freie‘ öffentlich-rechtliche Träger des Schulwesens, der Forschung, Kunst und Publizistik - Kulturämter (Verwaltung) kontrollieren Standard und Vergleichbarkeit von Diplomen - Bibliotheken, Museen, Gedenkstätten eher in staatlich-kommunaler Verwaltung - nur wenige repräsentative Staats-Theater und Orchester“

Dagegen ist zu sagen: Rechtsaufsicht ja - nicht durch die Kultur selbst, sondern durch den Rechtsstaat! -, nicht jedoch inhaltliche Kontrolle, auch nicht durch Heinrichs'sche Kulturämter! - Die Finanzierung ist einerseits eine Rechtsfrage - Sicherung des Rechtes auf Bildung durch die Allgemeinheit, d.h. den Rechtsstaat -, andererseits eine Frage des freien Urteils des einzelnen, weshalb der Geldstrom durch den Willen der Einzelnen lenkbar sein muss. Daher z.B. Schulfinanzierung durch Finanzierung der Bildungsnachfrage (Erziehungseinkommen, Bildungsgutschein). Die Menschen sind selbst mündig, zu entscheiden, wie viel freie öffentliche und wieviele staatliche Träger des Schulwesens es geben soll, es muss dies nicht wiederum von einem Obergremium geregelt werden, das den Fluss der Zuwendungen lenkt. Sicherung einer öffentlichen Finanzierung der Infrastruktur der Kultur, welche nicht nur von staatlichen Einrichtungen genutzt werden kann und damit

die Chancenungleichheit zwischen den Staatstheatern usw. und den freien künstlerischen Initiativen aufhebt.

J. Heinrichs: **„Politisch:** - Bodenpolitik (optimal: Boden als öffentliches Eigentum bei privater und gemeinschaftlicher Nutzung im Sinne der freiwirtschaftlichen Bodenreform) - Sicherheit nach Innen: Gewaltmonopol des Staates: nur genehmigte Delegation an Firmen - Pflege der Außenbeziehung durch amtliches, gesellschaftliches und privates Handeln - Rechts- und Verfassungspolitik durch das spezifisch politische Parlament“

Dagegen ist zu sagen: Es gibt keinen ersichtlichen systematischen Grund, die Regelung der Rechte am Boden anders einzuordnen als das Umweltrecht, die rechtliche Rahmensetzung für Geld- und Kapitalverkehr sowie für das Eigentum an Unternehmen (Sachkapital) und das Arbeitsrecht. Der Boden ist Produktionsfaktor wie Arbeit und Kapital, mithin gehört er nach der Heinrichs'schen Logik in den Wirtschaftsstaat, während nach meiner Logik die rechtliche Rahmensetzung für alle diese Bereiche Aufgabe des „eigentlichen“ Rechtsstaates bleibt.

J. Heinrichs: **„Wirtschaftlich:** - möglichst wenig eigene Unternehmertätigkeit des Staates, aber starke rechtliche Rahmensetzung für den Markt; Gemeinwohlregeln für öffentliche Träger wirtschaftlicher Tätigkeit (nicht nur Kartellrecht) - Gewährleistung von „öffentlichen Gütern“ durch den Staat, die nicht Gegenstand privatwirtschaftlicher Konkurrenz werden dürfen: z. B. Straßen- und Schienennetz, evtl. Bahnverwaltung aus ökologischen Gründen, Wasserversorgung, Gesundheitsversorgung, Landschaftspflege, Verbraucherschutz - aktuelle Anpassung der Gesetzgebung durch das Wirtschaftsparlament von direkt gewählten Experten - eine Gesundheitskommission könnte aus Vertreter von 1. und 4. zusammengesetzt werden.“

Dazu ist zusätzlich zu sagen, dass die Gleichsetzung von relativer Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft und des sich selbst regulierenden Marktes so nicht richtig ist: Die Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft führt zur Entstehen eines Gewebes von Verabredungen, die den „Selbstregulationsmechanismus“ des klassischen Marktes gerade stören, und die Auseinandersetzungen der Zukunft werden sich darum drehen, ob die Regulierung durch den Staat nur den kartellhaften Typ der Verabredung (was sinnvoll ist) oder jeden Typ der Marktordnung durch Verabredungen unterbinden muss (was auf die Einschränkung der Vertragsfreiheit hinausläuft, da an dieser Stelle nur konkurrenzförmige Vertragsgestaltungen zugelassen sind). Der Staat könnte übrigens durchaus ohne jede „punktuelle Einmischung“ (Heinrichs) generell gewährleisten, dass Wirtschaftspartner Verständigungsorgane untereinander bilden. - Die eigentliche Rechtsfrage im Wirtschaftsleben bleibt bei Heinrichs unverortet, Handlungsorgane hierfür sind nicht vorgesehen: die Frage nach dem gerechten (sozial und ökonomisch richtigen) Preis, die in solchen Verständigungsorganen permanent zu thematisieren wäre. Stattdessen regiert ein Wirtschaftsparlament aus Experten in die Gesetzgebung des Rechtsstaats hinein, an welcher aber gerade jeder mündige Mensch und nicht bloß Experten müssten mitwirken können!

(Hübsch ist nebenbei gesagt die Sache mit der Gesundheitskommission. Heinrichs bemerkt an dieser Stelle nicht, dass die institutionelle Viergliederung nur aus der Dreigliederung des Sozialsystems heraus ableitbar ist, während die systemische Viergliederung mit logischer Notwendigkeit zur institutionellen Fünfgliederung führen müsste. Denn gemeinsame Kommissionen der verschiedenen Parlamente müssen natürlich zwischen ihnen verabredet werden - und mit dieser Verabredungsebene kommen wir notwendig zu mindestens einem weiteren Gremium, in dessen Rahmen solche Verabredungen stattfinden können!)

### Vierfache Gewaltenteilung?

Was ich gerne ausgiebiger, als hier möglich ist, mit Johannes Heinrichs diskutieren würde, ist seine These, dass jeder der vier Bereiche wiederum einer eigenen Judikative, Legislative, politischen Exekutive und Verwaltung bedürfe. Immerhin soviel sei hier angemerkt, dass der Ansatz der Montesquieu'schen Gewaltenteilung eine Teilantwort auf das Problem der Mächtigkeit des Einheitsstaates, überhaupt ein Reflex des Machtproblems ist. Wo Macht existiert, ist es heilsam, durch ein System von Checks and Balances ihren Missbrauch zu verhüten. Die gesellschaftliche Gliederung ist eine Weiterentwicklung der Gewaltenteilung, insofern sie die alte Mächtigkeit des Staates durch die Bestimmbarkeit der bisher von ihm usurpierten Gebiete durch den freien Menschen aufhebt. Dies ist ein Erfordernis der demokratischen Entwicklung selbst, die - wenn sie als bloßes Mehrheitsprinzip gefasst würde - die Mächtigkeit eben nicht auflösen, sondern nur die Richtung der Machtausübung umkehren würde. (Unter einem gewissen Gesichtspunkt ist es ja nicht sehr relevant, ob eine Obrigkeit alten Typs oder eine Mehrheit mich daran hindert, aus meinen eigenen Einsichten zu handeln!)

Gerade, weil dieses Problem nur teilweise und inkonsequent gelöst wurde, haben wir es heute leider mit einer formalistischen Übertragung des Gewaltenteilungsprinzips in Bereiche zu tun, wo sie so nicht hin gehört! Das sogenannten New Public Management tendiert dazu, das was Heinrichs als Verwaltung bezeichnet, zu verschlanken oder abzubauen, ohne damit die Weisungsmacht der politischen Exekutive über die Kultur zu beseitigen. Vielmehr sollen „teilautonome“ Kulturinstitutionen „Leistungsaufträge“ des Staates umsetzen, bei weitgehender Verantwortung für das Detail. Im Zuge dieser Entwicklung wird nun z.B. bisher freien Institutionen als Finanzierungsbedingung vermehrt die Auflage gemacht, die „Gewaltenteilung“ einzuführen, worunter man die strikte Trennung von operativer und strategischer Führung versteht, nach dem Motto: Ein Lehrer kann doch nicht Mitglied des Schulvereinsvorstands sein usw.! Das läuft aber darauf hinaus, die Form, in der geistige Autonomie sozial gelebt werden will, auszuhöhlen: die Selbstverwaltung durch die Tätigen. Die Forderung nach „Gewaltenteilung“, wo gar keine Gewalt wäre, wenn man die Dinge in die Verantwortung der jeweiligen Gemeinschaft stellte, wird zum Instrument der Gewaltausübung. Das Menschenbild, das hinter diesen Bestrebungen steht, habe ich in meinem GATS-Aufsatz zu charakterisieren versucht.

## Notwendige Viergliederung - aber wie?

Gliederung ist keine bloß quantitative Frage (wie viel abzählbare „Teile“ hat ein soziales System). Wenn man, was auch Heinrich tut, die Qualitäten verschiedener „Gebiete“ der Gesellschaft in den Blick zu bekommen versucht, dann ist es naheliegend, auch ihre Zahl als Ausdruck qualitativer Beziehungshaftigkeit zu betrachten.<sup>48</sup> D.h. zugleich, dass es auf die Art des Zustandekommens der Differenzierung in Subsysteme entscheidend ankommt. Deshalb ist z.B. wie schon erwähnt, die Platonische Dreigliederung das gerade Gegenteil der modernen.

### 3 + 1 = 4?

#### Viergliederung als trisektorale Partnerschaft

Bei der Viergliederung kommt es daher entscheidend darauf an, ob eine vierte Institution von dem alten Geistesleben tingiert ist und damit den Charakter einer über allem andern schwebenden und dieses andere regulierenden Instanz hat. Oder - dies wäre die Alternative - ob sich das neue Ganze des sozialen Organismus gegenseitig dadurch trägt, dass es die Durchlässigkeit erzeugt, die es den betroffenen Menschen auf den verschiedenen Systemebenen jeweils ermöglicht, in jeder sich durch das Leben stellenden gesellschaftlichen Frage die geistigen, rechtlichen und ökonomischen Aspekte in die jeweils nötige Balance zu bringen.

Dann ergibt sich institutionell ebenfalls eine Viergliederung, die allerdings von unten nach oben entsteht und konsequent subsidiär ausgestaltet ist. Es bedarf nämlich da, wo auf einer bestimmten Ebene gemeinsame Fragen für die Institutionen der drei Subsysteme entstehen, einer institutionellen Form der Begegnung ihrer Repräsentanten. Das ist der Runde Tisch der trisektoralen Partnerschaft. Ich habe an anderer Stelle - in Anschluss an Nicanor Perlas - ausführlicher über trisektorale Partnerschaft und über die kulturelle Rolle der Zivilgesellschaft gesprochen.<sup>49</sup> Heinrichs selbst versucht, den Begriff der Zivilgesellschaft als Oberbegriff der privaten und öffentlichen Gemeinschaften - im Gegensatz zum Staat - zu definieren. Das steht quer zum Selbstverständnis der Zivilgesellschaft als einer nicht nur gegenüber dem Staat, sondern auch dem Markt gegenüber selbständigen Kraft.

Während ich dieses Thema hier nicht vertiefen kann, möchte ich darauf hinweisen, dass heute mit der Frage der Bildung Runder Tische zwischen Vertretern der Zivilgesellschaft, des Staates oder der Staaten und der sogenannten Geschäftswelt, ganz real sich eine Viergliederung herauszugestalten beginnt. Diese Viergliederung „funktioniert“ aber gerade nur dann als ergebnisoffenes Dialogforum, wenn die Selbstorganisation der drei Bereiche respektiert wird und das vierte Gremium auf jede Weisungsmacht verzichtet.

Nicht nur von ihren Kritikern, sondern auch von den anthroposophisch orientierten Dreigliederern selbst, ist häufig übersehen worden, dass Rudolf Steiner 1917 aus der funktionellen Dreigliederung (von der explizit damals allerdings noch gar nicht die Rede ist) eine institutionelle soziale Viergliederung ableitet. Er schlägt da-

mals nämlich die Schaffung dreier neuer Organe neben dem politischen Parlament vor, eines Kulturparlaments, eines Wirtschaftsparlaments sowie eines Senats, der aus den drei anderen Körperschaften gewählt wird und für ihre gemeinsamen Angelegenheiten, darunter die Finanzen, zuständig sein sollte.<sup>50</sup> Damit soll nicht etwa gesagt sein, dass die trisektorale Partnerschaft eine Neuauflage des damaligen Ansatzes ist. Die konkrete historische Situation ist heute eine andere, mit ihr sind es auch die Formen des Herankommens an gesellschaftliche Veränderungen. Was jedoch für eine ganze historische Epoche relevant ist, das ist die sich als Konsequenz der Mündigkeit ergebende und zu gestaltende Dreigliederungstendenz, die immanent auf der makrosozialen Ebene zu einer - wie immer im einzelnen ausgestalteten - institutionellen Viergliederung treibt.

Systemtheoretisch stoßen wir bei all diesen Fragen immer wieder auf das Organismus-Problem. Ist der menschliche Organismus zentralisiert? Im Modell des komplexen kybernetischen System bildet das Gehirn eine Art übergeordneter Schaltzentrale. Auch wenn hier nicht der Raum ist, diese Auseinandersetzung in der Breite zu führen, so sei doch daran erinnert, dass sich Steiners Organismus-Betrachtung, die ein Fundament seiner Sozialorganik bildet, - in der Auseinandersetzung mit Franz Brentano - gerade um die Überwindung jenes Paradigmas dreht, welches nur das Nervensystem als Träger des Psychischen anerkennt, während Steiner versucht, die Durchseelung und Durchgeistigung aller drei Subsysteme des menschlichen natürlichen Organismus nachzuweisen.<sup>51</sup> Hier eröffnet sich ein weites Feld notwendiger sozialwissenschaftlicher Forschung und Verständigung - und Johannes Heinrichs ist zweifelsohne einer der ganz wenigen, die sich auf Höhen bewegen, von denen aus der Blick auf eine Sozialorganik als neue Integrationswissenschaft der Sozialforschung frei werden könnte.

## Zum guten Schluss

Wir sind uns darin einig, dass es gilt, die Übergriffe einer einseitig verstandenen und ausgebildeten Ökonomie auf alle Lebenssphären abzuwenden, wie sie in den nächsten 2-4 Jahren durch die WTO drohen. Das ist nicht wenig an Gemeinsamkeit. In der gleichen Zeit gilt es, zwischen den Menschen, die sich in dieser Abwehr engagieren, den Dialog über die Grundrichtungen einer Alternative zu intensivieren. Ich halte Heinrichs Beitrag hierzu - auch wenn ich ihm in vielen Punkten nicht folgen kann - für bemerkenswert und möchte ihm herzlich dafür danken. Es ist zu begrüßen, dass Heinrichs wie ich eine Sphäre des Öffentlichen erkennt, „die nicht staatlich ist, sondern auf freiem Zusammenschluss beruht“, also die Figur der Lösung öffentlicher Aufgaben in freier Trägerschaft für relevant hält.

## Anmerkungen

- 1 Silvio Gesell (1862-1930), Geldreformer, Hauptwerk: „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“.
- 2 Johannes Heinrichs: Zur Regulierung der „Deregulierung - Systemtheoretisches und -praktisches im Anschluss an Christoph Strawe, Humanwirtschaft Dezember 2001/Januar 2002, S. 18-22. Alle Heinrichs-Zitate beziehen sich, soweit nicht ausdrücklich eine andere Quelle angegeben ist, auf diesen Artikel.
- 3 Selbst in seiner beiläufig geäußerten Kritik an bestimmten Konzeptionen des „dritten Sektors“, der „nicht als Sanitätsbetrieb für grundsätzliches Versagen von Markt wie Staat angerufen werden“ dürfe, „ohne dass der erste Arbeitsmarkt selbst reformiert wird“, weiß ich mich mit Heinrichs einig. Seiner Auffassung, es gehe um die Zusammenarbeit vieler Bündnispartner, kann ich mich anschließen. Und dreimal ja zu Sätzen wie: „Den Befürwortern der ‚Deregulierung‘ ist also einerseits entgegenzuhalten, dass der Markt keine voraussetzungslose Eigengesetzlichkeit hat; die Befürworter der einheitsstaatlichen ‚Regulierung‘ sind an die sachgemäße Differenzierung von politischer und wirtschaftlicher Sphäre zu erinnern, die durch regulierende Einzelmaßnahmen stets durchbrochen wird.“ - „Die pseudoliberalen ‚Deregulierung‘ meint nämlich heute meist nicht so sehr die jeder Ebene angemessene Art von individueller und gemeinschaftlicher Aktivität als vielmehr Nivellierung der Wertebenen von Wirtschaft, Politik, Kultur und Weltanschauung. Dass Dienstleistungen im Sinne sozialer Dienste (z. B. Pflege) sowie kulturelle Aktivitäten von Schule über Wissenschaft bis zu freiem künstlerischem Schaffen zwar eine ökonomische Seite haben, jedoch nicht einfach den ökonomischen Marktgesetzmäßigkeiten unterworfen werden dürfen, versteht sich [...] von selbst.“ „Wirtschaftliche ‚Deregulierung‘ und undurchsichtige Gängelung in den grundlegenden Wertentscheidungen (z. B. Landwirtschaft oder Medizin), sei es durch die Großkirchen, sei es durch einen Ethikrat von Kanzlers Gnaden, passen nur in den Augen der Kreise zusammen, die ihren Vorteil aus solcher Undurchsichtigkeit ziehen. Das faire Miteinander der Religionen und Weltanschauungen hat zudem viel mit der notwendigen geistigen, nicht bloß kriegerischen Bekämpfung des Fundamentalismus zu tun.“
- 4 Gerade wenn man Rudolf Steiner ernstnimmt, muss man ein Denken schulen, das unterschiedliche Perspektiven einnehmen kann. So stellt sich der Mensch, je nach dem Aspekt der Betrachtung, in einer Dreigliedrigkeit, aber auch in einer Vier-, Sieben- und Neungliedrigkeit dar.
- 5 Mit dieser Bemerkung wendet sich Heinrichs gegen „manche ausschließlich auf eine Geldreform ausgerichtete Menschen“.
- 6 Diese vollzieht sich notwendig über die staatliche Ebene: Die WTO ist eben kein Selbstverwaltungsorgan der Wirtschaft, sondern eine zwischenstaatliche Veranstaltung. Auch Heinrichs konstatiert, es gebe „keinen Markt [...] der nicht unter machtmäßigen, im günstigsten Fall also staatlich-rechtlichen Rahmenbedingungen stattfindet. [...] Zu ihnen gehören z. B. Bankengesetze, aber auch etwa Zinsgesetze.“
- 7 Dass man „Markt“ auch in einem schlichteren Sinne als Ort freier Verständigung auffassen kann, steht auf einem anderen Blatt, spielt jedoch in meinen kritisierten Ausführungen keine Rolle und kann deshalb auch nicht zu ihrer Interpretation herangezogen werden. Mir scheint, dass Heinrichs sich einfach nicht im Klaren ist über die Implikationen des „Begriffs“ Markt in der auf Adam Smith zurückgehenden Ökonomie, was auch seine Missverständnisse in der von ihm geführten Auseinandersetzung mit Udo Herrmannstorfers „Scheinmarktwirtschaft“ erklären würden. Vergl. J. Heinrichs: Egoismus als Prinzip der Marktwirtschaft? Im Internet unter: <http://www.uni-ulm.de/uni/intgruppen/memosys/tkreis09.htm>. Seine Argumentation, stützt sich auf die - falsche - Prämisse, Herrmannstorfers assoziativwirtschaftlicher Ansatz leugne, dass es auch so etwas wie einen berechtigten Egoismus gebe. In: Sprung aus dem Teufelskreis. Logik des Sozialen und Natürliche Wirtschaftslehre. Nachwort: Rudolf Bahro. VITA NUOVA. (<http://www.uni-ulm.de/uni/intgruppen/memosys/tkreis.htm>), Buchausgabe Wien 1997. Der „Markt“ der „liberalen“ Ökonomie ist eben gerade kein Ort des wirklich freien Spiels, sondern beruht auf der gewaltsamen Unterdrückung eines das Ganze ins Auge fassenden kommunikativen Handelns. Es wäre lohnend, gerade an dieser Stelle eine kommunikationswissenschaftliche Analyse anzusetzen!
- 8 Dabei meine ich hier nicht Gemeinschaft im Sinne der bekannten Gegenüberstellung Gemeinschaft-Gesellschaft, sondern neutral jede Form menschlicher Vergesellschaftung.
- 9 Vgl. meinen Aufsatz „Dreigliederung und Neungliederung“, in: Dreigliederung und Einzelrichtung. Rundbrief „Dreigliederung des sozialen Organismus“ Nr. 4/2000.
- 10 Ich halte allerdings hierfür den Begriff „staatlich-amtliches Handeln“ für zu eng.
- 11 Heinrichs eigener Versuch, die drei Handlungstypen schematisch darzustellen, weist allerdings eine für mich frappierende Inkonsequenz auf, indem er die Individuen nur als Ausgangspunkt privater Gemeinschaften vorkommen lässt. Man muss sich m.E. hier entscheiden: Entweder man streicht das Individuum auch in der Kategorie „Privates“ und nimmt die Familie als kleinste Einheit - dann ist man wieder bei der klassischen katholischen Soziallehre. Oder man rückt das Individuum auch in den Mittelpunkt der öffentlichen Gemeinschaften und des Staates.
- 12 Ich beziehe mich hier auf die sehr konzentrierte Ableitung der Viergliederung in Heinrichs Aufsatz „Viergliederung der Demokratie als evolutionäre Synthese“. In: Svitak, Vladimir, Strukturen des Aufbruchs. Von der Konkurrenzgesellschaft zur Solidargemeinschaft. Leipzig 2001. S. 62 - 71. Im folgenden zitiert als „Viergliederung der Demokratie“.
- 13 „Viergliederung der Demokratie“, a.a.O.
- 14 Der Begriff des „kreativen Geisteslebens“ stammt von Stefan Leber (vgl. sein Buch „Selbstverwirklichung, Mündigkeit, Sozialität“, Stuttgart 1977). Er unterscheidet dort - funktionell - das produktive, sich in der materiellen Arbeit betätigende Geistesleben von dem in der Anwendung des Geistes auf die Arbeit betätigten (Rationalisierung, Technik) „konstruktiven“ Geistesleben, dieses wiederum von dem eigentlichen „kreativen“.
- 15 Vgl. Heinz Kloss, Die Selbstverwaltung des Geisteslebens. Band 5. Frankfurt 1981, S. 10 - 13.
- 16 Siehe „Ausbruch aus dem Teufelskreis“, <http://www.uni-ulm.de/uni/intgruppen/memosys/tkreis15.htm>
- 17 Ich halte den Begriff normorientiert für missverständlich und möchte daher selber lieber von „wertorientiertem“ Handeln sprechen. Individuelles wertorientiertes Handeln beginnt gerade da, wo die Normierung des Handelns aufhört.
- 18 Auch wenn für Heinrichs die unantastbare Würde des Menschen einen letztlich „religiös begründeten Grundwert“ (Viergliederung der Demokratie, a.a.O. S. 67) darstellt, für das Zusammenleben der Menschen kommt es auf die Akzeptanz des Menschenwürdepostulats an, dessen Begründung gerade nicht verbindlich gemacht werden darf!
- 19 Ich folge damit einem Vorschlag R. Steiners (vgl. Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft (1919), Dornach 1976, S. 63).
- 20 Vgl. meinen Aufsatz „Dreigliederung und Neungliederung“, a.a.O.
- 21 Viergliederung der Demokratie, a.a.O., S. 62.
- 22 Kybernetik. In: Microsoft Encarta Enzyklopädie 2001.
- 23 Das Bewusstsein ist eben nicht ein Epiphänomen neuronaler Rückkoppelungen, und das Ich sitzt nicht im Hirn wie die Spinne im Netz. Vgl. Anmerkung 51.
- 24 In der „modernen Gesellschaft“ deshalb, weil in frühen Kulturzuständen, was auch Heinrichs betont, Religion und Recht noch keine getrennten Sphären sind.
- 25 Vgl. hierzu auch meinen Aufsatz „Dreigliederung und Neungliederung“, a.a.O.
- 26 „Beamte“ und „Ämter“ sind in Wirtschaft und Kultur fehl am Platz. An Heinrichs Unterscheidung zwischen politischer und staatlicher Sphäre ist allenfalls richtig, dass die Menschen sich in der Ökonomie und im geistigen Leben Regeln des Zusammenlebens geben müssen, das Politisieren dort jedoch nicht heilsam ist.
- 27 Vgl. hierzu U. Herrmannstorfer, H. Spehl, C. Strawe: Umfinanzierung der Lohnnebenkosten durch einen verbrauchsorientierten Sozialausgleich. Ein Weg zur Zukunftssicherung der Sozialsysteme unter den Bedingungen der Globalisierung. In: Rundbrief Dreigliederung, Nr. 1/1999 und unter [www.sozialimpulse.de/lhnnk.htm](http://www.sozialimpulse.de/lhnnk.htm)
- 28 Vgl. hierzu meinen Aufsatz „Dreigliederung oder Global Governance“, in Rundbrief Dreigliederung Heft 3/2001. Die alte Gemeinschaft war ein hierarchisch geordnetes Einheitsgebilde, der einzelne gliederte sich ihr als ein Teil ein und lebte geschützt und behütet, aber damit zugleich auch bevormundet, das Leben seiner jeweiligen Gemeinschaft mit. Geschichtlich beginnt sich das zu differenzieren mit der Entstehung einer selbständigen Rechtssphäre, dem Auseinandertreten weltlicher und geistiger Macht. In der Neuzeit kehrt sich das Verhältnis zwischen individuellem und Gemeinschaft um - die Menschenrechte stellen den



Einzelnen in den Mittelpunkt! -Damit treiben die alten Gemeinschaften in doppelter Richtung auseinander: Durch die Beanspruchung der Gesetzgebung über das eigene Leben durch die selbstbewusst werdenden Menschen und durch die Entstehung einer ins Globale sich entwickelnden Ökonomie. Diese ist ebenfalls der Ausdruck und das Ergebnis der gewachsenen, in der Technik vergegenständlichten Bewusstseinskraft der Menschen. Zugleich schafft sie jedoch - während die erste Bewegung die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des einzelnen gegenüber geschichtlich früheren Zuständen erhöht - ein Netzwerk weltweiter Abhängigkeiten, was sie von der hauptsächlich auf Selbstversorgung beruhenden Ökonomie der Vergangenheit unterscheidet. Die staatlichen Gemeinschaften als alle Bewohner eines Territoriums umschließende Verbände geraten auf diese Weise von zwei Seiten her unter Veränderungsdruck.

29 Einer solchen der Mündigkeit des Menschen Rechnung tragenden Entwicklung stemmen sich heute nicht nur die Vertreter einer alten Form des Geisteslebens und des Einheitsstaatsgedankens entgegen, sondern vor allem die Kräfte, die in der WTO konzentriert sind. Sie wollen den gesamten Globus zu einem Einheitsgebilde formen, in dem eine bestimmte Form der Ökonomie - eigentlich eine Antiökonomie - alles gesellschaftliche Leben dominiert.

30 Dass die eigentums-, geldrechtlichen usw. Rahmenbedingungen hierfür eine fördernde oder hemmende Rolle spielen können, ist hier festzuhalten, um Missverständnisse zu vermeiden.

31 Heinrichs schreibt: „[...] in seiner Reflexions-Systemtheorie wird [...] das Erste vom Zweiten usw. vorausgesetzt, aber auch reguliert.“ Die entscheidende Frage, auf die es mir ankommt, lautet: Reflektiert sich das System selbst, ist das Heil des Ganzen eine Funktion seiner systemischen Totalität oder kommt das Heil des Ganzen heute nur in dem Maße zustande, wie sich der soziale Zusammenhang im Bewusstsein des einzelnen Menschen reflektiert und er sich zugleich als durchlässig erweist für die Initiativ- und Tragekraft des einzelnen Menschen?

32 Diese Bemerkung hat durchaus auch einen christologisch-theologischen Hintergrund - man denke an das Fußwaschungsmotiv -, der hier jedoch nur angedeutet werden kann.

33 Zur Paradigmatik des heutigen Systembegriffs als Ursache für die Schwierigkeiten ihrer Überwindung werde ich an anderer Stelle noch etwas sagen.

34 „Alle Ebenen sind“, so Heinrichs, trotz der Kompetenzhierarchie kreislaufartig rückgekoppelt, z.B. durch 1. und 2. Lesung in den Parlamenten.“

35 Mir scheint, dass Heinrichs hier in seiner Viergliederungsbetrachtung nicht immer einen Fehler vermeidet, der auch das Studium eines großen Teils der Dreigliederungs-Sekundärliteratur so schwierig gestaltet: der Kurzschluss von der Ebene der reinen, „konkret-allgemeinen“ Begriffe auf die Ebene einzelner institutioneller Vorschläge (z.B. Parlamente mit jeweiligem „Geschäftsbereich“). Man muss m.E. deutlicher die Ebene allgemeiner sozialwissenschaftlicher Reflexion von der Ebene aus dieser für eine konkrete historische Situation und Konstellation abgeleiteter Umsetzungsvorschläge unterscheiden. Im übrigen kann die Sozialwissenschaft heute so wenig wie die Ethik eine Normwissenschaft sein. Was sie zu leisten hätte, ist die Beschreibung struktureller Voraussetzungen dafür, dass die Betroffenen selber institutionelle Lösungen überhaupt finden können! Die soziale Erkenntnis verlangt hierfür eine Art von beweglicher Begriffsbildung, die man als Bildbegrifflichkeit bezeichnen könnte: diese hätte die Klarheit des Begriffs und das lebendig Vieldeutige des Bildes. Die Rede von „altem und jungem Geld“ z.B. ist ein solches Bild, in dem eine Vielheit - pathologischer und nichtpathologischer - Erscheinungen der sozialen Wirklichkeit begriffen werden kann, es ist zugleich Quell, aus dem sich viele praktische institutionelle Ansätze und Herangehensweisen „erbilden“ lassen.

36 Hierhin gehört z.B. die Frage möglicher gegenseitiger Blockaden der Ebenen.

37 Viergliederung der Demokratie, a.a.O., S. 67.

38 Viergliederung der Demokratie, S. 67.

39 Das wird zwar im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsparlament gesagt, muss sich aber sinngemäß auch auf die anderen nicht-politischen Parlamente beziehen.

40 Vgl. den dritten meiner Aufsätze ‚Nur Menschen können Rechte haben‘. III. Zur Auseinandersetzung mit dem Rechtspositivismus. In: Das Goetheanum. Nr. 31/32, 1999.

41 Es würde sich hier um einen evolutionären Prozess handeln, den man nur zulassen muss, indem man die Durchlässigkeit für

freie Initiative in der Gesellschaft erweitert, und der seine Lebensfähigkeit nach und nach unter Beweis stellen kann.

42 Dass Grundrechte auch Unmündige in einer Gesellschaft der Mündigen schützen, ist, wie gezeigt werden könnte, kein Einwand.

43 Dass das Bundesverfassungsgericht heute immer mehr für politische Detailregelungen in Anspruch genommen wird, muss in diesem Kontext allerdings als eine Fehlentwicklung gewertet werden.

44 Entwicklungen im Jugendstrafrecht gehen in die Richtung der Anerkennung eines Individualisierungsbedarfs der Gesetze in der Rechtsprechung (kriminaltherapeutischer Aspekt der Rechtsprechung), die Verfassungsgerichtsbarkeit hat sich faktisch ein Stück weit aus dem politischen System herausgehoben, in der Rechtspflege spielt das Element der Mediation eine immer größere Rolle.

45 Vgl. z.B. Zukunftsgestaltung ohne Wirtschaftswachstum? Wirtschaftsordnung. Nachhaltigkeit, Wachstum und Wirtschaftsordnung, Referat von Prof. Rudi Kurz bei einem Greenpeace Workshop, [http://www.greenpeace.de/GP\\_DOK\\_3P/HINTERGR/C11HI10.HTM](http://www.greenpeace.de/GP_DOK_3P/HINTERGR/C11HI10.HTM)

46 Vgl. meinen Aufsatz: Weniger Staat, mehr Demokratie. Überwindung struktureller Vormundschaft und neue Politik. In: S. Leber (Hrsg.) Der Staat. Aufgaben und Grenzen. Stuttgart 1992.

47 Gerald Häfner, Robert Zuegg, Christoph Strawe: Skizze zu einer „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“, Art. 7; <http://www.sozialimpulse.de/skizze.htm>. Vgl. auch dieselben: In der Auseinandersetzung um eine Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Zeitschrift für Rechtspolitik, 9/2000 (33. Jg., Sept. 2000).

48 Das hieße, dass die Zwei, Drei oder Vier im sozialen Kontext mit Hegel geredet „qualitative Quanta“ darstellen, und nicht eine bloße Häufung der Eins. Die Eins wäre die Einheit, das noch Ungeschiedene, die zwei Spaltung des Einheitlichen: sie kann Entzweiung, Streit, Dualismus, aber auch Zweisamkeit und „Duettieren“ bedeuten. Die Zwei regiert in der Antike und im Mittelalter als Trennung von religiös-geistigem Leben und Rechtssphäre, in jus und fas, in dem Dualismus von geistlicher und weltlicher Macht.

49 Auf der Suche nach Formen des Herankommens an die Dreigliederung. Zur Bedeutung der „Zivilgesellschaft“ und zur Rolle „trisektoraler Partnerschaft“. Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus Nr. 1/2001.

50 Für mich gehört zu den historisch überholten Elementen des damaligen Vorschlages insbesondere die noch beamtenmäßig „staatlich-amtlich“ gedachte Wirtschaftsverwaltung: an dieser Stelle ist Heinrichs dem Steiner von 1917 näher als ich es bin! Die einschlägige Passage lautet: „1. Gegenstand einer demokratischen Volksvertretung können nur die rein politischen, die militärischen und die polizeilichen Angelegenheiten sein. Diese sind nur möglich auf Grund des historisch gebildeten Untergrundes. [...] 2. Alle wirtschaftlichen Angelegenheiten werden geordnet in einem besonderen Wirtschaftsparlamente. [...] Die Verwaltungsbearbeitung dieser wirtschaftlichen Angelegenheiten, innerhalb deren Gebiet auch die gesamte Zollgesetzgebung liegt, ist unmittelbar nur dem Wirtschaftsparlamente verantwortlich. 3. Alle juristischen, pädagogischen und geistigen Angelegenheiten werden in die Freiheit der Personen gegeben. Auf diesem Gebiete hat der Staat nur das Polizeirecht, nicht die Initiative. [...] Der Staat überlässt es den sach-, berufs- und völkermäßigen Korporationen, ihre Gerichte, ihre Schulen, ihre Kirchen und so weiter zu errichten, und er überlässt es dem einzelnen, sich seine Schule, seine Kirche, seinen Richter zu bestimmen. Natürlich nicht etwa von Fall zu Fall, sondern auf eine gewisse Zeit.“ Dies „trägt die Möglichkeit in sich, auf friedlichem Wege die nationalen Gegensätze - auch andere - auszugleichen. [...] Alle Kulturangelegenheiten, befreit von dem Druck, den auf sie die wirtschaftlichen und politischen Dinge ausüben, werden fortdauernd in gesunder Bewegung erhalten.“ Schließlich: „Eine Art Senat, gewählt aus den drei Körperschaften, welchen die Ordnung der politisch-militärischen, wirtschaftlichen und juristisch-pädagogischen Angelegenheiten obliegt, versieht die gemeinsamen Angelegenheiten, wozu auch zum Beispiel die gemeinsamen Finanzen gehören.“ (Rudolf Steiner, GA 24, S. 342 ff.)

51 Das führt im übrigen auch zu einer Auseinandersetzung um die gängige Interpretation der efferenten Nervenbahnen als „motorische“ Nerven und letztlich zu der von ihm 1911 auf dem Internationalen Philosophiekongress in Bologna aufgeworfenen Frage, ob es überhaupt eine zulässige Vorstellung sei, das „Ich“ als „im Leibe“ befindlich zu denken. Vgl. Wolfgang Schäd: Die menschliche Nervenorganisation und die soziale Frage. Ein anthropologisch-anthroposophisches Gespräch. Stuttgart 1992.

# Betrachtungen und Berichte

## ASPEKTE DER GLOBALISIERUNGSDEBATTE

### *Lasst uns helfen, Raum für Entwicklung zu schaffen!*

*Uwe Henrich\**

Neben dem Weltsozialforum - siehe andere Beiträge in diesem Rundbrief - fand nicht nur zeitgleich das Weltwirtschaftsforum in New - York sondern auch die 38. Sicherheitskonferenz in München statt.

Drei Gesprächsforen der Globalisierungsdebatte, die nach dem 11. September zeichenhaft das gewaltige Spektrum der anstehenden Fragen andeuten.

Es fällt leicht, Sympathie mit den Themen und Gesprächen in Porto Alegre zu empfinden und Antipathie gegenüber dem, was in München beraten wurde. Wir wissen aber, dass dies nicht genügt.

Wichtige Beiträge wurden auch in New-York gegeben. Ein kurzes Zitat aus dem Handelsblatt unter der Überschrift „IWF-Chef greift Handelspolitik der USA und Europas an“ über die Kritik, die der deutsche Direktor des Internationalen Währungsfonds, Horst Köhler, auf dem Forum äußerte: „So forderte Köhler die USA und die EU auf, Subventionen abzubauen, vor allem für Baumwolle, Textilien und Agrarprodukte. ‚Die USA sind ein Sünder, ich hoffe, dass sie eine führende Rolle beim umfassenden Abbau dieser Subventionen spielen‘, sagte Köhler. Die EU müsse einsehen, dass sie sich dem Verzicht auf Agrarhilfen nicht widersetzen könne. Die internationalen Beziehungen könnten nicht dahin gehen, dass ‚die großen Elefanten Absprachen treffen und die Entwicklungsländer das Nachsehen‘ haben.“<sup>1</sup>

Der bekannte Spekulant Soros, ebenfalls Teilnehmer des Weltwirtschaftsforums, wird in der New-Herald-Tribune wie folgt zitiert: Geschäftswelt und Märkte würden sich „globalisieren“, die Politik jedoch noch nicht. Dies führe zu einer Welt in Schiefelage (lopsided world). Seine Schlussfolgerung: „You can't leave everything to the market“ (Sie können nicht alles dem Markt überlassen).<sup>2</sup>

Die Sicherheitskonferenz in München warf ein grelles Licht auf andere Aspekte, wenn der stellvertretende US-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz mit den Worten zitiert wird: „Die beste Verteidigung ist ein guter Angriff“.<sup>3</sup>

Noch mehr oder weniger versteckt wird in den Medien auf erhebliche Brüche zwischen Auffassungen von Europäern und US-Amerikanern hingewiesen, die auf

\* Uwe Henrich war Teilnehmer an den internationalen Dreigliederungskonferenzen in Göteborg und Stuttgart, langjähriger Mitarbeiter im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), zur Zeit. Exekutivdirektor bei der Asian Development Bank für die Stimmrechtsgruppe Deutschland, Großbritannien, Österreich und Türkei.

dieser Konferenz deutlich geworden sind. Was heißt dies für die Entwicklung Europas, das sich - vielleicht - verstärkt auf eigene Traditionen und Zukunftsziele besinnt? Was heißt dies für die Entwicklung der USA, die - vielleicht - ebenfalls verstärkt eigene und unabhängige „Interessen“ verfolgen könnten?

Als Zeitgenossen sind wir gefordert, den Zeichen nachzuspüren. Konferenzen signalisieren oft wichtige Haltepunkte - Denkstationen - auf weitem Wege.

Die Welthandelsorganisation (WTO) und das Allgemeine Abkommen über Handel und Dienstleistungen (GATS) sind mögliche Instrumente auf eben diesem Weg zur Globalisierung. Sie müssen in der richtigen und angemessenen Weise entwickelt und umgesetzt werden.

### **Notwendige Differenzierung...**

Es sind die Farben und Zwischentöne: Sie geben uns das Bild der Welt.

Vereinfachende Schlagworte des Schwarz-Weiß-Malens in der Globalisierungsdebatte - „die macht die Reichen reicher und die Armen ärmer“ - sind zum Aufwecken notwendig. Wachgeworden müssen wir uns umsehen, wahrnehmen, denken und handeln.

Ja, es bleibt schwer, zu einem wirklichen „Handeln aus Erkenntnis“ zu kommen. Dennoch, diese Aufgabe gilt.

Wenn jemand, dem ich als Person vertraue, sagt: „Es ist das Ziel des GATS, es für Regierungen unmöglich zu machen, öffentliche Dienste zum Beispiel im Erziehungswesen unentgeltlich und ohne Mitwirkung von Privatunternehmen anzubieten“, kann ich das dann einfach übernehmen und für mich zur Handlungsanweisung werden lassen („das ist schlimm, dagegen muss ich etwas tun!“)?

Es ist heute sehr leicht geworden, eigene Recherchen anzustellen. Die Webpage [www.wto.org](http://www.wto.org) führt über die Suchfunktion auch zu GATS und dort sind Seiten („fact and fiction“) zu finden, die sich u.a. genau mit der genannten These auseinandersetzen und sie als Unterstellung zurückweisen.

Was nun? Der einfache Ausweg wäre, zu sagen: „Die lügen oder sagen bestenfalls, ohne es selbst zu wissen, die Unwahrheit. Die haben ihre ganz klaren Interessen, die sie durchdrücken wollen.“ Dieses Werturteil wäre denen - vielleicht - erlaubt, die diejenigen Personen, die hinter dieser Argumentation stehen, genau kennen. Alle anderen - zu denen ich gehöre - sind auf weitere Recherchen und eigene Erfahrungen angewiesen.

Also gehe ich von meinem Kenntnisstand aus: Für Asien (ohne Japan) hat die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) in einer Langzeitstrategie (Long Term Strategic Framework, LTSF, siehe [www.adb.org](http://www.adb.org)) einen Investitionsbedarf alleine in der physischen Infrastruktur (also Wasser- und Energieversorgung, Transportwesen, Schulen, Krankenhäuser) für den Zeitraum bis zum Jahre 2015 in

Höhe von 3 Billionen US\$ (also 3.000 Milliarden Dollar) errechnet. Bei jährlich rund 55 Mrd. US\$ westlicher Hilfe insgesamt für alle Entwicklungsländer (also auch in Afrika und Lateinamerika), ist leicht einzusehen, dass über öffentliche Haushalte die notwendigen Investitionen nicht aufgebracht werden können. Eine kurzfristig wirksame Verzehnfachung der Entwicklungshilfe schließe ich aus.

Es liegt nahe, nach anderen Geldquellen zu forschen um die auf dem Millenniumsgipfel der UN im Jahre 2000 vereinbarten Entwicklungsziele zu erreichen, ihnen zumindest nahe zu kommen. Hierzu gehört es u.a., bis zum Jahre 2015 über 500 Mio. Menschen aus dem Zustand großer Armut herauszuführen (im Einzelnen: [www.developmentgoals.org](http://www.developmentgoals.org)).

Es gibt keine Rezepte, die für alle Länder in gleicher Weise angewandt werden können. Nach sorgfältiger Analyse kann aber entschieden werden, dass zum Beispiel zur Verbesserung der Trinkwasserversorgung in Chengdu (China) oder Manila (Philippinen) oder zur Verbesserung des universitären Bildungswesens in Vietnam (Ho Chi Minh City) Privatinvestoren eingeladen werden können. Gleiches gilt für den Strassen- und Brückenbau in etlichen Ländern.

Es ist kein verwegenes Raubrittertum, wenn die Privatinvestoren nach gesicherten Rahmenbedingungen für ihren Kapitaleinsatz fragen, es muss aber auch selbstverständlich sein, dass die Länder, in denen investiert wird, ihrerseits Bedingungen für das fremde Kapital setzen.

Interessengegensätze müssen ausgeglichen werden. Und an diesem Punkt wird es vertrackt.

Dies ist das Feld für „Private Public Partnership“. Das „Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (BMZ) kann hier auf interessante Aspekte hinweisen ([www.bmz.de](http://www.bmz.de)). Bei entsprechend sorgfältiger Vorbereitung können solche Vorhaben besonders effizient, effektiv, signifikant und nachhaltig sein, kurzum: entwicklungspolitisch erfolgreich.

Sowohl das Böse als auch das Gute liegt hier im Detail: *entsprechend* der Situation im Land, in der Region; *Sorgfältig vorbereitet* unter Berücksichtigung allen heranzuholbaren Wissens zum Beispiel zum Erziehungssektor des Landes (und zu vielen anderen Fragenbereichen) *können* die Vorhaben „gut“ sein. Trotz bester Bemühungen lässt sich das Gute nicht erzwingen. Dennoch müssen „beste Bemühungen“ gefordert werden.

Ich kann den Dienstleistungsbereich nicht als „Letzte Grenze“ (Maude Barlow) sehen. Warum soll ein Land nicht Investoren willkommen heißen, wenn sie das Dienstleistungsangebot im Lande wirksam verbessern? Maude Barlow schildert eine positive Entwicklung, wenn sie schreibt: „GATS ist dabei, über die ganze Welt hin für die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen den Weg freizumachen.“<sup>4</sup> Die These, die sie dann anschließt, muss nicht stimmen: „Eine gute Nachricht für Unternehmensprofite. Eine schlechte Nachricht für die Menschen.“<sup>5</sup> Allerdings muss das Land auch in der Lage sein, die Rahmenbedingungen „angemessen“ festzulegen. Ich nehme hierbei auch Teile des Bildungs- und Gesundheitswesens nicht aus. Die Auseinandersetzung muss sich auf die „angemessene“ Lösung richten. Dies ist nicht unmöglich.

Privater Träger für eine Universität in Vietnam ist zum Beispiel das „Royal Melbourne Institute of Technology“ (RMIT). Das Vorhaben wird von der ADB und dem IFC (International Finance Corporation) unterstützt und begleitet. Die Planungen für den Campus, der im Jahre 2003 eröffnet werden soll, sind transparent („[www.rmit.edu.au](http://www.rmit.edu.au)“, dann über „Search“ nach „Vietnam“). Umfangreiches Material ist abrufbar.

Selbstverständlich gilt auch hier: Der Erfolg einer Privatuniversität in Vietnam kann nicht garantiert werden. Der Staat war zu diesem Zeitpunkt aber nicht in der Lage, ein vergleichbares Ausbildungsangebot aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Durch Hinzuziehung internationaler Expertise wird meines Erachtens das Mögliche getan, um einen Erfolg im Interesse des Investors, der Auszubildenden und der Entwicklung des Landes wahrscheinlich zu machen.

Hierbei hat jeder der Beteiligten selbstverständlich eine andere Prioritätenfolge der Ziele und Interessen. Entscheidend ist bei allen derartigen Fällen privaten Investments, dass nicht ein Partner aufgrund seiner Marktmacht den anderen in Verträge zwingt, die von der „angemessenen Lösung“ abweichen.

Dies führt zurück zur WTO und zum GATS. Die Zusammensetzung - Auseinandersetzungen haben wir genug gehabt - beginnt jetzt nach der WTO-Ministerkonferenz in Doha (9.-13. Nov. 2001).

Die vereinfachenden Weckrufe zu Gefahren der Globalisierung haben Wirkung gezeigt, sie waren also Notwendig. Es kommt jetzt auf die nächste Stufe an.

### Interessenausgleich...

Es ist nicht ausgeschlossen, einen Interessenausgleich zwischen wirtschaftlich Starken und wirtschaftlich Schwachen zu finden: Die wirtschaftlich Starken wissen genau, dass die scheinbar Schwachen über viele Möglichkeiten - zum Teil furchtbarer Art - verfügen, um sich Gehör zu verschaffen. Anders ausgedrückt: Es entspricht den langfristigen Eigeninteressen der heute wirtschaftlich Starken, sich für soziale Stabilität in allen Regionen der Welt einzusetzen. Und es gibt eine kulturelle Stärke in vielen wirtschaftlich schwachen Ländern, die von allen Seiten - zum Teil auch in den Ländern selbst - neu erkannt und anerkannt werden muss.

Wenn die These akzeptabel ist, dass es bei den anstehenden Entscheidungen um echte Chancen auch für die Menschen in den wirtschaftlich armen Ländern geht, dann müssen die laufenden Gespräche/Meinungsbildungen/Verhandlungen sehr sorgfältig und detailliert begleitet werden.

Wir wissen, dass auch auf sehr hohen Verhandlungsebenen - vielleicht gerade dort - oft nach einfachen Lösungen und Rezepten gesucht wird, die für den gesamten Globus gelten sollen. Privatwirtschaft, Zivilgesellschaft und Regierungen sind gefordert, den Farben, dem Leben in der Welt Raum zu geben und nicht nach Einheitlichkeiten zu suchen, die dann zu Zwangskorsetten werden.

„Weltmärkte sind eine Quelle für Technologie und Kapital; es wäre Dummheit, wenn die Entwicklungsländer diese Möglichkeiten nicht ausnutzen würden. Aber Globalisierung ist keine Abkürzung zur Entwicklung (des

Landes). Erfolgreiche Strategien für wirtschaftliches Wachstum brauchten immer eine fein abgestimmte Mischung zwischen neu importierten Verfahren und institutionellen Erneuerungen zu Hause. Die Politiker müssen eine landeseigene Wachstumsstrategie entwickeln und sich auf landeseigene Investoren und landeseigene Institutionen verlassen. Der teuerste negative Effekt des Glaubens an (die Erfolge weltweiter) Integration ist, dass es ernsthaftes Denken und Handeln in dieser Richtung verdrängt.“<sup>6</sup>

Und scharf widersprochen werden muss jedem, der wie in einem von Maude Barlow zitierten Beispiel sagt: „Im Grunde wird er (GATS/WTO-Prozess) nicht aufhören, bevor Ausländer endlich beginnen, wie Amerikaner zu denken, wie Amerikaner zu handeln und - am wichtigsten - wie Amerikaner einzukaufen“.<sup>7</sup> Es kommt auf den kenntnisreichen Widerspruch im Detail an, um den unvermeidbaren Globalisierungsprozess so zu beeinflussen, dass er sich positiv auf die Entwicklung der Menschheit in ihrer Vielfalt auswirkt.

Intensive Arbeit ist erforderlich, sogar in doppelter Weise: Gegen Schwarz-Weiss-Seher und Vereinfacher auf allen Seiten, angefangen in uns selbst. Für das Freilassen von Räumen/Möglichkeiten, in denen jeweils Lösungen gefunden werden, die der konkret fühl- und greifbaren Situation angemessen sind.

## Anmerkungen

1 Handelsblatt, 5. Februar 2002

2 New-Herald-Tribune, 5. Februar 2002

3 n-tv.de, CNN.de, ebenfalls 5. Februar 2002

4 Rundbrief Nr. 2, Juni 2001, S.12

5 Ebd.

6 Übersetzt aus einem Artikel von Dani Rodrik (Professor of international political economy, John F. Kennedy School of Government at Harvard University) „Trading in Illusions“, erschienen in „Foreign Policy“, Ausgabe März-April 2001

7 Rundbrief Nr. 2, Juni 2001, S. 13

---

## ZIVILGESELLSCHAFT UND SOZIALE DREIGLIEDERUNG IM RAHMEN DER NATIONALEN AKTIONSPLÄNE ZUR BEKÄMPFUNG VON ARMUT UND SOZIALER AUSGRENZUNG

---

*Alfred Groff*

### Die nationalen Aktionspläne (PANincl) und die Zivilgesellschaft<sup>1</sup>

Im Dezember 2000 haben die Mitgliedsstaaten des europäischen Rates auf dem europäischen Gipfel in Nizza beschlossen, folgende vier Ziele bis zum Jahre 2010 im Rahmen von nationalen Aktionsplänen zur Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung zu erreichen:

- Förderung der Teilnahme am Erwerbsleben und des Zugangs Aller zu Ressourcen, Rechten, Gütern und Dienstleistungen.
- Den Risiken der Ausgrenzung vorbeugen.
- Für die sozial Schwachen handeln.
- Alle Akteure mobilisieren.

Die nationalen Aktionspläne die jeweils für Zweijahresperioden (der erste von Juni 2001 - 2003) von den jeweiligen Regierungen erstellt werden, werden von der europäischen Kommission kritisch analysiert. Sie werden einzeln begutachtet, aber auch der Vergleich zu den andern Nationen wird jeweils gezogen. Objektive Kriterien zur Begutachtung des Erreichens der gesetzten Ziele sind in Ausarbeitung.

Die Zivilgesellschaft ist mitgefordert, denn die Beteiligung der Sozialpartner, der Nichtregierungsorganisationen und der Sozialdienste an der Bekämpfung der Ausgrenzung ist vorgesehen und erwünscht. Seit März waren die Akteure der Zivilgesellschaft eingeladen, zusätzlich zu den Beiträgen der Behörden und Ministerien, Ziele zu definieren, praktische Ideen und Konzepte zu liefern und an Vorbereitungsroundtischen teilzunehmen. Dies geschah in den einzelnen Ländern mit unterschiedlichem Erfolg. Aber der Prozess ist ein fortdauernder, die Umsetzung der Pläne muss überwacht werden, weitere Ziele müssen adaptiert, verfeinert oder erst definiert werden. Die Nichtregierungsorganisationen können also von unten ihre Wünsche vorbringen, haben aber erst einmal die Chance, auch von oben mitzuwirken, d.h. sie wurden nach Brüssel zur Kommission eingeladen und ausdrücklich gefragt, Stellung zu den Vorschlägen und ihrer Zufriedenheit bei der Mitwirkung am Zustandekommen der nationalen Aktionspläne zu nehmen. Es ist also auf weiteres möglich, von unten und oben Druck auf die Regierungen auszuüben, wenn die Pläne totes Papier bleiben und nicht sinnvoll umgesetzt und ergänzt werden.

Die Menschen, die sich für eine wesensgemäße dreigliedrige Sozialgestaltung einsetzen und auf internationaler Ebene etwa im GATS-Prozess oder im europäischen Raum im Rahmen der Verfassungsdebatten Stellung beziehen, könnten dies auch im Rahmen des oben genannten Prozesses tun. Leider haben die nationalen Aktionspläne zur Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung bis jetzt weniger öffentliche Resonanz erhalten, als etwa die nationalen Aktionspläne für Beschäftigung. Doch der Prozess läuft, und es besteht eine reelle Chance auf eine menschengerechtere, die Würde aller Menschen achtende Gesellschaftsgestaltung hinzuwirken, eben auch durch Impulse zur Umsetzung der sozialen Dreigliederung.

Dass es überhaupt zu diesen Aktionsplänen kam, ist in nicht geringem Maß das Verdienst des „European Anti-Poverty Network“ (EAPN), mit Sekretariat in Brüssel, das sowohl die nationalen Netzwerke gegen Armut und soziale Ausgrenzung, wie auch alle größeren europäischen Sozialverbände umgreift und das über 10 Jahre Aufklärungsarbeit und Lobbying in Brüssel leistete. Der folgende Abschnitt, der sich mit der Frage des Geldes und der Demokratie in Zusammenhang mit Armut und Ausgrenzung auseinandersetzt, zeigt, wie nahe viele Forderungen des EAPN bei Ideen liegen, die von Vertretern einer richtig verstandenen Dreigliederung ohne weiteres mitgetragen werden können oder nötigenfalls ergänzt werden könnten.

### Armut und Ausgrenzung: eine Frage des Geldes oder der Demokratie?<sup>2</sup>

Geld und Demokratie sind Eckpfeiler einer gerechteren Gesellschaft. Wenn wir die Ideale der französischen Revolution - „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ - erreichen wollen, die auch in der europäischen Charta der Grundrechte vorkommen, müssen sie, wenn sie sich nicht gegenseitig widersprechen sollen, auf drei verschiedenen Ebenen umgesetzt werden:

- **Freiheit** in der Bildung und Erziehung (Entwicklung individueller Potentiale und der Fähigkeit, sie für andere dienstbar zu machen), Informationsfreiheit (Zugang für alle) und kulturelle Freiheit (Ausdruck der individuellen Kreativität). Ein gesichertes Grundeinkommen für alle würde helfen, diese Freiheit in die Praxis umsetzen zu können.

- **Gleichheit** von Rechten (und Pflichten). Institutionalisiert werden muss die Möglichkeit einer dreistufigen direkt-demokratischen Gesetzgebung als Ergänzung der repräsentativen Demokratie.

- **Brüderlichkeit** (Solidarität) in Wirtschaftsangelegenheiten. Geld hat seine Neutralität verloren. Spekulationen zum Zweck des schnellen Profits und Zinseszinsforderungen, die Menschen und Nationen gleichermaßen in den Bankrott führen, erfordern ein schädliches Wirtschaftswachstum, das letztendlich die Natur zerstört sowie Armut und strukturelle Arbeitslosigkeit verschärft. Die erste Pflicht der Wirtschaft sollte es sein, auf die Bedürfnisse der Menschen einzugehen. Um mehr Geldneutralität zu gewährleisten, müsste Zinseszins abgeschafft werden und eine Geldalterung bzw. eine Geldumlaufsicherung in Kraft treten.

### Die Strukturen verändern

Gemäß Artikel 3 seiner Satzung ist es das Ziel des EAPN, in ganz Europa ein demokratisches und effektives Netzwerk aus Gruppen zur Bekämpfung von Armut einzurichten, das primär der Ausdruck einer Zusammenkunft von Menschen, die Armut erfahren, sein soll, um auf die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen Einfluss zu nehmen und Veränderungen darin herbeizuführen.

EAPN nutzte die ersten zehn Jahre seines Bestehens hauptsächlich zur Erreichung der allgemeinen Ziele zur Förderung und Entwicklung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung, zur Einbringung eines Beitrags in den sozialpolitischen Entscheidungsprozess und den Entwurf von Aktionsprogrammen. EAPN spielte eine Schlüsselrolle in der politischen Entscheidungsfindung in Europa, die dazu führte, dass nationale Aktionspläne gegen Armut und Ausgrenzung aufgestellt wurden.

Wir müssen diesen Weg fortsetzen, dabei aber nicht zu sehr in eine reaktive, Hilfestellung leistende Konzeption hineingeraten, d.h. nur die Symptome behandeln. Wir müssen uns fragen, ob die Europäische Gemeinschaft, auch wenn sie die Mitgliedstaaten dazu aufruft, nationale Aktionspläne zu entwerfen, nicht durch Entscheidungen auf anderer Ebene hinter einigen der strukturellen Ursachen von Armut und Ausgrenzung steckt.

Ist Wirtschaftswachstum wirklich von essentieller Bedeutung für größeren Wohlstand und Integration, wie uns die meisten Politiker und die Europäische Kommission glauben machen wollen? Ist das heutige Wirtschaftswachstum nicht vor allem unerlässlich zur Stützung des bestehenden Systems der finanziellen Spekulation? Ist Wirtschaftswachstum nicht eher eine Ursache von Armut, Ausgrenzung, Schuldenproblemen, der Zerstörung der Natur und der Gefährdung des Wohlergehens zukünftiger Generationen?

In den kommenden Jahren muss EAPN eine aktive Teilnahme an einer Reform unserer gesellschaftlichen Strukturen aufbauen und dadurch dazu beitragen, die Ursachen von Armut und Ausgrenzung zu beseitigen.

### Aktionsvorschläge

Wie können die angestrebten Werte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit innerhalb der drei obengenannten Ebenen in die Praxis umgesetzt werden?

Ein **gesichertes Grundeinkommen** als Basis für das materielle Leben könnte auch die Basis für die individuelle kulturelle Freiheit sein. Ein Einkommen zum Lebensunterhalt, dazu ein reichhaltiges Bildungsangebot und umfassende Informationen, würden jedem Bürger den Ausdruck der persönlichen Potentiale und der Kreativität ermöglichen. Die wirtschaftliche und strukturelle Durchführbarkeit eines solchen Vorschlags ist immer wieder bewiesen worden.

EAPN nennt als eines der geeigneten Ziele für eine europäische Strategie zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung *„jedem Menschen, dem keine Mittel zum Lebensunterhalt zur Verfügung stehen, ausreichende Ressourcen [zu] geben, die es ihm ermöglichen, ein Leben im Einklang mit der menschlichen Würde zu führen und an der Gesellschaft teilzuhaben (Mindesteinkommen)“*.

**Direkte, partizipatorische Demokratie** stellt eine der Grundlagen für die Gleichheit aller Menschen dar. Die politischen Interessen aller Menschen sollten in gleichem Maße berücksichtigt werden, nicht nur die finanziellen Interessen einer kleinen Minderheit. Gewöhnliche Bürger müssen dazu in der Lage sein, im Rahmen eines dreistufigen Verfahrens zusätzlich zu den derzeitigen parlamentarischen Systemen Gesetze vorzuschlagen und zu ändern (Initiativrecht, öffentliche Diskussion und Anhörung, Abstimmung).

In ihrer Abschlusserklärung legte die Mitgliederversammlung des EAPN im Jahr 2000 fest, dass Menschen das Recht haben, *„auf die Entscheidungen, die sie betreffen, Einfluss zu nehmen und an ihnen mitzuwirken, sowie darauf, dass ihre Meinungen und Erfahrungen angehört werden und dass entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Das Konzept der aktiven Bürgerrechte ist ein Weg zur Ausübung dieses Rechts. Aktive Bürgerrechte müssen allen Menschen, die in einem bestimmten Territorium wohnhaft sind, offenstehen. Sie beziehen sich auf die aktive Rolle von Menschen, Gemeinschaften und ihren Organisationen in Entscheidungsprozessen, die sie unmittelbar betreffen. Die zur Wahrnehmung dieser aktiven Bürgerrechte*

*notwendigen Strukturen müssen errichtet werden, wodurch partizipatorische demokratische Institutionen geschaffen werden, die unsere repräsentativen demokratischen Institutionen verbessern.“*

„**Neutrales**“ Geld als Grundlage einer Wirtschaft sollte helfen, den Bedürfnissen aller gerecht zu werden. Weil finanzielle Spekulation oft profitabler ist als Arbeit oder Investitionen in die wirtschaftliche Produktion, bedeutet dies, dass wir über die Funktion von Geld, über seine Besteuerung und das verrottete zinsbringende System nachdenken müssen.

In der Abschlusserklärung seiner Mitgliederversammlung von 1999 forderte EAPN „eine bessere Verteilung von Arbeit (bezahlt und unbezahlt), Primäreinkommen (aus Arbeit und aus Kapital) und von Zeit“ sowie eine progressive Steuerpolitik, „die auch die Nutzung der natürlichen Ressourcen, Kapital und internationale Finanzspekulationen besteuert“.

Die Gesellschaft wird helfen, ein besseres Wohlergehen aller Bürger zu garantieren, wenn sie nicht nur sicherstellt, dass alle die **gleichen Rechte** besitzen, sondern auch, dass jedermann seine Kapazitäten in vollem Maße ausbilden kann und die **Freiheit** besitzt, sie zu nutzen, um die Bedürfnisse seiner Mitbürger auf einer Basis der **Solidarität** zu befriedigen, die das Gleiche für ihn tun können.

#### **Initiative in der Region Luxemburg als Teil des europäischen Netzwerks<sup>4</sup>**

Das neugegründete „Institut für mehr Demokratie und soziale Dreigliederung“ in Luxemburg hat die „Initiative für mehr Demokratie (direkte Demokratie, demokratisches Geldrecht), eine freie kulturell-kreative individuelle Entfaltung (Bildungs- und Bewusstseinsfragen) und eine solidarisch-ökologische wirtschaftliche Entwicklung (MTK-IDEE)“ innerhalb der „Luxemburger Gesellschaft für Transpersonale Psychologie (Main Transpersonale Käer a.s.b.l.)“ begründet. - Auf der einen Seite soll das soziale Handeln mit individuellem spirituellem Bewusstsein verbunden werden<sup>4</sup>, auf der anderen Seite sollen, einer zeitgemäßen Zivilgesellschaft würdig, keine Grenzen allein durch Begriffe gebildet werden, und so können sich Anthroposophie und transpersonale Psychologie sinnvoll ergänzen und befruchten.

Der Arbeitskreis „Persönliche und gesellschaftliche Entwicklungen erleben, erkennen und gestalten“ der Initiative versucht bei seinen 14tägigen Treffen sowohl die persönliche Selbsterfahrung und Erkenntnissuche, wie auch die Diskussion in der Gruppe zu fördern. In der Praxis soll sich dies in einer bewussten Gestaltung der Alltagshandlungen sowie in gemeinsamen Aktionen und Impulsen für eine menschenwürdigere soziale Gestaltung der Gesellschaft bewähren. Austausch und Vernetzung auf regionaler wie auch auf europäischer Ebene werden angestrebt. Zur Zeit stehen die europäischen Themen des Konvents, der europäischen Verfassung und der Aktionspläne gegen soziale Ausgrenzung im Vordergrund. **Kontaktadresse:** MTK-IDEE, B.P. 54, L-8005 Bertrange.

#### **Anmerkungen**

1 Die nationalen Aktionspläne und nachfolgende Aktionen zu finden unter: [www.eapn.org](http://www.eapn.org) (EU strategy to combat social exclusion - EAPN input and follow up)

2 Dieser Absatz wurde in ähnlicher Form als Beitrag in der Meinungsecke des eapn-Newsletter Nr.81 / Februar 2001 abgedruckt - französisches Original und Übersetzungen in deutsch, englisch und spanisch sind zu finden unter : [www.eapn.org](http://www.eapn.org) (publications / Network news)

3 Informationen unter [www.mtk.lu/ideeinstitut](http://www.mtk.lu/ideeinstitut) oder [www.mtk.lu/idee](http://www.mtk.lu/idee) mit vielen Links zu andern Initiativen [www.mtk.lu/idd](http://www.mtk.lu/idd)

4 Vgl. dazu den Artikel „Jeder Mensch ist ein Manager : Bewusstsein und Gesellschaft - Die Prüfung konkreter Handlungsvorschläge als Bewusstseinsimpulse zur Mitgestaltung einer dreigliedrigen europäischen Gesellschaftsentwicklung im 21. Jahrhundert“ von A.Groff (2000) : [www.mtk.lu/manager](http://www.mtk.lu/manager)  
E-Mail- und Internetadresse von Dr. Alfred Groff: [ag@mtk.lu](mailto:ag@mtk.lu) / [www.mtk.lu/groff](http://www.mtk.lu/groff)

---

#### **FREIE INITIATIVE WIRD GESELLSCHAFTSFÄHIG:**

---

#### ***Enquete-Kommission zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements legt erste Ergebnisse vor***

*Martin Lehnert*

*Bürgerschaftliches Engagement ist nicht nur Privatsache. Es ist unverzichtbar für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft (Michael Bürsch, MdB)*

Hat bürgerschaftliches Engagement etwas mit anthroposophischen Einrichtungen zu tun oder ist das ein Trend in der Gesellschaft, der eigenen Wegen folgt? Und umgekehrt: wie ist das Selbstverständnis der Initiativen, die sich auf die sozialen Impulse der Anthroposophie Rudolf Steiner berufen? Sind es (nur) Kindergärten, Schulen, Heime, Krankenhäuser etc. mit darin arbeitenden Professionellen und ihren Kunden? Oder bilden die in dieser Einrichtung und um sie herum wirkenden Menschen vielmehr Aufgabengemeinschaften im Sinne eines modernen bürgerschaftlichen Engagements?

Während der unter Heilpädagogen viel diskutierte Antrag, eine Enquete-Kommission zur Abschaffung von Heimen einzurichten, noch gar nicht parlamentarisch beraten wurde, hat der Deutsche Bundestag schon 1999 eine Enquete-Kommission zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements eingesetzt. Erste Ergebnisse der Arbeit liegen jetzt vor. Daran können sich Eltern, Mitarbeiter und Förderer anthroposophischer Einrichtungen prüfen und ihren Standort neu bestimmen.

Die Kommission umfasst 22 Personen, davon sind 11 Mitglieder des Bundestages und weitere 11 sogenannte sachverständige Mitglieder. Ihr Vorsitzender ist der Bundestagsabgeordnete Dr. Michael Bürsch, der anlässlich der Präsentation des ersten Bandes der Reihe „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ dessen Bedeutung hervorhob, indem er betonte, bürgerschaftlichen Engagement sei nicht nur Privatsache, sondern unverzichtbar für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft.

Die Enquete-Kommission arbeitet in drei Gruppen zu den Bereichen

- Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft
- Bürgerschaftliches Engagement und Erwerbsarbeit
- Bürgerschaftliches Engagement und Sozialstaat.

Daneben gab es ständige und Ad-hoc-Arbeitsgruppen sowie Anhörungen, Expertengespräche und Gutachten. Erste Arbeitsergebnisse wurden im Dezember 2001 der Öffentlichkeit vorgestellt. Im Juni 2002 soll der Abschlussbericht über die Arbeit der Enquete-Kommission vorliegen.

Zu den Sachverständigen der Kommission zählt Rupert Graf Strachwitz, Direktor des Maecenata-Instituts für Dritter-Sektor-Forschung in Berlin; in einem Vortrag erläuterte er jüngst die Arbeit und die zu erwartenden Ergebnisse der Enquete-Kommission, wie nachfolgend zusammengefasst:

Schon jetzt ist deutlich, dass im Rahmen der Arbeit der Enquete-Kommission keinesfalls alle mit dieser Thematik zusammenhängenden Fragen ausführlich behandelt werden konnten. Auch wenn es an sich noch zu früh ist, die Ergebnisse der Arbeit im Einzelnen vorzustellen - insbesondere weil die Diskussion in den Fraktionen noch aussteht -, lassen sich einige Anhaltspunkte bereits erkennen - ohne Anspruch auf Vollständigkeit und mit dem Risiko, dass der eine oder andere Vorschlag auch scheitern kann:

1. Die Enquete-Kommission ist sich wohl über die grundsätzliche Gleichheit der Ziele des Engagements einig. Frühere Vorstellungen, dass etwa soziales Engagement höherwertig sei als kulturelles, gelten als überholt.

2. Es besteht Konsens darüber, dass es keine Vermischung von bürgerschaftlichem Engagement und Erwerbsarbeit geben darf. So wird etwa der Idee, durch bürgerschaftliches Engagement zusätzliche Rentenansparungen („Rentenpunkte“) zu erwerben, eine klare Absage erteilt. Ebenso wenig konnte sich die Kommission mit der Vorstellung anfreunden, aus der zur Verfügung gestellten Zeit („Zeitspende“) steuerliche Vorteile ziehen zu können. Auch dem Konzept der Bürgerarbeit (nach Ulrich Beck) steht die Kommission ablehnend gegenüber.

3. Demgegenüber vertritt die Kommission wohl einheitlich die Auffassung, dass alle Arten von persönlichen Motiven des Engagements gleichermaßen Anerkennung verdienen. Dazu gehört traditioneller Altruismus aus christlicher oder humanistischer Überzeugung ebenso wie persönliche Erfüllung, der Wunsch, sich weiterzubilden, der Wunsch nach sozialem Ansehen oder auch die Hoffnung, über solches Engagement den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu schaffen bzw. erleichtert zu bekommen.

4. Gutgeheißen wird das Konzept des ermöglichenden Staates (nicht des aktivierenden Staates). Aufgabe von Parlamenten, Regierungen und öffentlichen Verwaltungen ist es demnach, Hindernisse zu beseitigen, wo notwendig einfache handhabbare Regelungen zu schaffen, wo solche überflüssig erscheinen, sie konsequent abzubauen, grundsätzlich (mit einer Ausnahme - s. Ziffer 7) aber nicht, aktiv Programme zur Förderung des Engagements aufzulegen, bzw. sich in die inneren Angelegenheiten der Organisationen einzumischen.

5. Interessant ist die Übereinstimmung in der grundsätzlichen Gleichbehandlung von Zeit und Geld. Das

heißt, die Gründung einer Stiftung wird ebenso als Ausdruck bürgerschaftlichen Engagements verstanden wie die Bereitstellung von Zeit. In diesem Zusammenhang ist übrigens daran zu erinnern, dass die Bereitstellung von Zeit bei weitem überwiegt. Dies lässt sich an empirischen Daten sehr genau festmachen.

6. Die Kommission ist sich einig, dass Förderungswürdigkeit von bürgerschaftlichem Engagement nicht auf Staatsnützigkeit beschränkt werden darf. Im Sinne des Konzepts vom sozialen Kapital erscheint das bisherige Misstrauen gegenüber sogenannten Freizeitaktivitäten weit überzogen und im Kern unangebracht.

7. Schließlich ist es eine wichtige Erkenntnis der Kommission, dass zur Entwicklung einer Kultur des bürgerschaftlichen Engagements auch die Erziehung zu diesem Engagement gehört. Hier wird es im allgemeinen Teil sicher Empfehlungen geben, diesem Erziehungsziel in Schule und Universität erheblich größere Aufmerksamkeit zu widmen. In diesen Zusammenhang gehört auch, dass die Kommission eine gesetzliche Verpflichtung zu einem im weiteren Sinn sozialen Dienst als Nachfolgemodell zu Wehrdienst und Zivildienst ablehnt. Neue Modelle müssen auf Freiwilligkeit aufgebaut sein. Hierfür allerdings, d.h. für ein Freiwilligkeitsgesetz, muss ein breiter umfassender gesetzlicher Rahmen geschaffen werden. In diesem Zusammenhang ist das Erziehungsziel so hoch anzusetzen, dass für eine begrenzte Zeit, in der sich ein Jugendlicher ganz und gar für eine gemeinwohl-orientierte Arbeit zur Verfügung stellt, sehr wohl Sozialversicherungsleistungen und ähnliche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen.

[An dieser Stelle sei der Kommentar des Berichterstatters erlaubt, dass in diesen Punkten offenkundig ein Aufruf liegt, die Erziehung zur Freiheit (und lebenslange Fortbildung darin) zu fördern. Dazu bedarf es neuer Prioritäten und eine Fortentwicklung der Gesellschaft - hin zu geeigneten unterstützenden Rahmenbedingungen für eigenverantwortliches Tätigwerden. Diese Punkte bilden neben der PISA-Studie im Bildungswesen einen weiteren Ansatzpunkt, um die freiheitliche Arbeit anthroposophischer Einrichtungen auf eine breitere Basis gesellschaftlicher Veränderungsansätze zu stellen. M.L.]

Graf Strachwitz erläuterte weiter, dass der Abschlussbericht neben Empfehlungen an den Bundesgesetzgeber auch Empfehlungen an die Landesgesetzgeber - insbesondere im Hinblick auf die Kommunalverfassungen - sowie an die Organisationen des Dritten Sektors enthalten wird. Ferner sollen die anschließend zu behandelnden Themen aufgelistet werden, darunter vor allem eine Empfehlung, das Gemeinnützigkeitsrecht grundlegend zu reformieren. Eine Reihe von Feststellungen des Abschlussberichts werden vor allem der Bewusstseinsbildung und der Beförderung einer öffentlichen Diskussion dienen, denn eine gründliche und grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Thematik erscheint auch nach 2002 unerlässlich:

„Für die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements ist es entscheidend, festzuhalten, dass dieses künftig als zentrales Element des bürgerschaftlichen Zusammenlebens überhaupt und nicht als Marginalie angesehen wird.

Diese zentrale Rolle im Rahmen einer künftigen liberalen politischen Ordnung darf freilich nicht nur in Sonntagsreden auftauchen, sondern muss tägliche Praxis sein!"

Quellen: [www.bundestag.de/gremien/engai](http://www.bundestag.de/gremien/engai) und BFS info 2/02.

---

## Ein EU-Forschungsprojekt zeigt den Trend der Zeit

---

*Martin Lehnert*

In einem EU-Forschungsprojekt planen zwei Hamburger Hochschulen in Zusammenarbeit insbesondere mit Einrichtungen der Sozialtherapie des Diakonischen Werkes und der BSF (Hamburg) ein Forschungsprojekt mit Namen Steps (structures towards emancipation, participation and solidarity) in europaweiter Kooperation, um Wege zu weisen, wie die gegebenen Hilfeleistungssysteme weiterentwickelt werden können.

Als Bild schwebt den Forschern eine Art Windrose vor. Es sollen mehr Menschenrechte in Richtung Nicht-Diskrimination und Integration mit dem Ziel der Partizipation als eine Achse sowie anwaltschaftliche Begleitung zur Emanzipation und regionale/gemeindliche Entwicklung hin zur Solidarität als Querachse dazu verwirklicht werden. So begründet sich der Name, der sich als Struktur(fort)entwicklung in Richtung Emanzipation, Partizipation und Solidarität übersetzen lässt. Dafür sollen geeignete Strukturen, Methoden und Instrumente gefunden und erprobt werden. Interessanter Weise klingt darin - wenn auch verzerrt - die Dreigliederung auf: Emanzipation könnte zu freiem Geistesleben führen, wenn darin der Begriff der advocatoric structures nicht im meines Erachtens falschen, nämlich rechtlichen, sondern im auch denkbaren Sinne einer freilassenden Unterstützung bei der Kommunikation und der ihr vorgelagerten Selbstfindung gedeutet wird. Partizipation weist auf die Gleichheit in einer lebendigen Verabredungskultur (Rechtsleben). Solidarität heißt Brüderlichkeit in einem vom Interesse am Mitmenschen (und nicht am Gewinnstreben) geleiteten Wirtschaftsleben.

Wie anders jedoch die an Großstrukturen und sich blockierenden Interessengruppen gewöhnten Forscher diese Grundsätze interpretieren, zeigen die Ausführungen von Frau Dr. Bittscheid, Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP), und Herrn Langhanky von der Evangelischen Fachhochschule für Sozialpädagogik, beide in Hamburg:

### Kurzfassung des Antrages zur Phase I

Die staatlich finanzierten Leistungen für Menschen mit Behinderungen haben in Europa im Hinblick auf Versorgungsleistungen und finanziellen Ressourceneinsatz einen eher hohen Standard erreicht. Das Niveau dieser Hilfen wird jedoch derzeit deutlich hinterfragt hinsichtlich der Effizienz der darin eingesetzten finanziellen Mit-

tel. Die Frage, die dabei gestellt wird ist, ob das hohe Niveau nicht effizienzorientierter durch eine offene Marktkonkurrenz von Anbietern jenseits der bestehenden Trägerschaft realisiert werden kann. Dabei wird zugleich nach Möglichkeiten der Kostensenkung einerseits und nach Möglichkeiten der Qualitäts- bzw. Effizienzsteigerung andererseits gesucht. Diese sehr stark marktwirtschaftlich orientierte Fragestellung und die mit ihr initiierte Entwicklung birgt eine große Gefahr: die bis heute sehr schwach ausgeprägten Rechtspositionen von Menschen mit geistiger Behinderung ermöglichen es ihnen nicht, eine ihrem Bedarf entsprechende „Nachfragemacht“ für diesen sich entwickelnden Markt aufzubauen.

Ein wirkungsvolles Einklagen der vollen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wird den Subjekten bis heute nicht ermöglicht. Im Gegenteil sind die Stärkung der Rechtsposition und ihre Vertretung in vielen europäischen Ländern innerhalb der bestehenden Strukturen des Hilfesystems nicht einmal vorgesehen. Weder haben die Träger die UN-Resolution für Menschen mit geistiger Behinderung zur Kenntnis genommen, noch ist durchgehend ein wirkungsvolles Antidiskriminierungsgesetz auf den Weg gebracht, noch sind die Mitbestimmungsinstrumente innerhalb der bestehenden Institutionen wirklich entwickelt worden.

Die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Ausgrenzung und Diskriminierung geistig behinderter Menschen wird sich daher im Zuge dieser Entwicklung verstärken.

Diese Tendenz ist in den unterschiedlichen Ländern Europas bereits in sehr differenzierten Ausprägungen spürbar geworden. In einigen Ländern, wie insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, hat der Staat aus der Geschichte seines Verhältnisses zu den Wohlfahrtsverbänden und Trägern die Steuerung von Qualität und Gestaltung der von ihm finanzierten Leistungen für Menschen mit geistiger Behinderung im Rahmen problematischer Interpretationen des Prinzips der Subsidiarität an die handelnden Professionellen abgegeben. Eine effiziente Vermeidung von Ausgrenzung bzw. eine Vermeidung „fürsorglicher Belagerung“ kann in Folge dieses Abtretens von Entscheidungsgewalt und Gestaltungsmacht durch staatliche Stellen bereits nicht mehr konsequent gewährleistet werden. Die inhaltliche Steuerung der Angebote sozialer Dienste seitens der staatlichen Behörden ist weitgehend aufgegeben. Bei einer stärkeren Öffnung dieses Dienstleistungsbereichs für marktwirtschaftliche Konkurrenz bedürfte es jedoch gerade dieser Steuerung.

Vor diesem Hintergrund ist zu befürchten, dass eine rein marktwirtschaftliche Orientierung des Hilfesystems, die vorgibt, die Nutzerinteressen zu stärken, zum Gegenteil zu führen droht: Der Verlust staatlicher Steuerungsmöglichkeiten bei gleichzeitig unterentwickelten Rechtspositionen der Menschen mit geistiger Behinderung droht zu einer verstärkten Ausgrenzung und Diskriminierung dieser Gruppe zu führen.

Europaweit gibt es hinsichtlich dieser Gefahren sowohl in der kritischen Reflexion, in den strukturellen Vorgaben wie auch in der Erfahrung mit neueren Ansätzen



der Subjektorientierung und der Rechtsverwirklichung unterschiedliche Entwicklungen. Innovation und deutliche Positionierung in der Frage, wie in der oben skizzierten „Entwicklungsfalle“ die Rechtsposition der Menschen mit geistiger Behinderung deutlich gestärkt und gesichert werden kann, sind jedoch nicht nur im transnationalen Vergleich bedeutsam, sondern ebenso für andere marginalisierte Minderheiten in den Gesellschaften der betreffenden Länder wichtig.

Ausgehend von einer Analyse kommunaler Hilfesysteme, ihrer Finanzierungs- und Organisationsstrukturen und der tatsächlichen Rechtsverwirklichung in ihnen, sollen im transnationalen Austausch wirksame Methoden und Instrumente einer kommunalen Dienstleistungsstruktur der Hilfen für Menschen mit geistiger Behinderung erarbeitet werden. Diese sollen imstande sein, das Recht auf volle Teilhabe durch Systeme der Assistenz und anwaltschaftlichen Vertretung zu bewirken. Bezogen auf kommunale und regionale Angebotsstrukturen sollen länderspezifische Finanzierungssystematiken für eine solche Umorientierung der Dienstleistung für geistig behinderte Menschen entwickelt sowie eine entsprechende Angebotsstruktur entworfen werden. Dabei gehen die Antragsteller davon aus, dass es nicht um den Ausbau, sondern um den Umbau des derzeitigen Hilfesystems geht.

Gemeinsam mit anderen europäischen Kommunen, den in ihnen aktiven Trägern und den dort ansässigen Hochschulen soll ein realisierbarer Strukturvorschlag entwickelt werden, der imstande ist, dieses Ziel zu verwirklichen. Der Strukturvorschlag soll gemeinsam mit Ländern, die unter der Ägide besonderer marktwirtschaftlicher Umsetzung die Rechtsverwirklichung vorangetrieben haben (*Großbritannien und Schweden*), mit Ländern, die vergleichbar zur BRD eine oligopole Trägerlandschaft aufweisen und dennoch in Fragen der Rechtsverwirklichung interessante Innovationen aufweisen (*Niederlande*) wie auch mit Ländern mit kontrastierendem Zuschnitt der kommunalen Hilfestruktur (*Spanien*) gemeinsam erarbeitet werden. Dabei soll mit den Städten London (Kensington - Chelsea), Rotterdam, Barcelona, Lidingö (Stockholm) und Hamburg ein intensiver Austausch geführt werden, dessen Grundlage ein jeweiliger kommunaler Dialog zwischen Hochschulen, Trägern sozialer Dienstleistungen und Behörden ist. Ziel ist es, aus diesem Dialog europaweit realisierbare Hilfestrukturen zu erarbeiten, die den Abbau von Diskriminierung und volle Rechtsverwirklichung für Menschen mit geistiger Behinderung in den derzeitigen Verschiebungen der Hilfeleistungen zu realisieren vermögen.

Das Vorhaben ist mit einer Laufzeit von drei Jahren geplant.

Die Projektskizze wurde bereits in einem Dialog zwischen Behördenvertretern, zwei Hochschulen und Vertretern der großen Behindertenhilfeeinrichtungen der Freien und Hansestadt Hamburg erarbeitet und wird von diesen getragen. Sie soll von der Hochschule für Wirtschaft und Politik und der Evangelischen Fachhochschule für Sozialpädagogik in Harnburg durchgeführt werden.

## JOSÉ BOVÉ UND DIE NACHHALTIGKEIT IN DER LANDWIRTSCHAFT<sup>13</sup>

*Sylvain Coiplet*

Der französische Bauernführer José Bové ist wegen der Zerstörung von genetisch veränderten Reispflanzen zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden. Das Berufungsgericht bestätigte damit das Urteil der ersten Instanz. José Bové hatte, zusammen mit indischen Bauern und zwei weiteren Führern der Bauerngewerkschaft *Confédération Paysanne*, im Juni 1999 rund 300 genetisch manipulierte Pflanzen des staatlichen Forschungsinstituts CIRAD vernichtet. José Bovés Anwalt kündigte Berufung an.

Die Bauerngewerkschaft *Confédération Paysanne* gibt es eigentlich erst seit 1987. Sie will keine engen Bauerninteressen, sondern Menschheitsinteressen vertreten, und dies medienwirksam. Dadurch hat sie sich die Sympathien eines großen Teils der Bevölkerung zugezogen. Sogar unter den französischen Bauern ist sie immer beliebter und hat 2001 bei den letzten Wahlen zur Landwirtschaftskammer 27,8% der Stimmen bekommen. Bei solchen Zahlen staunt man dann, wenn man sich die Ziele der Organisation anschaut. Die *Confédération Paysanne* lehnt die Entwicklung der dreißig letzten Jahren zu einer industrialisierten Landwirtschaft ab und stellt den Schutz von Verbrauchern und Umwelt in den Vordergrund. Was sie von den reinen Verbraucher- und Umweltverbänden unterscheidet, ist die genaueste Kenntnis und Kritik der bisherigen Landwirtschaftspolitik.

Das Motto der *Confédération Paysanne* ist: Für eine nachhaltige Bauernlandwirtschaft in einer solidarischen Welt.

Zur Nachhaltigkeit gehört eine Begrenzung der Düngung, die zwar eine intensivere Landwirtschaft erlaubt aber die Umwelt, insbesondere das Grundwasser gefährdet. Und dies ist nun nicht mehr allein die Forderung einiger wenigen Biobauern, sondern einer starken Minderheit der französischen Bauern. Dazu gehört auch der Verzicht auf die Gentechnik mit ihren schnellen Vorteilen um den Preis einer ewigen Abhängigkeit von multinationalen Konzernen wie Monsanto. Breiten sich die genetischveränderten Merkmale unkontrolliert aus, so könnte die Keimfähigkeit von ganzen Pflanzensorten gefährdet werden. Die Bauern könnten ihre eigenen Samen auch dann nicht mehr herstellen, wenn sie selber nie genveränderte Pflanzen eingesetzt haben. Hier wird José Bové deutlich: „Die Gentechnik verarscht die Bauern“. Und weil es bald zu spät sein könnte, greift er einfach zur Sense. Statt der Gentechnik befürwortet er eine verstärkte Forschung über die Selektion von nicht-genetisch veränderten Pflanzen. Sie würde die Effektivität steigern, ohne die Bauern absolut abhängig zu machen. Zur Nachhaltigkeit gehören zuletzt auch kurze Transportwege, nicht nur wegen den Energiekosten, sondern vor allem deswegen, weil lange Wege den Betrug erleichtern und strenge Qualitäts- und Sicherheitsnormen unkontrollierbar machen.

Zur Landwirtschaft gehören Bauern, daher der Begriff „Bauernlandwirtschaft“. Dies ist heutzutage nicht selbstverständlich. In Frankreich sind es 40% Bauern weniger als vor 15 Jahren. Von den restlichen 600.000 Höfen sollen - nach den Plänen des Landwirtschaftsministeriums - nur 200.000 Agrarfabriken übrig bleiben und die Bauern möglichst restlos verschwinden, es sei denn, sie werden als Landschaftsgärtner gebraucht. Frankreich ist nämlich ein touristisches Land, das - wenigstens im Sommer - einigermaßen schön aussehen sollte.

Das dritte Element - die weltweite Solidarität - wird von der Confédération Paysanne besonders ernst genommen. Und sie widerspricht radikal der bisherigen europäischen Landwirtschaftspolitik. Statt wie der deutsche Bauernpräsident Gert Sonnleitner immer auf Agrarsubventionen zu pochen, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft zu sichern, hat sich José Bové in der Welt umgeschaut. Er hat dort die katastrophalen Auswirkungen dieser Subventionen auf die Bauern der Entwicklungsländer gesehen, die mit solchen Preisen nicht mithalten können und immer mehr verarmen.

José Bové fordert daher ein Umdenken. In Frankreich werden zur Zeit die ohnehin klimatisch privilegierten Höfe hoch subventioniert, damit sie ihr Getreide zu Dumpingpreisen exportieren können. Durch die Überproduktion machen sie die Weltpreise zusätzlich kaputt. Dies soll aufhören. Stattdessen sollen die klimatisch benachteiligten Höfe so subventioniert werden, dass sie den anderen Höfen mehr oder weniger gleichgestellt werden, ohne sich über die Maßen vergrößern zu müssen. Alle Bauern brauchen ein würdiges Einkommen und nicht nur diejenigen auf der Sonnenseite. Faire Preise werden von José Bové also allgemein angestrebt und nicht nur im Handel zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern oder genauer gesagt Landwirtschaftsländern. Die Exportausfälle lassen sich verschmerzen, wenn weniger Getreide und mehr proteinreiche Pflanzen für die heimische Tierhaltung angebaut werden. Sonst würde der notwendige Verzicht auf Tiermehl und andere mehr oder weniger gefährliche Abfälle die europäische Tierzucht vom amerikanischen Genmais abhängig machen. Die einzelnen Bauern sollen sich so begrenzen, dass sie wieder das eigene Grünfutter erzeugen können, statt sich Mais vom Großspeicher zu holen.

Hier merkt man, dass ein praktizierender Bauer und kein Funktionär spricht. José Bové ist nämlich nicht auf die direkte Wettbewerbsfähigkeit einzelner Produkte fixiert, sondern achtet darauf, aus jedem Hof das Beste zu holen. Aus Erfahrung legt er Wert auf die Komplementarität der Kulturen. Entscheidend ist, ob der Hof als Ganzes sich rechnet.

Solchen Konzernen wie Monsanto und dem in die Genforschung verwickelten französischen Staat sind Gegner wie José Bové ziemlich unbequem. Sie wissen, dass er mit jedem Gefängnistag populärer und damit mächtiger wird. Der Richter ging aber mit seinem Urteil

weit über die Forderungen der französischen Staatsanwaltschaft hinaus. Bedrohlicher für die progressive Bauerngewerkschaft sind die Geldstrafen, die sie leicht handlungsunfähig machen könnten. Monsanto - dem auch Genpflanzen zerstört worden sind - ist noch konsequenter in seiner Strategie. Statt einen Strafprozess anzustrengen, beschränkt sich der Konzern absichtlich auf eine Zivilklage, mit hohen Schadenersatzforderungen. Es fragt sich nur, ob Monsanto selber imstande wäre, Schadenersatz für die von ihm genetisch verseuchte Umwelt in der dafür notwendigen Höhe zu leisten. Kanadische Biobauern haben nämlich damit angefangen, ihn vor Gericht für seine Schlampereien zur Rechenschaft zu ziehen.

\* Erstveröffentlichung in: „Dreigliederung aktuell“, 2. Jg. Nr. 12/01. Bezug: Institut für soziale Dreigliederung, Hochkamp 40, D-21244 Buchholz Tel. +49 (0) 4181-23 49 607, Fax. 36 53 0, E-Mail: institut@dreigliederung.de, Internet: www.dreigliederung.de. Weitere Infos zur Confédération Paysanne im Internet unter www.confederationpaysanne.fr

---

## INITIATIVE FÜR DIREKTE DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND - IDDD

---

### *Für ein bürgernah geregeltes Recht der dreistufigen Volksgesetzgebung*

### *Aufruf zur Klärung durch eine Volksabstimmung am 22. September 2002*

#### I.

Rot-Grün hat 1998 im Koalitionsvertrag (Kapitel IX) versprochen, man wolle nach jahrzehntelangem parlamentarischem Stillstand in diesem Punkt das *Grundrecht der Volksgesetzgebung* - nach der Idee einer Dreistufigkeit von *Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid* - regeln.

Nun kam endlich am 8. 2. 2002 die Meldung, die Koalition habe sich auf die Kriterien einer verfassungsrechtlichen Regelung geeinigt. Freilich ist das Ergebnis dieser Einigung weit entfernt von den Forderungen, welche von der Bürgerbewegung für direkte Demokratie in Deutschland seit vielen Jahren für eine bürgernahe Ausgestaltung dieses fundamentalen Volksrechtes erhoben werden.

Nach den veröffentlichten Richtlinien wären vor allem große Organisationen und Verbände oder Initiativen mit viel Kapital in der Lage, Akteure im direktdemokratischen Prozess zu sein; und sie würden die jeweiligen Entscheidungen leicht dominieren können. Auch wenn Rot-Grün dies nicht wollte: demnach wäre es unvermeidlich. Ganz abgesehen davon, dass die Koalition für die Realisierung des Vorhabens wegen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit auf die Mitwirkung der CDU/CSU angewiesen ist; dazu wäre diese aber bestenfalls nur bereit, wenn *ihre* Vorstellungen für die Aus-

gestaltung der Volksgesetzgebung aufgegriffen würden, was jedoch nach allem, was man darüber weiß, die Sache mit Sicherheit nicht besser machte.

## II.

Damit zeichnet sich ab: Es wird überhaupt keinen Parlamentsbeschluss über dieses Vorhaben oder allenfalls einen wenig geeigneten geben. So stellt sich die Frage: Gibt es einen Ausweg aus dieser Sackgasse? Ja! Freilich nur, wenn wir die Entscheidung über diese Grundfrage der Demokratie in die Hand des Souveräns, der stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger selbst legen würden, damit sie in einer Volksabstimmung entscheiden können, ob und nach welchen „Spielregeln“ sie künftig das direkt-demokratische Element in unserem Rechtsstaat betätigen wollen.

Dieser Vorschlag wurde dem Deutschen Bundestag aus der Zivilgesellschaft bereits mehrfach auf dem Petitionsweg unterbreitet, zuletzt am 13. Dezember 1998. Zu diesem Vorschlag gehörten auch die *Grundgedanken (Kriterien) für eine zeitgemäße und bürgernahe Ausgestaltung der dreistufigen Volksgesetzgebung*, deren Richtlinien allen gesellschaftlichen Kräften faire Bedingungen im plebiszitären Prozess gewährleisten würden.

Doch obwohl der Petitionsausschuss am 1. 7. 1999 diese Petition an die Bundesregierung und an die Fraktionen mit der Empfehlung weitergeleitet hat, man möge ihre Vorschläge „in die anstehenden gesetzgeberischen Überlegungen einbeziehen“, blieb diese unbeachtet.

Deshalb haben wir die Petition am 25. Februar 2002 erneuert, jetzt für das Ziel, *gleichzeitig mit der Bundestagswahl am 22. September dieses Jahres eine Volksabstimmung über die Regelung der Volksgesetzgebung zu ermöglichen*.

## III.

Für diese Abstimmung, die sich verfassungsrechtlich auf den Artikel 20, Absatz 2 des Grundgesetzes zu stützen hätte, schlagen wir den folgenden Abstimmungstext vor: „Der Deutsche Bundestag möge ein Gesetz zur Regelung der dreistufigen Volksgesetzgebung gemäß nachstehender Kriterien beschließen:

1. Mindestens 100.000 Stimmberechtigte können dem parlamentarischen Gesetzgeber einen mit Begründung versehenen Gesetzentwurf bzw. ein Verlangen zum Beschluss eines politischen Sachverhaltes vorlegen. Diese Vorlage ist innerhalb eines halben Jahres zu beraten. (*Volksinitiative*)

2. Wird die Initiative abgelehnt, kann sie ein *Volksbegehren* einleiten. Dieses wird durch eine freie Unterschriftensammlung durchgeführt; es kann sich über maximal 18 Monate erstrecken.

3. Ein Volksbegehren ist erfolgreich, wenn ihm mindestens eine Million Stimmberechtigte mit ihrer Unterschrift beigetreten sind. In diesem Fall kommt es frühestens sechs, spätestens zwölf Monate später zum *Volksentscheid*. Hierbei entscheidet die *Mehrheit der abgegebenen Stimmen* (bei verfassungsändernden Gesetzen die Zweidrittelmehrheit).

4. Um eine freie Urteilsbildung der Stimmberechtigten zu ermöglichen, ist von größter Wichtigkeit, dass zwischen Volksbegehren und Volksentscheid die Massenmedien gehalten (notfalls verpflichtet) sind, das *Pro und Contra gleichberechtigt* zu Wort kommen zu lassen. Ein *Medienrat* vermittelt und kontrolliert.

5. Die *Kostenerstattung* ist entsprechend der Wahlkostenpauschale zu regeln.“

Dieser Weg zur plebiszitären Klärung der Dinge erlaubt auch den im Parlament vertretenen Parteien, soweit sie den genannten Kriterien nicht zustimmen wollten, für die Volksabstimmung eigene Vorschläge zu unterbreiten. Beschlossen wäre der Vorschlag, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

## IV.

Die Volksvertretung kann, wenn sie will, diesen Weg entweder durch ein einfaches oder ein Verfassungsgesetz eröffnen. Wird sie wollen? Damit erfahrbar wird, ob *die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands* es wollen - und je mehr es wollen, desto besser! -, ist dieses Projekt gestartet worden. Wahrscheinlich wird aber nur *eine nach Millionen zählende Willensbekundung* zum Ziel führen. Deshalb rufen wir auf, möglichst viele Unterschriften zu sammeln, denn nur so bildet sich das erforderliche politische „Kapital“.

Unterschriftenlisten und weitere Infos können angefordert werden bei: IDDD, D-88147 Achberg, Panoramastr. 30, Tel. 08380-335, Fax 08380-675; Kulturzentrum-Achberg@gmx.de. Internet: [www.willensbekundung.de](http://www.willensbekundung.de)

---

## SPD UND GRÜNE LEGEN GESETZENTWURF FÜR BUNDESWEITE VOLKSENTSCHEIDE VOR

---

Erstmals in seiner Geschichte befasst sich der Deutsche Bundestag ernsthaft mit der Einführung bundesweiter Volksentscheide. Am 14. März hat die rot-grüne Koalition in Berlin ihren Gesetzentwurf vorgelegt. Schon am 21. März - wird er in den Bundestag eingebracht. Für die Bürgeraktion Mehr Demokratie e.V. ist dies „ein erster großer Erfolg“ (Newsletter vom 14.3.) „Denn lange sah es so aus, als bliebe der Volksentscheid ein leeres Wahlversprechen. Wir haben in zahlreichen Gesprächen mit den Parteien und mit bundesweiten Aktionen immer wieder Druck gemacht. Das Bündnis ‚Menschen für Volksabstimmung‘, dem 81 Verbände angehören, begrüßt den Vorstoß. In den kommenden Monaten wird sich zeigen, ob der Bundestag den Bürgerinnen und Bürgern vertraut. Eine Ablehnung des Volksentscheids wäre ein Misstrauensvotum gegenüber den Menschen in unserem Land.“

### Eckpunkte des Gesetzentwurfes

„SPD und Grüne schlagen ein dreistufiges Verfahren zum Volksentscheid vor: 1. Mit 400.000 Unterschriften kann eine Volksinitiative eingeleitet werden. Damit wird der Bundestag verpflichtet, sich mit einem Thema zu befassen. 2. Für die Einleitung eines Volksentscheids ist ein Volksbegehren erforderlich, dass von 5 Prozent der Wahlberechtigten (ca. drei Millionen) in acht Monaten unterzeichnet werden muss. 3. Für den abschließenden Volksentscheid fordert Rot-Grün eine Mindestbeteiligung von 20 Prozent der Wahlberechtigten. Bei Verfassungsänderungen müssen sich mindestens 40 Prozent beteiligen und Zweidrittel der Wähler zustimmen. Außerdem muss bei Gesetzen, die die Länder betreffen, eine Mehrheit der Bundesländer gemäss ihres Stimmenanteils im Bundesrat erreicht werden. 4. Rot-Grün will bestimmte Themen vom Volksentscheid ausschließen: U.a. die Todesstrafe, Steuern und Diäten.“ Mehr Infos bei der grünen Bundestagsfraktion: [http://www.gruene-fraktion.de/rsvgn/rs\\_dok/0,,2437,00.htm](http://www.gruene-fraktion.de/rsvgn/rs_dok/0,,2437,00.htm)

Jetzt sei, so Mehr Demokratie, „die Union am Zug. Mehr Demokratie appelliert an die Parteispitzen der CDU/CSU, sich dem Willen der großen Mehrheit der Bürger nicht länger zu verweigern. Ohne die Stimmen der Union kann der Volksentscheid nicht eingeführt werden, weil dafür im Bundestag eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich ist.“ Es wird zu entsprechenden Aktionen aufgerufen.

### Nachbesserungsbedarf

„In einigen Punkten - etwa in der ausdrücklichen Zulassung finanzwirksamer Volksinitiativen - ist der Gesetzentwurf von SPD und Grünen erfreulich bürgernah. An anderen Stellen macht die Koalition leider die gleichen Fehler, die wir schon aus den Bundesländern kennen. So kommt pro Bundesland nur alle 43 Jahre eine Volksabstimmung zustande. Schuld sind die hohen Hürden. Das ist für die Bürger frustrierend und darf sich deshalb im Bund nicht wiederholen. Hier besteht noch Diskussionsbedarf.“

Das Bündnis Menschen für Volksabstimmung sammelt derzeit Unterschriften für einen Vorschlag, der deutlich niedrigere Hürden vorsieht als der Gesetzentwurf der Koalition. (Vgl. den Bericht im Dezemberrundbrief 2001) Danach müssen im ersten Schritt für eine Volksinitiative 100.000 Unterschriften gesammelt werden. Lehnt der Bundestag die Initiative ab, kommt es zum Volksbegehren. Hier sind eine Million Unterschriften erforderlich. Bei der Volksabstimmung entscheidet wie bei Wahlen die Mehrheit der gültigen Stimmen. Volksentscheide können zu allen Themen eingeleitet werden. Unterschriftenlisten hierfür sind erhältlich bei Mehr Demokratie e.V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel. 030 Tel.: 030 / 42 08 23 70 Fax: 42 08 23 80, Internet: [www.volksentscheid.de](http://www.volksentscheid.de)

### Nachtrag

: Inzwischen wurden Gespräche zwischen IDDD und Mehr Demokratie e.V. verabredet, bei denen Zusammenarbeitsmöglichkeiten ausgelotet werden sollen.

## KAUF UND VERKAUF - GERECHTE PREISBILDUNG

*Bettina Kalambokis*

Der sozialökonomische Zusammenhang der Menschen in Kauf und Verkauf ist Ausdruck davon, dass in der modernen arbeitsteiligen Produktionsweise nicht mehr für den eigenen, sondern für den Bedarf der anderen Menschen gearbeitet und produziert wird. Über Kauf und Verkauf zirkulieren die Bedarfsgüter und das Geld zwischen den Menschen. Indem alle zur Verfügung stehenden Finanzmittel (Einkommen) sowie Bedarfsgüter den Weg über Verkauf und Kauf nehmen, stellen sich die Menschen in ein dichtes Netz von Austauschbeziehungen hinein, worin sie in hohem Masse aufeinander angewiesen sind.

Der Warenaustausch spielt sich über die Preise ab. Den Preisen liegen auf der Produktionsseite die beiden, stets zusammenwirkenden *Wertbildungen* zugrunde, nämlich zum einen, wie viel Arbeit aufgebracht werden muss (Wertbildung 1), und zum andern, wie viel Arbeit durch Rationalisierungsmaßnahmen eingespart werden kann (Wertbildung 2). Auf der Bedarfsseite ist es die *Wertschätzung* der Konsumenten gegenüber den Waren (unter Berücksichtigung ihrer Einkommen), die Einfluss auf den Kauf oder Nichtkauf nimmt. Durch den Preis, den ich für eine Ware entrichte, stelle ich mich zu meinen Mitmenschen in ein soziales Verhältnis hinein. Zur Klärung der zentralen Frage des Preises ist es notwendig, sich der realen, objektiven Gegenseitigkeit und des objektiven Aufeinanderangewiesenseins der Menschen in den Austauschbeziehungen, die sie durch Kauf und Verkauf miteinander eingehen, voll bewusst zu werden. Die Preis- und Einkommensgestaltung ist das soziale Kunstwerk, durch welches der Austausch der Güter unter den Menschen allseitig ermöglicht und in stetigem Fluss gehalten werden soll.

Die beiden Hälften des einheitlichen Vorganges von Kauf und Verkauf können als Umschlagsplatz gesehen werden, wo etwas zum Abschluss kommt, und dadurch gleichzeitig Neues ermöglicht wird: Durch den Kauf führe ich die in der Vergangenheit produzierten Güter dem Verbrauch zu und ermögliche durch das entrichte Geld die neue zukünftige Produktion. Damit diese sich gegenseitig bedingenden Prozesse sich richtig vollziehen können, müssen die Einkommen der verschiedenen Konsumenten als Mittel zum Warenbezug einerseits und die Warenpreise als Ermöglichung der zukünftigen Produktion andererseits aufeinander abgestimmt werden. Unsoziale Sonderinteressen, wie sie z. B. in der althergebrachten egoistischen Neigung, möglichst billig zu kaufen oder möglichst teuer zu verkaufen, zum Ausdruck kommen, handeln dem auf Gegenseitigkeit beruhenden Prozess zuwider. An die Stelle der blinden und daher überholten Selbstversorgermentalität ist aus der Einsicht heraus zu handeln, dass Angebot und Nachfrage eigentlich *Doppel*funktionen sind. Nämlich Nachfrage nach Geld durch den Produzenten und Angebot

an Geld durch den Konsumenten sowie Nachfrage nach Waren durch den Konsumenten und Angebot an Waren durch den Produzenten. In einer gesunden Wirtschaft müssen diese *beiden* Funktionen miteinander im Gleichgewicht sein. Das ist mit einer assoziativen Wirtschaft gemeint.

So wie gerade durch die Arbeitsteilung auf der Wertbildungsseite (Produktion) eine vernünftige übergeord-

nete Zusammenführung aller einzelnen Arbeitsschritte notwendig ist, ist es gleichermaßen notwendig, dass auf der Wertverteilungsseite über die Preis- und Einkommensgestaltung sozialökonomische Vernunft wirksam wird.

\* Der Artikel ist zuerst erschienen in den Informationsblättern des Schweizerischen Verbands der Konsumentenvereine zur Förderung der biologisch-dynamischen Landwirtschaftsweise und assoziativer Wirtschaftsordnung. Kontakt über Bettina Kalambokis, Meinradstrasse 1, CH - 8006 Zürich.

# Europäische Verfassungsentwicklung

## Europa vor wichtigen Weichenstellungen

*C. Strawe*

In der Erklärung von Laeken (15.12.2001) haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union einen Konvent zur Zukunft Europas beauftragt, Vorschläge für eine grundlegende Erneuerung der Verträge auszuarbeiten und Reformen vorzubereiten, an deren Ende ein wie immer gestalteter europäischer Verfassungsvertrag stehen soll. Am 28. Februar hat sich dieser Konvent konstituiert. Von offizieller Seite ist zwar an eine Öffnung der Debatte für zivilgesellschaftliche Vorschläge gedacht, indes bleibt dieses Angebot äußerst vage.<sup>1</sup>

Die Initiative „Netzwerk Dreigliederung“ hat bereits in die Debatte über die europäische Charta der Grundrechte mit eigenen Vorschlägen eingegriffen und außerdem gemeinsame Aktivitäten mit der Intercitizens Conferences (ICC) ergriffen. Sie begrüßt alle Initiativen, die im Zusammenhang mit der europäischen Verfassungsentwick-

<sup>1</sup> Die Internetpräsenz des Konvents <http://european-convention.eu.int/default.asp?lang=DE> enthält im Moment noch den Hinweis: „Diese Website ist noch in Arbeit. Einige Informationen werden erst in Kürze zur Verfügung stehen. Danke für Ihr Verständnis.“

lung auf die folgenden Ziele gerichtet sind:

- Verbesserung des Niveaus des Grundrechtsschutzes
- und zwar sowohl auf der Ebene der individuellen Freiheitsrechte als auch auf dem der demokratischen Beteiligungsrechte und der Sozialrechte;

- Förderung von Verantwortung, Initiative und Selbstverwaltung;

- Konsequente Umsetzung des Grundgedankens der Subsidiarität;

- Durchlässigkeit für die Initiativen und Vorschläge der Zivilgesellschaft, im Sinne des Aufrufs „Für einen europäischen Verfassungsprozess von unten“ (EU 21) vom Oktober 2000.

- Kein europäischer Verfassungsvertrag ohne das Votum der Bürgerinnen und Bürger, das heißt ohne Referenden in den EU-Mitgliedsstaaten.

Die Initiative „Netzwerk Dreigliederung“ setzt sich in diesen Fragen aktiv für den Dialog und die Zusammenarbeit aller Kräfte der Zivilgesellschaft ein. Sie hält es für wichtig, dass die Kräfte, die schwerpunktmäßig die sozialen Rechte vertreten, mit den Bewegungen für mehr Demokratie und den Initiativen für kulturelle Freiheit zusammenwirken und zu gemeinsamen essentiellen Forderungen und Vorschlägen kommen.

In diesem Sinne stellen wir an dieser Stelle einige uns wichtig erscheinende Initiativen und Positionen vor.

### Der EU-Konvent

**Aufgabe:** Vorschläge für die anstehenden Reformen der EU zu erarbeiten. Er soll hierzu ein „Abschlussdokument“ erstellen, das „entweder verschiedene Optionen oder - im Falle eines Konsenses - Empfehlungen enthalten kann.“ Die Ergebnisse der Konferenz dienen „als Ausgangspunkt für die Arbeiten der künftigen Regierungskonferenz, die die endgültigen Beschlüsse fasst.“ Diese Regierungskonferenz wird im Jahre 2003 oder 2004 zusammentreten.

In der Erklärung von Laeken werden folgende Aufgabenfelder genannt:

- Eine bessere Verteilung und Abgrenzung der Zuständigkeiten in der EU
- Vereinfachung der Instrumente der EU
- Mehr Demokratie, Transparenz und Effizienz
- Der Weg zu einer Verfassung für die EU-Bürger

**Zusammensetzung:** 105 Mitglieder (incl. Türkei)

Präsident: Valéry Giscard d'Estaing

2 Vizepräsidenten

13 Vertreter der Staats- und Regierungschefs der Beitrittsländer

26 Mitglieder der nationalen Parlamente der Beitrittsländer

15 Vertreter der Staats- und Regierungschefs der EU-Länder

30 Mitglieder der nationalen Parlamente der EU-Länder

16 Mitglieder des Europäischen Parlaments

2 Vertreter der EU-Kommission

## Manifest „Europa 2004“ des Permanenten Forums der Zivilgesellschaft

Dem „Europäischen Forum der Zivilgesellschaft“ sind 210 Organisationen angeschlossen: von der „Akademie der europäischen Kulturzentren“ über den Bundesverband Deutscher Privatschulen - Schulen in Freier Trägerschaft, die europäische Konföderation der Gewerkschaften (CES), das Forum Menschenrechte, die Humanistische Union, die Initiative „Netzwerk Dreigliederung“, Mehr Demokratie e.V., die Union der europäischen Föderalisten bis zum Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Die Initiative zu diesem Forum geht von dem sogenannten „European Movement“ aus, das seinen Sitz in Brüssel hat. Das folgende Manifest ist unter seiner Federführung entstanden. Ein Konsultationsprozess mit allen angeschlossenen Organisationen fand nicht statt, was auf ein strukturelles Problem derartiger NGO-Zusammenhänge hindeutet. Der Text ist aber zumindest an wesentlichen Stellen anschlussfähig für eine Bewegung für ein anderes Europa. Im folgenden eine von C. Strawe besorgte Übersetzung von Auszügen der Kurzfassung.

„Die Europäische Zivilgesellschaft, welche eine wesentliche Rolle auf unserem Kontinent gespielt hat, wird Hauptakteur des 21. Jahrhunderts sein. Das Manifest 2004 ist ein Vorschlag für eine Allianz innerhalb des Rahmens eines neuen Ansatzes von Governance in Europa. Es bietet eine neue Sicht der Europäischen Union, in welcher die staatliche Autoritäten, die Geschäftswelt und die Zivilgesellschaft in differenzierter, dennoch aber gleichwertiger Weise zur Zukunft der Union beitragen. Die Union muss auf der Vielfalt unserer Wurzeln aufbauen, auf einem Europa des Friedens, der Grundrechte und einer durch Solidarität geprägten Entwicklung [...]

Das Manifest 2004 ist auf den Erweiterungsprozess der Union gerichtet, für welchen die Union *qualitative* Veränderungen durchmachen muss:

- Die Erweiterung der Union ist ein grundlegender, absolut notwendiger Prozess. Die Sicherheit und Wohlfahrt des Kontinents bis 2020 wird von der Fähigkeit der Europäer abhängen, zusammen nachhaltige menschliche Entwicklung zu ermöglichen, und zwar im Maßstab des gesamten Kontinents. [...]

- Der neue Verfassungsvertrag sollte eine Charta der Grundrechte mit 3 Säulen enthalten, der Charta von Nizza, einer Charta über die repräsentative, partizipatorische und paritätische Demokratie und eine Charta nachhaltiger Entwicklung. Eine Charta der Regionen und Städte der Union - gegen Mikronationalismus und für die Rechte der Minderheiten - sollte ebenfalls ausgearbeitet werden. [...]

- ‚Partnerschaft für das 21. Jahrhundert‘ zwischen der Europäischen Zivilgesellschaft und den EU-Institutionen sollte Gegenstand eines Gesprächs am runden Tisch sein und es (1) möglich machen, besser die bürgerlichen und demokratischen, ökonomischen und sozialen Felder einer europäischen Staatsbürgerschaft abzustechen, (2) sollte es die Zusammenarbeitsbeziehungen zwischen den Menschen in der Union und in anderen Teilen Europas und der Welt ermutigen.

Die Erweiterung der Union ist ein fundamentaler Punkt des Vertragsinhalts. Wir möchten gemeinsam ein Europa der Grundrechte, der nachhaltigen Entwicklung und Kultur aufbauen. Das Europäische Referendum, das 2004 stattfinden sollte, sollte einen neuen Wendepunkt in der Geschichte der Union markieren, den einer erweiterten Union mit einer neuen Vision und neuen Zielen für Europa...“ Vgl. [http://www.europeanmovement.org/live/pf/act/eur2004/pf\\_manifesto2004\\_en.shtml](http://www.europeanmovement.org/live/pf/act/eur2004/pf_manifesto2004_en.shtml). Mouvement Européenne, Organisation internationale, Square de Meeüs, 25, B-1000 Bruxelles, BELGIUM, Tel: + 32 2 508 30 88, Fax: + 32 2 508 30 89

## Mehr Demokratie e.V.: Vorschlag für direkte Demokratie in der EU verabschiedet

Die Bürgeraktion Mehr Demokratie hat auf ihrer Bundes-Mitgliederversammlung am ersten März-Wochenende in Fulda die Einführung der direkten Demokratie in der Europäischen Union gefordert. Die Bürgeraktion fordert, dass die Ergebnisse des Konvents in möglichst vielen EU-Mitgliedsstaaten am gleichen Tag zur Volksabstimmung vorgelegt werden.

### Warum nationale Referenden

Mehr Demokratie nennt drei Gründe dafür, dass es nationale Referenden und nicht eine europaweite Abstimmung geben soll:

- Für ein europaweites Referendum müsste der Unionsvertrag geändert werden. Dies bedeutet, dass sich die Staats- und Regierungschefs einstimmig auf einen gemeinsamen Vorschlag einigen und dann alle nationalen Parlamente diesen ratifizieren müssen. Dies ist unwahrscheinlich, weil das bestehende Einstimmigkeitsprinzip jedem Staat ein Veto einräumt. Auch zeitlich wäre ein solches Vorgehen kaum zu realisieren. Der Konvent hat einen knappen Zeitplan. Die Ratifizierung einer Vertragsänderung kann sich wie das Beispiel des Nizza-Vertrages zeigen - lange hinziehen.

- Eine europaweite Abstimmung nach dem Mehrheitsprinzip könnte kleinen Mitgliedsstaaten gegen ihren Willen eine EU-Verfassung aufdrücken. Bei nationalen Referenden ist dies nicht möglich.

- Für ein unionsweites Referendum spricht auf den ersten Blick, dass auf diesem Wege am besten eine europäische Öffentlichkeit geschaffen und dass das demokratische Gefälle innerhalb der EU (Iren und Dänen stimmen häufiger über Europafragen ab, Deutsche, Belgier, Holländer etc. stimmen nie ab) überwunden werden könnte. Durch die von uns vorgeschlagene Durchführung der nationalen Volksabstimmungen an einem Tag kann aber auch eine europäische Öffentlichkeit entstehen. Zudem wird verhindert, dass das Ergebnis einer Volksabstimmung das Ergebnis späterer Abstimmungen beeinflusst.

Für Deutschland würde dies bedeuten, dass das Grundgesetz (Art. 23) geändert werden muss. Eventuell könnte sich aber auch aus Art. 146 des Grundgesetzes eine Verpflichtung zu einer Volksabstimmung erge-

ben. Auch in einigen anderen Mitgliedsstaaten müssten die rechtlichen Voraussetzungen für eine solche Volksabstimmung erst geschaffen werden. Dies wäre die Aufgabe der nationalen Parlamente.“

Zudem schlägt Mehr Demokratie ein Initiativrecht vor, mit dem die Unionsbürger EU-weite Abstimmungen einleiten können. Dazu sollen drei Millionen Unterschriften, gesammelt in mehreren Staaten der EU, erforderlich sein. Vertrags- oder zukünftige Verfassungsänderungen sollen dem obligatorischen Referendum unterliegen.

Mehr Demokratie e.V., Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin, Tel.: 030 / 420 823 70, Fax: 030 / 420 823 80, Internet: [www.mehr-demokratie.de](http://www.mehr-demokratie.de).

---

### **Forum Menschenrechte fordert Beteiligung der Zivilgesellschaft an den Debatten des Konvents und paralleles Dialogforum der ZG**

Das „Forum Menschenrechte“, ein Netzwerk von mehr als 40 deutschen Nichtregierungsorganisationen, die sich für einen verbesserten, umfassenden Menschenrechtsschutz einsetzen, hat sich in einem Schreiben an die Vertreter der Bundesrepublik im Konvent (Prof. Peter Glotz, Prof. Dr. Jürgen Meyer, Peter Altmeyer und Erwin Teufel) sowie an die deutschen Vertreter des Europarlaments in dem Gremium (Klaus Hänsch, Elmar Brok, Sylvia-Yvonne Kaufmann und Joachim Würmeling) gewandt. Darin wird an die Debatte über die Grundrechte-Charta erinnert und dann gesagt: „Die damalige Öffnung der Beratungen für Organisationen der Zivilgesellschaft haben wir begrüßt. Allerdings blieben strukturelle Mängel. Der Zugang zu den Dokumenten im Internet ermöglichte es noch nicht, Entscheidungen des Präsidiums nachzuvollziehen. In Anhörungen, in denen eine Vielzahl von Organisationen fünfminütige Statements abgeben konnten, blieb keine Gelegenheit zur Diskussion. Infolgedessen wurde doch auf die Wege der traditionellen Lobbyarbeit zurückgegriffen. Wir möchten vermeiden, dass der Konvent zur Zukunft der EU wieder an diesen strukturellen Defiziten leidet. Wir treten daher entschieden dafür ein, dass das ‚Forum der Zivilgesellschaft‘, das die Konventsarbeiten begleiten soll, ein wirkliches Dialogforum wird, das parallel zu den Sitzungen des Konvents zusammentritt. Virtuelle Diskussionsmöglichkeiten im Internet können ein wichtiges Hilfsmittel sein, ersetzen aber nicht die Austauschmöglichkeiten, die ein echtes Dialogforum bietet. Wichtig ist darüber hinaus auch, dass ein solches Dialogforum eine Verknüpfung zwischen der europäischen und den national geführten Debatten leistet.“

„Wir bitten Sie, sich für folgende Forderungen einzusetzen: Transparenz sowohl im Zugang zu Dokumenten, als auch im Verfahren; - adäquater Zeitrahmen, der Bürgerbeteiligung ermöglicht; - eine offene Beteiligungsstruktur; - aktive Presse- und Informationsarbeit, einschließlich Fernseh- und Rundfunkübertragung; eine angemessene personelle und finanzielle Ausstattung des Sekretariats; klare Struktur der Beteiligung für NGOs über ein virtuelles Forum hinaus; Einrichtung des NGO-Konsultationsgremiums; Paritätische Besetzung mit Frauen.“

„Der Konvent sollte seine Sitzungen in den verschiedenen Hauptstädten der Mitgliedsländer abhalten. Damit wird vermehrt Interesse in der Öffentlichkeit geschaffen. Parallel zu den Sitzungen des Konvents könnten Dialogforen in den Hauptstädten eingerichtet werden, so könnte eine Verknüpfung der nationalen mit der europäischen Debatte hergestellt werden. Jeder EU-Mitgliedstaat sollte einen ‚Berichtersteller‘ ernennen, der in seinem Mitgliedstaat die Öffentlichkeit über die Beiträge von Regierung, Parlament und Zivilgesellschaft im Konvent unterrichtet. Diese Vorschläge könnten in die Geschäftsordnung des Konvents aufgenommen werden.“

Adresse: Forum Menschenrechte, Europa-AG, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel. 030 / 42 02 1771, E-Mail: [forum.menschenrechte@debitel.net](mailto:forum.menschenrechte@debitel.net)

---

### **IG Eurovision lädt zu einer Beratungskonferenz über die Bildung eines Alternativkonvents ein**

**Achberg, 28. 3. bis 1. 4. 2002**

„Projekt EU 21: Alternativ-Konvent - Für einen europäischen Verfassungsprozess von unten“, unter dieser Überschrift lädt die IG-Eurovision zusammen mit dem Internationales Kulturzentrum ins EuropaHaus in Achberg ein.

In dem Einladungstext heißt es u.a.: „Wer ein Demokratieverständnis hat, welches sich nicht auf die parlamentarisch-indirekte Repräsentation der Bürgersouveränität beschränkt, wird zwar nicht in Zweifel ziehen, dass das System der Volksvertretungen nach dem traditionellen Modell einen solchen Konvent als Gremium zur Erarbeitung eines Verfassungsentwurfes bilden kann. Zugleich wird man aber auf den Mangel und die Begrenzung einer solchen Tradition hinweisen müssen. Diese bestehen darin, dass nicht an Parteien gebundene gesellschaftliche Kräfte, nach heutigem Sprachgebrauch: die Kräfte der Zivilgesellschaft, nicht adäquat organisiert mit ihren Ideen in dieses Verfassungsprojekt eingebunden sind.“

Der Grundgedanke der Initiative, deshalb dem staatsorganschaftlichen Konvent aus freien gesellschaftlichen Strömungen, insofern solche daran mitwirken wollen, komplementär einen sozialorganschaftlichen an die Seite zu stellen, geht von einem Demokratieverständnis dergestalt aus, dass die Erarbeitung und der direkt-demokratische Beschluss einer Verfassung schlechthin das originärste Grundrecht einer sich selbst bestimmenden Rechtsgemeinschaft ist, wie es sich aus dem Urverständnis der modernen Demokratie als Lebensform der Volkssouveränität ergibt. Und dass ein solches freies gesellschaftliches Arbeitsorgan einen Anspruch darauf hat, entsprechend dem konventionellen Konvent mit den Mitteln ausgestattet zu sein, die für die Durchführung seiner Aufgabe notwendig sind. Das müsste erreicht werden. Dann wäre zugleich ein wesentliches Stück des oft beschworenen „Demokratie-Defizits“ der EU überwunden. - Es versteht sich von selbst, dass ein alternativer Bilde- und Arbeitsprozess - mit dem glei-

chen Ziel, bis Mitte 2003 den Entwurf einer Verfassung für die Zukunft der EU vorzulegen - ganz andere Wege beschreiten wird, als der konventionelle. Um alle damit verbundenen Fragen mit denen beraten zu können, die an diesem Projekt interessiert sind, laden wir für den oben genannten Termin zu einem offenen Treffen sowohl Einzelpersonen als auch Delegierte von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Verbänden und Initiativen ein, die mitarbeiten wollen.“

Die Unterzeichner der Einladung sehen in ihrer Initiative „die folgerichtige Fortsetzung des „Aufrufs zum Projekt ‚EU 21‘“ (am 8. 10. 2000 bei einem Arbeitstreffen der Inter Citizens Conferences/ICC verabschiedet). Weiter heißt es: „Ausgehend von dieser Erkenntnis, laden wir ein, aus freier Initiative und frei ergriffener Verantwortung für das soziale Ganze Europas diese wichtige Aufgabe nicht nur einem parlamentarischen Gremium zu überlassen, sondern diesem eine Werkstatt der Zivilgesellschaft an die Seite zu stellen. Es wäre großartig und Ausdruck des Werdens einer neuen Qualität der Demokratie, die Europa hoffentlich bald insgesamt prägen wird, wenn viele diese Einladung positiv aufnahmen und ihr folgten. Und es wäre der Arbeit dienlich, wenn man schon viele Anregungen für die Arbeit (und ihre Strukturierung) mitbrächte. Alles Weitere wollen wir zunächst bewusst noch offen lassen.“

Weitere Infos und Anmeldung bei Internationales Kulturzentrum Achberg, Panoramastr. 30, Europa-Haus, D-88147 Achberg-Esseratsweiler, Tel. +49 8380 / 335, Fax +49 8380 / 675, E-Mail: kulturzentrum-achberg@gmx.de

## Grundgedanken und Grundfragen zum Projekt einer Verfassung für den sozialen Organismus der EU - Ein Thesenpapier

*Wilfried Heidt*

1. Mit der *Verfassungsgebung* kommt der *Geburtsprozess eines neuen sozialen Organismus* zu einem vorläufigen Abschluss, bzw. es führt dieser Akt an den Ausgangspunkt einer neuen Etappe der Entwicklung des sozialen Lebens auf der Grundlage einer legitimierten Rechtsordnung. Sie bildet fortan den (veränderbaren) Rahmen innerhalb dessen alle sozialen Lebensprozesse sich als rechtlich legitimierte vollziehen können.

2. In der Moderne (grosso modo ab 1789) liegt die Quelle der Legitimation bei der jeweiligen Rechtsgemeinschaft (im Falle eines Staatswesens beim Staatsvolk = Volkssouveränität), und das Verfahren der Verfassungsgebung muss dem Prinzip der Demokratie entsprechen. Eine erste Vereinbarung, die für die Verfassungsgebung elementar konstitutiv ist, muss daher ein Grundkonsens sein hinsichtlich der Antwort auf die Fragen: a) wer gehört zur Aktivbürgerschaft einer Rechtsgemeinschaft und b) wie übt diese bei der Verfassungsgebung ihr Souveränitätsrecht aus? (Hier angewandt auf den Fall der Europäischen Union: Was ist die derzeitige Ausgangslage? Entspricht diese der Natur der Sache?

Falls ja: Inwiefern; falls nein: Was müsste eingerichtet werden, wollte man in dieser Hinsicht der Natur der Sache entsprechen?)

3. Wenn man den historischen Weg der europäischen Integration seit 1946 (Churchills Züricher Rede mit dem Stichwort „Vereinigte Staaten von Europa“) verfolgt, begegnet man den folgenden Entwicklungsschritten:

3.1 Gründung des Europarates (1949) mit der Aufgabe, alle europäischen Nationen auf der Basis bestimmter Normen und Grundwerte (sog. „Konventionen“) zu vereinen und sie aufzufordern, ihre staatlich-gesellschaftlichen Verhältnisse so einzurichten, dass diese Normen und Werte in ihrem Gemeinwesen beachtet sind. Man könnte darin einen ersten Versuch erkennen, Europa jenseits aller Ideologien auf ein gemeinsames geistiges Fundament zu stellen, auf welchem auch und gerade seine Vielfalt - und damit letztlich die Würde des Menschen insofern er Individualität ist - sich manifestieren kann. (Tendenz: Selbstbestimmung der kulturellen Identität) In den folgenden Jahrzehnten ist die Arbeit des Europarates, dem heute nahezu alle europäischen Länder als Mitglieder verbunden sind, gegenüber den wirtschaftlichen und politischen Dominanzen im Hintergrund geblieben trotz vieler wichtiger Errungenschaften, denen er in seinen Konventionen Ausdruck gegeben hat.

3.2 Eine zweite Entwicklungsphase war diejenige, in welcher sich (ab 1951) stufenweise die wirtschaftliche Integration jenseits nationalstaatlicher Begrenzungen (bis zum Ende des europäischen Kommunismus 1989/91 ausschließlich privatkapitalistisch-parlamentarisch geprägte west-, süd- und mitteleuropäische Staaten umfassend) hin zur EWG und EG in ihren verschiedenen Etappen vollzog. (Tendenz: Selbstverantwortung der wirtschaftlichen Akteure)

3.3 Währenddessen wurden immer wieder Anläufe in Richtung der Bildung einer auch politischen Union unternommen. Dieses Ziel - die Europäische Union (EU) mit dann 15 Mitgliedsländern - wurde 1992 mit dem Vertrag von Maastricht erreicht und (1996) mit dem Vertrag von Amsterdam konsolidiert.

In dieser Phase wurde im Prinzip bereits die sog. „Osterweiterung“ vereinbart, d. h. es sollten nach Erreichen eines bestimmten Standards auch die ehemaligen kommunistischen Staaten Osteuropas an der europäischen Integration teilnehmen können. (Tendenz: Demokratischer Rechtsstaat)

3.4 Ein viertes Element, welches auch bereits seit den späten siebziger Jahren ins Auge gefasst war, rückte nach 1992 ins Zentrum des Integrationsprozesses: Das Projekt einer gemeinsamen europäischen Währung. Mit der Gründung der Europäischen Zentralbank (EZB) erhielt die EU, darin wie kulminierend, ein gemeinsames monetäres System, das mit zunächst 12 Mitgliedsländern, welche die vereinbarten Kriterien erreichen konnten, 1999 beschlossen wurde; seit 2002 ist in dieser Währungsunion der Euro einziges gesetzliches Zahlungsmittel. (Tendenz: Dienende Geldordnung)

4. Diesen historischen Prozess zusammenfassend und ihn mit seiner Zukunftsperspektive verbindend, könnte man sagen: Die Europäische Union stellt die Frage nach



der Verfassung ihres sozialen Organismus am Anfang des 21. Jahrhunderts aus einer Entwicklungsstufe, auf welcher dieser sich als ein nach geistig-kulturellen, wirtschaftlichen, politisch-rechtlichen und monetären Prozessen gegliedertes System darstellt, denen jeweils bereits eine bestimmte, noch widersprüchlich in Erscheinung tretende Entwicklungstendenz innewohnt, bisher jedoch weitgehend noch traditionelle, dem einheitsstaatlichen Muster entnommene Organe des Vereinbarens und Entscheidens (Erzeugen von Verbindlichkeit) zugeordnet sind. Das Bild des gegenwärtigen Bestandes der entsprechenden Institutionen und die ihnen zugewiesenen Kompetenzen wäre als ein Ausgangspunkt für eine verfassungsrechtliche Neuordnung (= Aufgabe der „Vertiefung“ der EU) zu beschreiben. Außerdem wäre herauszuarbeiten, welches das der bisherigen Entwicklung zugrunde liegende (und in den Verträgen thematisierte) Menschenbild ist und welches die bisher wirkenden systemischen Leitbegriffe in den vier genannten Sektoren (3.1 - 3.4) waren.

5. Die Europäische Union ist eine gesellschaftliche Handlungsebene, deren Kompetenzen hinsichtlich der bezeichneten vier Funktionen verfassungsrechtlich gegenüber denjenigen beschrieben und fest-gestellt werden müssen, die auf der Ebene der Verfassungsordnung (Souveränität) der Mitgliedsländer bleiben sollen und welches künftig der Weg ist, um dieses Verhältnis gegebenenfalls zu ändern.

6. Unter dem Gesichtspunkt des Impulses bzw. der Beschreibung der sozialen Wirklichkeit im Lichte der Idee der Dreigliederung (des sozialen Organismus), wie es zuerst von Rudolf Steiner als Ergebnis seiner anthroposophisch-sozial- und -geschichtswissenschaftlichen Grundlagenforschung vorgestellt wurde, stellen sich in Anknüpfung an die faktisch vollzogene Entwicklung der europäischen Integration in verfassungsrechtlicher Hinsicht zwei Grundfragen:

6.1 Wie können - entsprechend dem Gedanken, den Rudolf Steiner in seinen Memoranden von Jahr 1917 vorschlug - die vier gesellschaftlichen Handlungssysteme (s. 3.1 - 3.4) ihrer jeweiligen Zentralaufgabe gemäß einerseits dergestalt autonomisiert und im Radius ihrer Kompetenz bestimmt, andererseits durch entsprechende Organe der Kommunikation so miteinander vernetzt werden, dass sie als soziales Ganzes der Entwicklung aller dem Organismus zugehörigen Individuen, letztlich der ganzen Menschheit in der bestmöglichen Weise dienen können? Das ist eine der grundlegenden Strukturfragen der jetzt anstehenden Aufgabe, eine Verfassung für die EU zu erarbeiten.

6.2 Welches sind zum einen die Grundbegriffe (s. 4.), die in funktionaler Hinsicht den sozialen Prozessen dieser gegliederten Gesamtordnung zugrunde liegen und die wir zu bilden hätten, wenn wir ihrer in der Wirklichkeit (ideenwissenschaftlich) gewahr würden? An welchen Menschheitsidealen unserer Epoche können/wollen wir zum ändern die Entwicklung orientieren (und sie dementsprechend verfassungsrechtlich aufgreifen)? Darin könnte man im umfassenden Sinn die Antwort auf die grundlegenden Wertefragen (einer „Charta der Grund-

rechte“ auf der Höhe der Zeit) des Verfassungsprojektes sehen (das neue Paradigma hinsichtlich eines gewandelten Kulturbegriffs (Kreativität, Kommunikation: Freiheit), Wirtschaftsbegriffs (Kapital: Bedarf, Produktion, Einkommen, Arbeit, Eigentum, Kreditieren, Kaufen, Investieren, Subventionieren: Brüderlichkeit), Staatsbegriffs (Demokratie, Rechtsstaat: Gleichheit) und Geldbegriffs (Zirkulation, Verpflichten und Berechtigten: Altruismus).

7. Realistisch betrachtet muss es unmöglich erscheinen, etwas Wesentliches - oder gar das Ganze - von dem oben (unter 4, 5 und 6) Gekennzeichneten aktuell durchsetzen zu können. Dazu wäre nötig gewesen, schon seit Mitte der neunziger Jahre, seit bemerkbar war, dass mit dem Beginn des ersten Jahrzehntes des neuen Jahrhunderts die Verfassungsfrage für die Europäische Union gestellt sein und alsbald danach entschieden werden würde, energisch eine vorbereitende Arbeit mit allen dafür zur Verfügung stehenden Fähigkeiten zu leisten und damit eine europäische Verfassungsbewegung zu impulsieren und zu inspirieren. Das wurde wie so vieles im 20. Jahrhundert versäumt. Jetzt hat man die Dinge - wie bei den Entwicklungen 1989/90 (aus den Interessen der Herrschenden verständlich) - wieder unter Zeitdruck gestellt; d. h. man will schon bis Mitte 2003 durch einen (rein parlamentarisch gebildeten) „Konvent“ einen Verfassungsentwurf erstellen und diesen sicher bald danach, wahrscheinlich während 2004 - möglicherweise auch durch einen EU-weiten Bürgerentscheid - „feierlich“ beschließen.

Es ist nicht zu erkennen, wie wir auf diesen Prozess noch einen maßgeblichen Einfluss sollten ausüben können. Es sei denn, wir versuchten - in Gemeinschaft mit allen daran interessierten Kräften der Zivilgesellschaft - aus der kleinen Spalte, die man dafür geöffnet hat (s. auch „Forum der Zivilgesellschaft“: [http://europa.eu.int/futurum/forum\\_convention/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/futurum/forum_convention/index_de.htm)), nach der oben angedeuteten Perspektive die Konzeption einer integrierten Komplementär-Verfassung - nach der Idee einer alternativ geltenden Rechtsordnung (Typus B) - ins Spiel zu bringen, für welche sich, in entsprechender Verknüpfung mit der konventionellen und ihrem System (Typus A), die Menschen frei entscheiden und insbesondere ihre Arbeitsprozesse gesellschaftlich danach organisieren könnten. Das wäre nicht mit einem Spielraum für „private“ Alternativen zu verwechseln, sondern gehörte ebenso zum öffentlichen Rechtssystem wie die konventionelle Ordnung (Beispiele: Gleichberechtigtes Stiftungsrecht neben Privateigentum mit den entsprechenden steuerrechtlichen Konsequenzen, Ähnliches im Gesundheitswesen, Schulwesen, Hochschulwesen, Medienwesen usw. usf.). In dieser Idee könnte eine strategische Chance liegen, das Neue neben dem Alten zur freien Entscheidung zu veranlassen und ihm verfassungsrechtlich denselben Rang wie dem Alten einzuräumen.

Es dürfte den herrschenden Kräften nicht leicht sein, diesen Weg demokratisch argumentativ abzuweisen. Käme man damit durch, wäre es das historische Ende für den Grund zur Revolution. „Von der Revolution der Begriffe zur Evolution der Verhältnisse“ (W. Schmundt).

# Ankündigungen und Termine

---

## Zwei Tagungen des Seminars für Freiheitliche Ordnung e.V.

---

### **Kultur, Staat und Wirtschaft als Entfaltungsräume des Menschen, Bad Boll, 13. - 14. April 2002**

Themen: Die Teilnahme des Einzelnen - gebietstypische Motive, Handlungen, Begegnungsformen und Kontrollen // Ordnungspolitische Konsequenzen // Störungen des sozialen Organismus durch Über- und Unterfunktion von Staat, Wirtschaft und Kultur (Bürokratisierung, Kommerzialisierung, Ideologisierung u.a.) // Die Interdependenzen zwischen Kultur, Staat und Wirtschaft // Ansatzpunkte für ordnungspolitisch erwünschte Entwicklungsschritte // Das Ganze und die Teile (Abendvortrag). Referenten: Fritz Andres, Eckhard Behrens, Jobst von Heynitz. Abendvortrag: Gerhardus Lang.

### **Das Geld im Kreislauf der Volkswirtschaft, 6. - 7. April 2002, Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal**

Themen: Das Geld als vollkommenes Tauschmittel, als vollkommener Wertmaßstab und Wertaufbewahrer // Versagen des Geldes als Tauschmittel, Wertmesser und Wertaufbewahrer // Stützen oder stören sich die Geldfunktionen? // Das magische Dreieck meistern: mit inflationärem Gleichgewicht, durch Altern des Geldes // Altes und neues Geld // Geldkapital - Sachkapital // Kaufen - Leihen - Schenken. Referenten: Fritz Andres, Eckhard Behrens, Jobst von Heynitz.

**Infos und Anmeldeunterlagen** für beide Tagungen: Seminar für Freiheitliche Ordnung e.V., Badstr. 35, 73087 Bad Boll, Tel. 07164 / 35 73.

---

## Notwendigkeiten moderner Sozialgestaltung

**Einführende Blockseminare in Grundlagen und Praxis sozialer Dreigliederung, Forum 3, Gymnasiumstr. 21, D-70173 Stuttgart. Mit Udo Herrmannstorfer, Dr. Christoph Strawe und Dr. Robert Zuegg**

### **Samstag, 6. April 2002: Wie werden wir in Wirtschaftsfragen handlungsfähig?**

Wie entwickelt man ein Verständnis der modernen arbeitsteiligen Wirtschaft? // Welche Alternativen zur gegenwärtigen Form des Wirtschaftens gibt es? // Die Notwendigkeit partnerschaftlicher Zusammenarbeit in wirtschaftlichen Fragen // Gibt es neue, machtfreie Formen des Umgangs mit Eigentum, Einkommen und Geld? // Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen und in Einrichtungen // Preis- bzw. Beitragsfrage, Lohn bzw. Gehaltsfrage // Unternehmensformen und ihre Problematik // Finanzausgleich: Budgetierung, Mittelverwendung usw. // Die Zukunft der Wirtschaft: Globalisierung zum Nutzen einer kleinen Elite oder weltweite faire Zusammenarbeit?

### **Samstag, 11. Mai 2002: Die zwischenmenschlichen Beziehungen ordnen: Vom Wesen des Rechts**

Themen: Was ist eigentlich Recht? - Welche Rolle spielt das Recht in der Gesellschaft, und wie muss es sich in der heutigen Zeit weiterentwickeln? // Im Mittelpunkt modernen Rechts: die Menschenrechte // Individualität und Staat: die Notwendigkeit der Weiterentwicklung und Veränderung des Staates // Wie werden wir im Rechtsleben handlungsfähig? // Dreigliederung und Politik // Soziale Verhältnisse in Einrichtungen ordnen: Vertragsgestaltung, Satzungsfragen, Rechtsformen, Konfliktbewältigung // Wie können sich selbstverwaltete Einrichtungen gegenüber Staat und Kommunen verhalten?

### **Donnerstag, 30. Mai 2002 (Fronleichnam): Die Frage nach dem eigenen Handlungsraum - Oder: wie kann man heute für die soziale Dreigliederung arbeiten?**

Warum und inwieweit ist das Verständnis der sozialen Dreigliederung die Voraussetzung sinnvollen Handelns für soziale Erneuerung? // Wie arbeitet man methodisch an einem solchen Verständnis? // Biografieverständnis als Hilfe // Wie erkennt man den eigenen Handlungsraum? Wie wird man handlungsfähig? // Darstellung verschiedener Handlungsansätze im Geistes-, Rechts- und Wirtschaftsleben // Wie findet man Verbündete? // Die Herausbildung der Zivilgesellschaft und die Auseinandersetzung um ihre Rolle // Agenda 21 // Gegenwärtige soziale Bewegungen und ihre Ziele (Auseinandersetzung mit GATS, der europäischen Verfassungsentwicklung usw.) // Austausch über Erfahrungen der TeilnehmerInnen // Auf dem Weg zu einer globalen Dreigliederungsbewegung? // Dreigliederung als innere und äußere Frage: Die Überwindung des „gemischten Königs“

Teilnahmegebühr Euro 50,- je Seminar. **Anmeldeunterlagen** beim Institut für soziale Gegenwartsfragen, Haußmannstr. 44a, 70188 Stuttgart, Tel.: 0711 / 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: BueroStrawe@t-online.de, Internet [www.sozialimpulse.de](http://www.sozialimpulse.de)

---

## Es ist an der Zeit...

**Goethes 'Märchen von der grünen Schlange und der schönen Lilie' und die Gegenwart**

**Tagung, Fr. 26. April, 20 Uhr - 28. April, 13.00**

Immer deutlicher zeigt sich die Machtlosigkeit des Staates, in den Tendenzen der sich globalisierenden Wirtschaft auch nur eine relative gesellschaftliche Gerechtigkeit zu wahren. Doch noch ist das Geistesleben zu schwach ausgleichend auf die Liberalisierungstendenz der Wirtschaft zu wirken. J. W. Goethe hat in seinem ‚Märchen‘ eine Imagination geschaffen, die dem individuellen Menschen eine Orientierung zu geben vermag, einen selbstbestimmten, kultur-gestaltenden und

gemeinschaft-stiftenden Weg zu gehen. In vorbereiteten Beiträgen und in anschließenden Gesprächen soll versucht werden in die Bilder des Goetheschen 'Märchen' einzutauchen (wer einen Beitrag einbringen möchte, möge sich bitte zur Koordinierung an T.B. wenden).

Als vorbereitende Texte seien empfohlen: J. W. Goethe: ‚Märchen‘; F. Schiller: ‚Briefe über die ästhetische Erziehung des Menschen‘; R. Steiner: ‚Die Mystik im Aufgange des neuzeitlichen Geisteslebens und ihr Verhältnis zur modernen Weltanschauung‘ (insbesondere die ‚Einleitung‘). Außerdem die von Rudolf Steiner gehaltenen Vorträge zu Goethes ‚Märchen‘ (Kopie eines solchen Vortrages kann über T.B. bezogen werden / 3,06 Euro in Briefmarken). Tagungsbeitrag: 25,- Euro. **Ort:** Malschule Ductus, Hamburger Chaussee 38, 24113 Kiel. Näheres: Thomas Brunner, Britzweg 51, 24111 Kiel, 0431-690073, [votiv@web.de](mailto:votiv@web.de), Birthe Kleiter & Burghardt Schildt, Rendsburger Landstr. 375, 24111 Kiel, 0431 / 69 79 54

---

### Reflexion als Mittel der Organisationsentwicklung - Fragen der Selbstverwaltung

**Fr, 3. - So, 5. Mai 2002, Handwerkerhof fecit, Faluner Weg 30, D-24109 Kiel. Mit Udo Herrmannstorfer und Christoph Strawe**

Fr, 3. Mai: 20.15: Der Angriff auf den autonomen Menschen - Aspekte zur menschengerechten Gestaltung der Globalisierung (Vortrag C. Strawe) // Sa, 4. Mai: 9.00 - 10.15: Planen - Handeln - Kritik - Verbesserung: KVP-Konzept (kontinuierlicher Verbesserungsprozess) und Kundenresonanz (C. Strawe) // 10.45 - 12.30: Gesprächs- und Arbeitsgruppen // 14.30 - 16.00: Reflexion als Würdigung: Zur Gestaltung moderner Erntedankfeste (U. Herrmannstorfer) // 16.30 - 18.00: Gesprächs- und Arbeitsgruppen // 19.30 - 22.00: Der Einfluss der Weltanschauungen auf die Gemeinschaftsbildung (Vortrag U. Herrmannstorfer und Gesprächsarbeit) // So, 5. Mai: 9.00 - 10.15: Handeln aus Verantwortung: Die Frage nach der Mitte im sozialen Leben (U. Herrmannstorfer) // 10.45 - 12.30: Gesprächsarbeit, Abschluss. Teilnahmegebühr (ohne Unterbringung und Verpflegung) Euro 100,-. Gebühr an: Sonderkonto der Anthr. Ges., Marie-Steiner-Zweig Kiel, Kt. Nr. 45 318 101, BLZ 430 609 67 (GLS-Bank Hamburg). **Organisation und Anmeldung:** Armin Alles, Kronshagener Weg 15, D-24114 Kiel, Tel. 0431 - 52 62 17, Fax 67 35 03.

---

### Die Welt ist keine Ware! - auch Stuttgart nicht!

**Der drohende Ausverkauf unserer Städte und Gemeinden durch multinationale Dienstleistungskonzerne als Folge des WTO/GATS-Abkommens**

Freitag, 12. April, 20.00 Uhr, Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart. Gespräch und Beiträge von Wilhelm Neurohr, Stadt- und Regionalplaner Recklinghausen, Ulrich Morgenthaler und Siegfried Woitinas, beide Forum 3 Stuttgart

Mit dem Internationalen Abkommen über die Kommerzialisierung von Dienstleistungen (GATS) schlägt die neoliberale Globalisierung unmittelbar auf die kommunale Ebene durch und gefährdet die kommunale Selbstverwaltung: Multinationale Konzerne haben das ganze Versorgungsnetz des Dienstleistungsspektrums in den Hunderttausenden Kommunen und regionalen Einrichtungen weltweit im Visier, um auf Kosten der öffentlichen Hand, freier Träger oder gemeinnütziger Einrichtungen ein Milliardengeschäft zu machen. Vor allem auf das Gesundheits- und Schulwesen, und auf die Wasserversorgung haben sie es abgesehen. Der Ausverkauf hat bereits begonnen - auch in Stuttgart. Welcher Widerstand und welche kreativen Alternativen sind angesagt?

---

### Globalisierung von unten

**Der weltweite Kampf der Bewegung für Demokratie, Vielfalt, Umweltschutz und Gerechtigkeit gegen die Herrschaft der Konzerne. Vortrag und Gespräch mit Prof. Dr. Maria Mies, Köln**

Freitag, den 26. April, 20.00 Uhr großer Saal, DGB-Haus Stuttgart, Willi-Bleicher-Str. 20

Die Bewegung der Globalisierungskritiker wächst weiter, sie verbreitert und differenziert sich. Sie ist nicht einfach nur „Anti“, sondern vor allem „Für“: für Demokratie, Vielfalt, Umweltschutz und Gerechtigkeit. Und sie bietet eine Vielzahl konkreter, machbarer Alternativen, Strategien und Konzepte - oft durchaus kontrovers - zur konzerngesteuerten Globalisierung. - Was muss diese Bewegung für globale Gerechtigkeit beachten, um mit ihren inneren Gegensätzen sinnvoll umzugehen, um noch weiter zu wachsen, und um tatsächlich die verhängnisvolle „Globalisierung von oben“ wirkungsvoll zu überwinden?

**Maria Mies:** emeritierte Professorin für Soziologie, von 1972 bis 1993 an der Fachhochschule Köln. Seit 1969 aktiv in der Frauen-, III.-Welt- und Ökologie -Bewegung. Mitbegründerin einer Reihe feministischer Initiativen und Projekte. Hat viele Jahre in Indien gelebt und gearbeitet und 1979 das Programm „Women and Development“ am „Institut of Social Studies“ in Den Haag gegründet. Autorin zahlreicher Bücher zu diesen Themen: u.a. „Globalisierung von unten - der Kampf gegen die Herrschaft der Konzerne“, und „Ökofeminismus“ (zusammen mit Vandana Shiva). - Maria Mies lebt zusammen mit ihrem Mann in Köln. Die Veranstaltung wird von einem Bündnis verschiedener Organisationen getragen, initiiert wurde sie vom forum 3, Stuttgart ([www.forum3.de](http://www.forum3.de)).

---

### Alternativen zur kapitalorientierten Globalisierung

**Die Vorschläge des International Forum on Globalization. Fr, 5. Juli, 20 Uhr, Forum 3, Stuttgart**

Über das International Forum on Globalization (IFG), einen Zusammenschluss von 60 führenden Aktivisten der Zivilgesellschaft, Wissenschaftlern, Wirtschafts-

spezialisten und Autoren aus über 20 Ländern, wurde im Bericht über Porto Alegre bereits vieles gesagt, auch über den Report „Eine bessere Welt ist möglich“ und den Diskussionsprozess in der Zivilgesellschaft, der über die dort enthaltenen Vorschläge beabsichtigt ist.

Ulrich Morgenthaler, mit Unterstützung von C. Strawe und anderen Freunden, ist im Augenblick dabei, eine deutsche Übersetzung der Kurzfassung des Berichts zu erstellen. Diese soll am 5.7. im Forum 3 der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Ulrich Morgenthaler wird dabei eine Zusammenfassung des Berichtes geben, Christoph Strawe wird ihn aus der Perspektive der Sozialen Dreigliederung diskutieren.

---

## Kulturelle Kreativität und Dreigliederung

---

***Die Chancen der Zivilgesellschaft, die Welt zu gestalten  
Arbeitswochenende mit Dr. Paul H. Ray, Green Economic Movement Strategies, Sonoma, Californien, und Nicanor Perlas, Center for Alternative Development Initiatives, Manila, Philippinen. Englisch mit Übersetzung***

Freitag, 14. Juni, 20.00 Uhr (öffentlicher Vortrag, verbindlich für SeminarteilnehmerInnen)

Samstag, 15. Juni, 9.30 - 18.00 Uhr (Seminar)

Samstag, 15. Juni, 20.00 Uhr (öffentlicher Vortrag, verbindlich für SeminarteilnehmerInnen)

Sonntag, 16. Juni, 9.30 - 13.00 Uhr (Seminar)

Die Kultur kreativen sind die Hoffnungsträger einer menschlicheren Zukunft. Und die Dreigliederung bietet sinnvolle Perspektiven für deren soziale und globale Gestaltung. Dr. Paul H. Ray, Co-Autor des bahnbrechenden Buches „The Cultural Creatives“, und Nicanor Perlas, globaler Dreigliederungsaktivist und Mitinitiator der Philippinischen Agenda 21, werden in Referaten und öffentlichen Vorträgen in diese zukunftsweisende Subkultur der Kultur kreativen und in die Chancen der Zivilgesellschaft durch die Dreigliederung einführen. Die gemeinsame Seminararbeit soll konkrete Schritte auf dem Weg zu einer echten zivilen Gesellschaft als Schwerpunkte haben: - sich selbst als Kultur kreativer innerhalb der Gesellschaft zu erkennen - sowohl im persönlichen wie im öffentlichen Leben / potentielle Partner und Verbündete in den unterschiedlichen sozialen und spirituellen Bewegungen, in Politik und Wirtschaft zu identifizieren / die Diskussion über die Bildung strategischer Koalitionen und die Philosophie des „Gemeinsamen Zeltes“ voranzubringen.

Es wird um die Frage nach den gemeinsamen Werten und Zielen der Kultur kreativen gehen, und darum, ein positives Bild der Zukunft zu entwerfen: „Welche Welt wollen wir bauen?“

Informationen und Anmeldeunterlagen: Forum 3, Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart, Tel. Büro: 0711 / 29 11 78 oder: 22 63 953, Fax: 22 64 906.

## Die Kultur kreativen - Wie Millionen von Menschen die Welt verändern

**Freitag, 14. Juni, 20.00 Uhr, Forum 3 Stuttgart, Vortrag und Gespräch mit Paul H. Ray**

Als Kultur kreative werden die Millionen von Menschen bezeichnet, die sich heute global in den sozialen und spirituellen Bewegungen unserer Zeit für eine andere, bessere Welt einsetzen. Geprägt haben diesen Ausdruck die Psychologin Sherry Anderson und der Soziologe Paul Ray. In ihrem Buch „The Cultural Creatives“ haben sie die Ergebnisse von dreizehn Jahren Forschung am Beispiel der USA vorgelegt. Aber das Auftreten der Kultur kreativen ist ein weltweites Phänomen. Sie sind sowohl sozial in der Umgestaltung der äußeren Verhältnisse engagiert, als auch innerlich-spirituell auf dem eigenen Entwicklungsweg. Sie sind die Wegbereiter einer menschlicheren, gerechteren Zivilisation. Sollten sie sich ihres ganzen, gemeinsamen Potentials bewusst werden, könnte ihr positiver Einfluss auf das 21. Jahrhundert enorm werden.

**Globalisierung, Initiation und Dreigliederung  
Auf der Suche nach dem wahrhaft Menschlichen  
Samstag, 15. Juni, 20.00 Uhr. Vortrag  
und Gespräch mit Nicanor Perlas**

Das tätige Engagement in den äußeren Ereignissen unserer Zeit, die Mitarbeit an ihrer Umgestaltung, ist gleichzeitig eine Arbeit an sich selbst, eine Verwandlung der eigenen inneren Persönlichkeit. Innere und äußere Welt bilden eine zusammengehörige physisch-spirituelle Einheit. Krisen in der Welt sind zugleich Krisen im Inneren, und umgekehrt. In diesem Sinne sind die an der Globalisierung erlebten Herausforderungen Prüfungen auf dem Wege einer Einweihung der ganzen Menschheit und jedes einzelnen Menschen. Wer diesen Prozess annimmt und sich bewusst in ihn hineinstellt, kann in den Gesichtspunkten der Dreigliederung eine orientierende Perspektive erfahren.

**Paul Ray:** Soziologe, Ph.D., Leiter der Green Economic Movement Strategies. Seine Untersuchung des Phänomens der „Cultural Creatives“ führte u.a. zu dem Ergebnis, dass diese Gruppe oder Subkultur in den USA etwa 25% der Bevölkerung ausmacht. Weltweit steht sie wesentlich hinter den so genannten neuen sozialen und spirituellen Bewegungen (Umweltbewegung, Friedensbewegung, Globalisierungskritische Bewegung, Holistische Bewegung, etc.). („The Cultural Creatives - How 50 Million People are Changing the World“, Taschenbuchausgabe Three Rivers Press (CA), 2001, ISBN: 0609808451.) - Paul Ray lebt mit seiner Frau und Kollegin in Sonoma, Californien, USA.

**Nicanor Perlas:** studierter Agrarwissenschaftler und Landwirt, Leiter des Center for Alternative Development Initiatives/ Manila. Unter dem Marcos Regime einer der Gründer der Anti-AKW-Bewegung. Exil in den USA. Seit Ende der 80er Jahre Initiativen für nachhaltige Entwicklung und Co-Autor der Philippinischen Agenda 21. Ausgezeichnet mit dem UNEP's Global 500 Award und der philippinischen „The Outstanding Filipino Award“. Maßgeblich am Zustandekommen der Bewegung beteiligt, die Anfang 2000 den korrupten Präsidenten Estrada stürzte. Ehemaliger Berater für sechs asiatisch-pazifische Netzwerke der Zivilgesellschaft und für drei UN-Institutionen. Autor mehrerer Bücher, Monographien und Artikel zu sozialen und ökologischen Folgen der Globalisierung und über nachhaltige Landwirtschaft: u.a. „Die Globalisierung gestalten“. - Nicanor Perlas lebt in in der Nähe von Manila auf den Philippinen.

## Die Not der gegenwärtigen Weltverhältnisse durchschauen und überwinden

**Seminar vorn 21. bis 23. Juni 2002 mit Nicanor Perlas und Irene Johanson**

Das Erleben der Ohnmacht gegenüber den herrschenden Mächten in der heutigen Welt kann nur überwunden werden, wenn wir die Vorgänge durchschauen, die der Gestaltung der Weltverhältnisse zugrunde liegen. Sie orientieren sich am materiellen Wohlstand und richten sich gegen das Menschentum und gegen die Natur. - Wie kann eine Kultur geschaffen werden, die für Wirtschaft und Politik menschengemäße Ideen und Orientierungen hervorbringt und an der sich jeder schöpferisch beteiligen kann? Von dieser Frage soll unsere gemeinsame seminaristische Arbeit durchdrungen sein und so selber zum kulturschöpferischen Prozess beitragen.

*Auskunft und Anmeldung:* Haus Freudenberg, Prinz-Karl-Str. 16, 82319 Starnberg, Tel. 08151-12379, Fax 08151 / 28 262, E-Mail Haus-Freudenberg@t-online.de

## Vom Ganzen her denken: Konzeptuelle Bausteine einer menschengerechten Globalisierung

**Arbeitstagung, Fr - So, 11.-13. Okt. 2002, Universität Trier, Universitätsring 15, D-54286 Trier, Gebäude A**

Mit Udo Herrmannstorfer, Dr. Christoph Strawe, Prof. Harald Spehl und Prof. Dr. Wolfgang Filc. Beginn Freitag 20.00 Uhr, Ende Sonntag 13.00 Uhr.

Diese Tagung im Rahmen der Fortbildungsreihe „Individualität und soziale Verantwortung“ ist zugleich ein Beitrag zur der vom Internationalen Forum zu Globalisierungsfragen angeregten Debatte in der Zivilgesellschaft über tragfähige Alternativen zur gegenwärtigen Forum der Globalisierung.

Freitag abend: Referate: Die geistige Dimension der Globalisierung (Udo Herrmannstorfer) // Die staatlich-rechtliche Dimension der Globalisierung (Dr. Christoph Strawe) // Die wirtschaftliche Dimension der Globalisierung (Prof. Dr. Harald Spehl). Samstag: Referat: Nach Rio + 10: Nachhaltigkeit - Leitbild oder Trugbild? (H. Spehl) // Erster Baustein: Wem gehört die Erde? Die Frage nach einem modernen Boden-nutzungsrecht (Einleitung U. Herrmannstorfer) // Zweiter Baustein: Die Sozialbindung des Kapitals - Grenzen des freien Kapitalverkehrs (Einleitung Prof. Dr. Wolfgang Filc) // Dritter Baustein: Der Umgang mit den Ressourcen im Zeichen der Globalisierung (Einleitung: Udo Herrmannstorfer) // Vierter Baustein: Das Menschenrecht auf Existenz - Fragen eines ökonomie-verträglichen Sozialausgleichs (Einleitung H. Spehl) // Fünfter Baustein: Freiheit und Gemeinützigkeit: Zur Neuordnung der Dienstleistungen (Einleitung C. Strawe). Sonntag: Schenkung als Entwicklungsbedingung: Der Umgang mit dem geistigen Eigentum

(Einleitung U. Herrmannstorfer) // 11.30 - 13.00: Siebter Baustein: Was tun? - Strategien und Handlungsrichtungen zivilgesellschaftlichen Engagements (Einleitung C. Strawe)

**Anmeldeunterlagen** beim Institut für soziale Gegenwartsfragen, Haußmannstr. 44a, 70188 Stuttgart, Tel.: 0711 / 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: Buerostrawe@t-online.de, Internet www.sozialimpulse.de

## Weitere Veranstaltungen für eine menschengerechte Form der Globalisierung

Mehrere führende Mitglieder der Bewegung für eine andere Form der Globalisierung haben inzwischen die Einladung zu Veranstaltungen in Stuttgart angenommen. So werden voraussichtlich Ende November Maude Barlow, Vandana Shiva und Lori Wallach in Stuttgart sein, voraussichtlich Ende September Martin Khor. Auch mit David Korton werden zur Zeit Gespräche über einen Termin geführt. Die konkreten Veranstaltungstermine werden im Rundbrief angekündigt werden.

## Fachkongress:

### Sozial- und Gesundheitspolitik nach menschlichem Maß

*Existiert ein Kostendruck?*

*Wo bleibt der einzelne Mensch?*

**Fr/Sa, 21./22. Juni 2002, SBB**

**Veranstaltungszentrum Waldaupark Stuttgart**

Dieser vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg veranstalteter Kongress will gesundheits- und sozialpolitische Akzente setzen. Mitveranstalter sind u.a. auch die Landesärztekammer Baden-Württemberg, das Institut für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart, der Verband der anthroposophischen Kliniken, der Landesapothekerverband und das Forum Zeitfragen in der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland.

Am Freitag begrüßt Dott. Paolo Bavastro für den DPWV die Teilnehmer und führt in das Tagungsthema ein. Es folgen Referate:

- Der Hilfsbedürftige als Kunde - Sinn und Grenzen des Wettbewerbs im Gesundheits- und Sozialwesen (Dr. Christoph Strawe)
- Entwicklungen im Gesundheitswesen Ausgaben- oder Einnahmenprobleme der Krankenkassen? (Roland Sing)
- Sinn und Unsinn der pflegebezogenen Assessment-Instrumente (Angelika Zegelin)
- DRG (Diagnoses Related Groups): Ein Weg aus der Kostenfalle? (Dr. Ulrike Wahl)
- Wie kann die Humanität der Versorgung in einer alleinigen Ökonomisierung des Gesundheits- und Sozialsystems gewährleistet werden? (Dr. Jürgen Mohr)
- Bedarfslage im Alter und in der Behinderung (Hansjörg Böhringer)

- Ökonomie der Zeit. Wie steuern wir dem chronischen Zeitmangel im Gesundheitswesen entgegen? (Prof. Dr. Volker Fintelmann).

Am Abend findet ein festliches Konzert mit dem Dafo Quartett und Peter Buck statt - u.a. steht Schuberts Streichquintett in C-Dur auf dem Programm.

Am Samstag geht es nach einer Begrüßung von Dott. Bavastro und einem Festvortrag von Prof. Dr. Klaus Dörner („Zuwendung vom anderen her“) um den „Gestaltungswillen der Politik“.

Im Podium, das von Sybille Müller vom SWR moderiert wird, finden sich Sozialminister Dr. Friedhelm Repnik (CU), Dr. Ulrich Noll MdL (FDP), Dr. Wolfgang Wodarg MdB (SPD) und Monika Knoche MdB (Bü90/Grüne). Mit „Ausblicken und Visionen“ wird P. Bavastro den Kongress ausklingen lassen.

Tagungsgebühr Euro 140,-. Anmeldung/Tagungsorganisation: Parität Kreativ Gesellschaft für Werbung und Kommunikation mbH, Haußmannstr. 6, 70188 Stuttgart, Fax 0711 / 21 55-300. E-Mail: help@paritaet-kreativ.de, Rolf Schaible, Tel. 0711 / 21 55-106, Marion Mirswa, Tel. 21 55-100. Anmeldeschluss 6. Mai 2002.

---

## 17. Zusammenkunft der „Offenen Arbeitsgruppe / Frankfurter Forum“

**Sonntag, 12. Mai 2002, Frankfurt  
Niederursel, 10.20 - 18.30 Uhr**

Bei diesem Treffen soll vor allem über den Entwurf eines Aufrufs zur Mitarbeit gesprochen werden, der für ein Neugreifen der auf der Weihnachtstagung 1923 begründeten Anthroposophischen Gesellschaft plädiert. Der Appell wendet sich an die „gesamte anthroposophische Bewegung“, alle Menschen, denen die „Anthroposophie und ihre gute Weiterentwicklung Herzensanliegen ist“. Eine lebendige Anthroposophische Gesellschaft brauche heute die Mithilfe aller „Mutigen“ und „kreativ Tätigen“. Es soll bei dem Treffen, zu dem alle Interessierten eingeladen sind, auch über neue Entwicklungen berichtet werden. Ort: „Freie Bildungsstätte ‚der hof‘ in Frankfurt-Niederursel. Auskunft und Vorschläge: D.O. Böhm, Tel/Fax 0431 / 77 409 (U. Hölder, Tel/Fax 0711 / 47 32 01)

---

## Kreativität und Verantwortlichkeit - Soziale Kompetenz durch Erleben, Reflektieren, Üben

**Ein Reise- und Erlebniseminar im Rahmen des Studienhauses Rüspe und des Internationalen Forum Mensch und Architektur, 1. - 6. September 2002 auf der Insel IONA/Schottland.**

**Mit Prof. Dipl.-Ing. Karl-Dieter Bodack, M.S. Prof. Dipl.-Ing. Nikolaus Ruff.**

Die Insel IONA, westlich von Schottland im Atlantik gelegen, war Initialpunkt unserer Kultur: hier erhielt Columban 563 den Auftrag, den Kelten das Christentum zu schenken. Natur und Kultur dieses Eilands sind

besonders geeignet, Fähigkeiten der Kreativität und Verantwortung weiter zu entwickeln, die wir sowohl im beruflichen wie im privaten Umfeld benötigen. Bei oder nach den täglichen Wanderungen kann gemalt und gezeichnet werden. Außer den Wanderungen und Besichtigungen gibt es Seminare und Gespräche zu Themen wie Kelten und Christentum, Entwicklungsstufen des Bewusstseins, die ‚Philosophie der Freiheit‘, die Dreigliederung der Seele und die drei Dimensionen des Ich, soziale Prozessgestaltung und Konfliktvermeidung.

Nähere Infos und Anmeldung bis 15. April bei Karl-Dieter Bodack, Starenweg 11 a, D - 82194 Gröbenzell, Tel. 081 42 - 534 77, Fax: 08142-593426, E-Mail k-d.bodack@t-online.de

---

## Ein Wort zur Rundbrief-Finanzierung

Der Rundbrief Dreigliederung hat inzwischen rund 1200 feste Bezieher. Darüber freuen wir uns. Die Rundbriefkosten werden unter den Beziehern umgelegt, es gibt nur den Richtsatz von inzwischen 20 Euro als Orientierungsgröße für den eigenen Beitrag. Es ist auch so gewollt, dass der Bezug des Rundbriefs für Menschen, die sich auf dem Feld der Dreigliederung engagieren möchten, keine Geldbeutelfrage sein soll. Allerdings gibt es hier ein deutliches Problem: nämlich, dass wir im Durchschnitt, dies zeigt der Etatansatz für den Posten Rundbriefbeiträge, im Durchschnitt ganz erheblich unter diesem Richtsatz liegen. Und das wiederum liegt leider zum größten Teil daran, dass es eben doch eine ganz Reihe von Beziehern gibt, die - sicherlich ohne bösen Willen - vergessen, einen Beitrag zu überweisen. Ich möchte deshalb die Gelegenheit benutzen, diejenigen, die es angeht, um entsprechende Nachüberweisungen zu bitten.

Ich darf, um diese Bitte zu erläutern, einmal einen Blick auf die Situation des „Büros Strawe“, das gleichzeitig Netzwerk-Büro ist, werfen: Ständig wachsender Arbeitsbelastung steht eine in den letzten Jahren geminderte Kapazität des Büros gegenüber (früher zwei feste Mitarbeiter für den Gesamtumfang der Projekte; heute für alle Projekte des Büros zusammen nur noch C. Strawe, zusätzlich ca. 15 Stunden pro Woche „Fremdleistungen“). Ein Stück weit wurde diese Situation durch die neuen Entwicklungen der Kommunikationstechniken und die daraus resultierende Arbeitersparnis gemildert. Auch ehrenamtliche Zuarbeit entspannt die Lage punktuell etwas. So hat beim Lektorat der letzten Nummern Winfried Krings mitgeholfen, dem hierfür sehr herzlich gedankt sein soll. Letztlich bleibt aber eine schwer verkräftbare Kapazitätslücke. Es wäre schön, wenn die TeilnehmerInnen am Kostenausgleich der „Initiative Netzwerk“ in den kommenden Jahren ihre Hilfe auf die Schließung dieser Lücke konzentrieren könnten. Das würde aber voraussetzen, dass alle diejenigen, die den Rundbrief beziehen, weil sie ihn als Informationsquelle schätzen, ohne damit - was ja völlig in Ordnung ist - weitergehende Selbstverpflichtungen für die Unterstützung der Initiative „Netzwerk“ zu verbinden, wirklich entsprechend Ihren Möglichkeiten zur Kostendeckung für den Rundbrief beitragen.



## Individualität und soziale Verantwortung

Grundlagen und Praxis der Dreigliederung  
des sozialen Organismus - Fortbildungsseminare für Tätige  
Verantwortlich: Udo Herrmannstorfer und Dr. Christoph Strawe

**Samstag, 27. bis Sonntag,  
28. April 2002, Rudolf Steiner  
Haus Stuttgart**

# Rückschau -

# Rückblick -Rechenschaft

## Reflexionskultur als Mittel der Qualitätsentwicklung in anthroposophischen Einrichtungen und Unternehmen

Eine wachsende Zahl von Schulen und anderen Einrichtungen geht heute praktisch mit Qualitätsentwicklung um, andere suchen noch den Einstieg. Dabei ist auch deutlich geworden, dass eine bewusste Qualitätsentwicklung Instrumente braucht, die die Arbeit wirklich zur Entfaltung kommen lassen und sie nicht etwa noch durch Standardisierung erschweren. Dies gilt insbesondere auch für die Etablierung einer lebendigen Reflexionskultur, in der aufgabenbezogene und vielfältige Begegnungs- und Gesprächsformen und nicht formalisierte Abfragen im Mittelpunkt stehen. Wie das geschehen kann, ist Gegenstand dieses Seminars.

### Samstag, 27. April

- 09.00: Öffnung des Tagungsbüros  
10.00 - 11.15: Eröffnung und Begrüßung  
(Christoph Strawe) // **Rückschau - Rückblick  
- Rechenschaft** (Vortrag: Udo Herrmannstorfer)  
11.30 - 12.30: Plenumsgespräch  
14.00 - 15.30: Forum: **Auditierung als Weg zur För-  
derung der Eigenverantwortlichkeit.** Beiträge  
von Hanspeter Ischi (SAS Schweizerische  
Akkreditierungsstelle - Bundesamt für Metrologie  
und Akkreditierung) // Dr. Robert Zuegg (Ge-  
schäftsführer der Confidentia Gesellschaft zur  
Förderung institutioneller Eigenverantwortung\*) //  
Aussprache zu den Beiträgen  
16.00 - 17.30: **Fortsetzung des Forums:** Beiträge von  
Volker Jäger (Geschäftsführer der Melchior-Stif-  
tung) // Urs Thimm (Alchemilla-Werkstätten) //  
Aussprache zu den Beiträgen  
17.35 - 19.00: Austausch über die Relevanz des Forums

für die eigenen Einrichtungen/Unternehmen in  
**Arbeitsgruppen** mit Mitgliedern der  
Verfahrensgruppen „Wege zur Qualität“ und des  
Kollegiums der „Werkstatt für Unternehmensent-  
wicklung“

- 20.30: **Verwirklichung als Verwandlung: Auf-  
gabengemeinschaft als Entwicklungsgemeinschaft**  
(Vortrag Udo Herrmannstorfer)

### Sonntag, 28. April

- 09.00 - 10.30: **Forum: Die Resonanz der Betroffen-  
en und ihre Rückwirkung auf die  
Qualitätsentwicklung.**  
Praxisberichte aus Einrichtungen und Unterneh-  
men. Thomas Schoch (Heilpädagogik), Christi-  
an Czesla (Werkstatt für Unternehmensentwick-  
lung) / Gespräch  
11.00 - 12.00: **Kann man engagiert und zugleich  
objektiv sein?** (Vortrag Udo Herrmannstorfer)  
12.00 - 12.45: **Abschlussplenum**

\* Die Confidentia wurde als Zertifizierungsstelle von der SAS am 28. 6. 2001 offiziell international akkredi-  
tiert. Die von der Confidentia ausgestellten Zertifizierungsurkunden sind damit öffentlich anerkannt.

Teilnahmegebühr **Euro 100,-** (ohne Unterbringung und Verpflegung)

**Anmeldeunterlagen:** Institut für soziale Gegenwartsfragen, Haußmannstr. 44 a,  
70188 Stuttgart, Tel. 0711 / 23 68 950, Fax 0711 / 23 60 218,  
E-Mail: [BueroStrawe@t-online.de](mailto:BueroStrawe@t-online.de), Internet: [www.sozialimpulse.de](http://www.sozialimpulse.de)

# TRIPs auf dem Prüfstand

Das Abkommen der Welthandelsorganisation WTO  
über die handelsbezogenen Aspekte des geistigen Eigentums:  
Verständnisgrundlagen, Alternativen, Handlungsrichtungen

Kolloquium der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“

Sonntag, 2. Juni 2002

Forum 3, Gymnasiumstr. 21, D-70173 Stuttgart

Die 1995 begründete Welthandelsorganisation WTO ruht auf drei Säulen: dem nach dem zweiten Weltkrieg abgeschlossenen Zoll- und Handelsabkommen GATT, das in sie aufgenommen wurde, dem Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen GATS und dem Abkommen über die handelsbezogenen Aspekte des geistigen Eigentums (TRIPs). Während die Befürworter der WTO-Entwicklung argumentieren, dass Mindestnormen im Patenbereich allen nützen und schädlicher Produktpiraterie Einhalt geböten, ist das Abkommen in der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit und den Ländern des Südens immer mehr in die Kritik geraten: Es zementiere die Abhängigkeit der armen Länder, die teuer für Patente zahlen müssen. Ja mehr noch, es führe zu einer Art Enteignung des in diesen Ländern durch die Menschen über Generationen akkumulierten Wissens durch die Konzerne, die eine neue Form der Piraterie, die Biopiraterie, praktizierten. Besonderes Aufsehen erregte die Auseinandersetzung um den Versuch der Aneignung des indischen Basmati-Reis durch einen amerikanischen global player. Auch die Frage des Zugangs zu Medikamenten wurde angesichts der Verbreitung von AIDS zum Gegenstand heftiger Kontroversen. Angesichts dessen, erhebt sich die Frage, ob nicht eine Totalrevision von TRIPs ansteht bzw. ob der WTO-Prozess als ganzer nicht zunächst um der Gestaltbarkeit der Verhältnisse willen angehalten werden muss.

Das Kolloquium der Initiative Netzwerk soll engagierten Menschen die Gelegenheit geben, die Sachkenntnis und damit die Argumentationsfähigkeit im Hinblick auf diese Fragen zu stärken und gemeinsam über grundlegende Alternativen und nächste Schritte nachzudenken.

Themen, die im Verlauf des Treffens dargestellt bzw. besprochen werden sollen:

- **Was ist TRIPs?**

Inhalt und Folgen des TRIPs-Abkommens, Ursachen und Hintergründe, Stand der WTO-Verhandlungen über TRIPs, Kritikpunkte der Zivilgesellschaft und der Länder des Südens

- **Leben ist keine Ware ...**

Mögliche Alternativen aus der Sicht der sozialen Dreigliederung (operatives Eigentum und Urheberrecht, Schenkung als ökonomische Kategorie, gesellschaftliche Bedingungen der Handlungsfähigkeit in bezug auf Technikfolgen u.a.)

- **Was tun?**

Erfahrungen, Strategien, Forderungen, Bündnisse, nächste Schritte

**Einleitende Referate:** Christoph Strawe und weitere Gesprächspartner, die sich besonders mit der Problematik des Trips-Abkommen beschäftigt haben.

## Zeitplan

10.30 Uhr:	Begrüßung und Einleitung	15.45 Uhr:	Dritter Gesprächsabschnitt
11.30 Uhr:	Erster Gesprächsabschnitt	17.00 Uhr:	Ende des Seminars
12.30 Uhr:	Mittagspause		Besprechung des Kreises der
14.00 Uhr:	Zweiter Gesprächsabschnitt		Kostenausgleichsträger (Ende
15.30 Uhr:	Pause		spätestens gegen 18.00 Uhr)

Für das Kolloquium wird von Teilnehmern, die nicht zum Kreis der Kostenausgleichsträger gehören, eine Kostenbeteiligung erbeten (Richtsatz Euro 50,-).

Anmeldung: Initiative „Netzwerk Dreigliederung“, Haußmannstr. 44 a, 70188 Stuttgart, Tel. 0711 / 23 68 950, Fax 0711 / 23 60 218, E-Mail BueroStrawe@t-online.de. Internet: [www.sozialimpulse.de](http://www.sozialimpulse.de)